

Dr. Simone Ladwig-Winters
Forschungsbüro Politik und Geschichte
Brüderstr. 1
12205 Berlin

Gutachten

zu den „Arisierungs“-Vorwürfen gegen Hedwig Bollhagen

Im Auftrag des
Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam

8. Juli 2008

Aufbau des Gutachtens.....	4
Themenkomplex „Arisierungs“-Vorwürfe.....	5
1. Gegenstand der Untersuchung.....	5
1.1 Forschungsstand.....	7
1.2 Vorgehensweise.....	8
1.3 Quellenlage.....	10
2. Verkäuferseite.....	12
2.1 Firmensituation der Haël-Werkstätten und persönliche Lebensumstände Margarete Heymann-Loebensteins bis 1933.....	12
2.2. Ökonomische Entwicklung in der keramischen Industrie bis 1933.....	14
2.2.1 Unternehmensergebnisse der Haël-Werkstätten 1930-32..... und Reaktionen auf die wirtschaftliche Lage.....	15
2.3 Unternehmensentwicklung Haël 1933.....	17
2.3.1 Mitarbeitersituation.....	18
2.3.2 Betriebsstilllegung zum 1. Juli 1933.....	19
2.3.3 Warenlager.....	19
2.3.4 Grundstücke, Gebäude und Betriebsmittel.....	20
2.3.5 Reputation der Firma (auch Lieferanten).....	20
2.4 Persönliche Ereignisse 1933.....	21
2.5 Politische Vorgänge 1933.....	22
2.5.1 Denunziation.....	24
2.5.2 Verhaftungsgefahr.....	27
2.5.3 Beschlagnahme.....	28
2.5.4 Unternehmerische Betätigungsfreiheit?.....	30
2.6 Liquidation ab 18. Januar 1934?.....	33
2.7 Konkrete Verkaufsverhandlungen.....	34
2.7.1 Kruchen-Gutachten.....	36
2.7.2 Abschluss des Vertrages am 26.4.1934.....	37
2.8 Zwischenergebnis.....	38
3. Käuferseite.....	39
3.1 Heinrich Schild.....	40
3.2 Hedwig Bollhagen.....	49
3.2 Abschluss des Vertrages.....	53
3.2.1 Finanzierung.....	54
3.3 Neugründung der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz.....	54
3.3.1 Gesellschaftsaufbau und Zuständigkeiten.....	55
3.3.2 Aufnahme des Betriebs.....	55
4. Weitere Entwicklung der HB-Werkstätten.....	57
4.1 Durchführung von Aufträgen mit prominenten oder befreundeten Künstlern.....	59
4.2 Die Gesellschafter und die Werkstätte.....	61
5. Nach Kriegsende.....	64
5.1 Heinrich Schild.....	64
5.2 Hedwig Bollhagen.....	65
5.3 Margarete Heymann-Loebenstein, verh. Marks.....	66
6. Position der Veräußerin und des Erwerbers unter den..... Bedingungen 1933/34 – Bewertung.....	69
6.1 Ergänzend: Ästhetische Prinzipien bei Heymann-Loebenstein und bei Bollhagen.....	73

Themenkomplex Übernahme künstlerischer Entwürfe und Produkte	75
1. Halb- und Fertigwaren aus dem Warenlager	75
2. Übernahme künstlerischer Entwürfe	76
2.1 Vergleich der Kataloge	76
3. Honorierung von übernommenen Formen.....	77
3.1 Korrespondenz zu den Entwürfen	78
4. Bewertung der Vorgänge	79
Themenkomplex Beschäftigung von ausländischen Arbeitern	80
1. Beschäftigung von ausländischen Arbeitern allgemein	80
2. Zwangsarbeiter der HB-Werkstätten	82
3. Bewertung der Vorgänge	86
Themenkomplex Übernahme von öffentlichen und SS-Aufträgen	88
1. Öffentliche Aufträge, Bau- und Gebrauchskeramik betreffend	88
2. Aufträge während des Krieges	89
3. Bewertung der Vorgänge	90
Nachwort	91
Literatur	93
Quellen	96
Internetquellen	97
Sonstige Auskünfte/Informationen	97
Abkürzungsverzeichnis	98
Anhang	99

Gutachten

Der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Jann Jacobs, beauftragte im Februar 2008 das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam zur historisch angelegten Klärung

1. der „Arisierungs“-Vorwürfe gegen die Keramikerin Hedwig Bollhagen;
2. der Frage, ob künstlerische Entwürfe von Margarete Heymann-Loebenstein (Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz) durch die HB-Werkstätten übernommen worden sind und ggf. in welchem Umfang dies vergütet wurde;
3. der Frage, in welchem Umfang Zwangs- oder Fremdarbeiter bei den HB-Werkstätten für Keramik Marwitz beschäftigt wurden;
4. in welchem Maße öffentliche und SS-Aufträge ausgeführt wurden.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung übertrug die Recherche Dr. Simone Ladwig-Winters, die hiermit ihre Ergebnisse vorlegt.

Aufbau des Gutachtens

Die vier Themenkomplexe werden nacheinander behandelt. Der Erste nimmt den größten Raum ein und gliedert sich in die beiden unterschiedlichen Positionen – in die der Veräußerin und die der Erwerber. Dabei werden neben den ökonomischen Verhältnissen auch die persönlichen, die für den das Verständnis des Ablaufs unabdingbar sind, mit untersucht. Jeder Themenkomplex endet mit einer Bewertung.

Die Themenkomplexe zwei bis vier sind deutlich knapper gefasst, was auf die sehr beschränkte Quellenlage zurückzuführen ist.

Allgemein ist dieses Gutachten durch einen eng begrenzten Finanz- und Zeitrahmen gekennzeichnet gewesen, aus dem keine Ansprüche zu einer umfassenden Darstellung z.B. der Situation der Zwangsarbeiter im Kreis Osthavelland abzuleiten sind.

Themenkomplex „Arisierungs“-Vorwürfe

1. Gegenstand der Untersuchung

Am 26. April 1934 erwirbt Dr. Heinrich Schild mehrere Grundstücke mit Aufbauten und Betriebszubehör von der alleinigen Gesellschafterin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz G.m.b.H., Margarete Heymann-Loebenstein. Wenige Tage später wird die Firma HB-Werkstätten für Keramik Marwitz G.m.b.H. gegründet. Gesellschafterin ist neben Heinrich Schild die Keramikerin Hedwig Bollhagen.

Margarete Heymann-Loebenstein, die jüdischer Herkunft war, hatte ihre Firma Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz am 1. Juli 1933 stillgelegt und (wahrscheinlich) zum 18. Januar 1934 die Liquidation beantragt. Da Margarete Heymann-Loebenstein jüdischer Herkunft war, ist die Frage zu klären, ob es sich bei diesem Vorgang um einen Fall von „Arisierung“ gehandelt hat.

Der Begriff der „Arisierung“ ist bereits in den 1920er Jahren von politischen Befürwortern eines völkischen Antisemitismus verwendet worden.¹

Die politische Forderung, eine „Arisierung“ der Wirtschaft bzw. eine „arische Wirtschaftsordnung“ durchzusetzen, verband sich originär mit der Forderung nach der Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben.² Im heutigen Sprachgebrauch wird der Begriff teilweise sehr weit gefasst, so umreißt er im weiteren Sinne „den Prozess der wirtschaftlichen Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden“ und im engeren Sinn „den Eigentumstransfer von »jüdischem« in »arischen« Besitz“.³

¹ Näher auf die Begriffsgeschichte und die ihm innewohnende Dynamik eingehend: van Laak, Dirk: „Arisierung“ und Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘. Zur wirtschaftlichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung in der rheinischwestfälischen Industrieregion, Staatsexamensarbeit 1988/89, s. <http://www.geschichtskultur-ruhr.de/links/dvlaak.pdf>, hier: S. 5.

² Ebenda sowie Bajohr, Frank: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Wojak, Irmtrud/Hayes, Peter: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 2000, S. 15-30, hier: S. 15.

³ Gibas, Monika: Einleitung zum ersten Quellenband zu „Arisierung“ in Thüringen.

Feine Unterschiede in dem Prozess, die möglich waren, werden bei einer leichtfertigen Verwendung verwischt. Liquidationen, die in dieser Zeit stattfanden, werden oftmals nicht als solche erkannt und als „Arisierungen“ behandelt. Doch gerade für die ersten Jahre nach der Machtübernahme lassen sich die Vorgänge nur begrenzt kategorisieren, da in dieser Phase die Entwicklung sehr unterschiedlich, je nach lokalen oder regionalen Gegebenheiten verlief.⁴ Unstrittig ist, dass es gleich 1933 zu Übernahmen von Firmen und Eigentum kam, die auf eine schleichende Verdrängung jüdischer Unternehmer aus ihren Unternehmen und der Wirtschaft allgemein hinausliefen.⁵

An eine „Arisierungs“-Debatte knüpfen sich vielfältige finanzielle, wirtschaftliche, politische, rechtliche und moralische Fragen⁶, die an dieser Stelle nur insofern behandelt werden, als sie für den Fall unmittelbar relevant werden. Dieses Gutachten geht der Frage nach, ob es sich um eine Übernahme von Eigentum zum Vorteil der Erwerber handelte aufgrund der politischen Rahmenbedingungen, konkret: rassistischer Verfolgung. Liegt hier also im engeren Sinn ein früher Fall von „Arisierung“ oder ein allein ökonomisch begründeter zivilrechtlicher Vorgang vor, weil der Betrieb für Heymann-Loebenstein unrentabel geworden war?

Entrechtung, Enteignung und Vernichtung der jüdischen Bürger Thüringens 1933-1945, hg. von ders. Erfurt 2006, in der Reihe Quellen zur Geschichte Thüringens, S. 31.

⁴ Einen Überblick über die unterschiedlichen Verfahren liefert für Hamburg Frank Bajohr, s. ders.: »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, 2. Aufl. Hamburg 1998. Einen Vergleich liefert das Beispiel der Rosenthal Porzellan AG, s. Lillteicher, Jürgen: Rechtsstaatlichkeit und Verfolgungserfahrung; in: Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen: »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989. Göttingen 2002, S. 127-160, hier: S. 134 ff.

⁵ Überblicksdarstellungen: Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966. Barkai, Avraham: Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt/M. 1987. Genschel stellt insbesondere den an den staatlichen Maßnahmen orientierten Prozess dar, während Barkai den Blick aus der Sicht der Betroffenen auf die Vorgänge richtet.

⁶ Goschler/Lillteicher: »Arisierung« und Restitution, S. 9.

1.1 Forschungsstand

Die Ausstellung „Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik“, die vom 22. Juni 2007 bis zum 13. Januar 2008 im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte anlässlich des 100. Geburtstags Hedwig Bollhagens präsentiert wurde, näherte sich bereits vorsichtig dem Thema der Firmengeschichte an.⁷ Vorangegangen waren Veröffentlichungen der Kulturwissenschaftlerin Ursula Hudson-Wiedenmann, die sich mit den Arbeiten von Margarete Heymann-Loebenstein (Haël) beschäftigt hat.⁸ Sie artikulierte die Position, dass der Verkauf auf politischen Druck erfolgt sei und es sich um einen „Zwangsverkauf“ gehandelt habe. In eine ähnliche Richtung ging die Berichterstattung der rbb-Sendung „Kontraste“ vom 7. Februar 2008.

Stellvertretend für die Position, dass es sich um einen rein zivilrechtlichen Vorgang gehandelt habe, stehen die Äußerungen des Rechtsbeistands Hedwig Bollhagens, insbesondere im Zusammenhang mit der Reprivatisierung, Rechtsanwalt Lothar de Maizière, und Andreas Hegers, Kunsthistoriker und Keramiksammler, der seine Dissertation über Hedwig Bollhagen vorgelegt hat.⁹ Auf diese Position stützt sich auch der Entwurf des Teilbescheids des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 1.12.1992, der als Grundlage für das Reprivatisierungsverfahren der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz diene.

Die beiden gegensätzlichen Positionen zogen sehr selektiv bestimmte Quellen heran: Während Hudson-Wiedenmann vor allem auf Darstellungen aus dem Nachlass von Heymann-Wiedenmann eingeht, begründen die Befür-

⁷ Zu der Ausstellung ist ein sorgfältig zusammengestelltes Begleitbuch erschienen, für das die Kuratorin verantwortlich zeichnet, Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, 22.6.2007 bis 13.1.2008, Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008; nachfolgend: Gorka-Reimus und jeweiliger Bearbeiter (2008).

⁸ Stellvertretend für ihre Arbeiten: Hudson-Wiedenmann, Ursula: Haël-Keramik – wenig bekannt, bei Sammlern hoch geschätzt; hg. vom Ofen- und Keramikmuseum Velten, in der Reihe „Bausplitter“, Nr. 3, begleitend zu der gleichnamigen Ausstellung vom 21.5. bis 17.9.2006.

⁹ De Maizière, Lothar: Erwerb und Gründung der »HB-Werkstätten für Keramik Marwitz« im Jahr 1934, in: Gorka-Reimus (2008), S. 166/67; Heger, Andreas: Keramik zum Gebrauch. Hedwig Bollhagen und die HB-Werkstätten für Keramik. Weimar 2005, S. 69 ff.

worter des „allein wirtschaftlich begründeten Verkaufs“ ihren Standpunkt vor allem mit den ökonomischen Entwicklungen und blenden die politischen Rahmenbedingungen fast vollständig aus.

In diesem Gutachten wird versucht, eine Würdigung angesichts der ganzen Breite der vorhandenen Quellen vorzunehmen. Dabei werden die Argumente aus verschiedenen Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren einbezogen. Zudem wurden nähere Recherchen zum Organisationsgrad in der NSDAP angestrengt und die lokalen Verhältnisse mit berücksichtigt.

1.2 Vorgehensweise

Um zu klären, ob es sich um einen rein zivilrechtlichen Vorgang gehandelt hat oder um einen, bei dem die politischen Verhältnisse der antisemitischen Ausgrenzung den „arischen“ Erwerber begünstigten, sind die beiden zentralen Fragen zu beantworten, die in einem gestuften Verfahren zu prüfen sind: Hätte Margarete Heymann-Loebenstein, die Vorgängerin der HB-Werkstätten für Keramik, die jüdischer Herkunft war, ihr Unternehmen weiter fortführen können, wenn es nicht zur nationalsozialistischen Machtübernahme und den sich anschließenden diskriminierenden Maßnahmen mit antisemitischer Zielrichtung gekommen wäre?

Sollte dies bejaht werden, wäre in einem nächsten Schritt zu prüfen, ob die Erwerber aus den konkreten Umständen Vorteile ziehen konnten und dies auch realisiert haben.

Um eine etwaige rassistische Komponente bei den Vorgängen zu erfassen, sind die persönlichen Lebensumstände der Unternehmerin Heymann-Loebenstein mit einzubeziehen.

Die wirtschaftliche Lage der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik bis zum Verkauf 1934 entwickelte sich in einer Phase zum Schlechten, in der sich die keramische Industrie insgesamt in einer Krise befand. Die konkrete Firmensituation und die allgemeine Lage werden daher in eine weitergehende Bewertung miteinbezogen. Entsprechend ist die politische Situation im Kreis Osthavelland, konkret Velten und Marwitz, zu berücksichtigen.

Regelungen zur Rückerstattung, Entschädigung oder Wiedergutmachung hätten, basierend auf der ursprünglichen Verfolgungssituation, hilfreich für die Bewertung der Vorgänge sein können, wobei nicht übersehen wird, dass die Geschichte der Wiedergutmachung und Entschädigung insgesamt zu einem äußerst unübersichtlichen Feld angewachsen ist, das zum Teil wenig geeignet ist, konkrete Vorgänge aufzuklären.¹⁰ Im vorliegenden Fall sind jedoch die Verfahren sehr unterschiedlich entschieden worden, dass hieraus keine Richtung in der Bewertung abzuleiten gewesen wäre. So ist für Margarete Heymann-Loebenstein zuletzt 1985 im Verfahren auf der Grundlage des Lastenausgleichsgesetzes ein Vermögensschaden ermittelt worden.¹¹

Demgegenüber wurde im Rahmen der Reprivatisierung Anfang der 1990er Jahre ein Teilbescheid des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vorgelegt, der keine „verfolgungsbedingte Schädigung“ zu erkennen vermochte.¹² Die Rechtsverfahren sind abgeschlossen und haben Bestand. Doch lässt sich hieraus vor allem der Schluss ziehen, dass die Positionen sehr unterschiedliche Quellen und Informationen berücksichtigt haben und keine tiefergehenden Recherchen angestrengt wurden, sondern jeweils nur das Vorgetragene gewürdigt wurde. Die Herangehensweise war juristisch angelegt und weicht deutlich von einem historisch angelegten Vorgehen ab. Auf diesen Unterschied weist Gerald Feldman hin: „Die Fragestellungen von Historikern richten sich selten auf die Art von Anklagen, die in den Gerichten verhandelt werden, und die Antworten, die sich aus der historischen Forschung ergeben, können selten mit einem einfachen „schuldig“ oder „unschuldig“ etikettiert werden. Historiker sind keine Richter und können dies auch nicht sein. Sicherlich produzieren sie Urteile wie die Richter auch, die

¹⁰ Einen Überblick verschafft: Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen (Hg.): »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002.

¹¹ Nachlass Margarete Marks [frühere Heymann-Loebenstein], Stadt Aachen, Ausgleichsamt, Bescheid vom 27.11.1985, überlassen von Frau Hudson-Wiedenmann; hier: Unterlagen des Verfahrens über die Feststellung von Vermögensschäden, (nachfolgend: Verfahren Aachen).

¹² Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (Larov), Potsdam, Teilbescheid vom 1.12.1992, überlassen von RA Dr.h.c. Lothar de Maizière.

sich auf den zur Verfügung stehenden Beweisen aufbauen und einer Revision unterzogen werden können; doch sie betreiben keine Entscheidungsfindung, denn ihr oberstes Ziel ist nicht, über die Frage zu entscheiden, ob schuldig oder unschuldig, als vielmehr zu historisieren, in anderen Worten, die Frage von Schuld und Unschuld zu überschreiten und zu Erkenntnissen über das menschliche Verhalten in einem bestimmten Kontext zu kommen.“¹³

Mit jeder historischen Untersuchung, so auch im vorliegenden Fall, sollte der Versuch unternommen werden, Mentalitäten, Verhaltensweisen und Zwänge zu verstehen, bei gleichzeitig gewahrter Distanz, ohne moralisierenden Impetus. Insofern soll diese allein historisch angelegte Würdigung durch Informationen und Interpretationen dazu beitragen, dass die Debatte um Unternehmensgeschichte und speziell die Firmengeschichte der HB-Werkstätten versachlicht und im Licht der jeweils herrschenden Verhältnisse beleuchtet wird.

1.3 Quellenlage

Die Literatur zur Künstlerpersönlichkeit Hedwig Bollhagen ist äußerst umfangreich. Für die Phase des Beginns ihrer selbständigen Tätigkeit im Jahre 1934 stützen sich allerdings die bisherigen Darstellungen in der Literatur zumeist auf mündliche oder persönliche Überlieferungen von Hedwig Bollhagen selbst. Daher wurde der schriftliche Nachlass Hedwig Bollhagens als Primärquelle herangezogen. Er befindet sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv als Depositum.¹⁴ Die ersten Verhandlungen über den Erhalt des künstlerischen Erbes zwischen der Alleinerbin und dem Brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur setzten bereits kurz nach dem Tod Hedwig Bollhagens 2001 ein. Der Nachlass insgesamt, der sich aus künstlerischen Arbeiten und archivischen Dokumenten zusam-

¹³ Feldman, Gerald D.: Unternehmensgeschichte des Dritten Reichs und Verantwortung der Historiker. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, hg. von Dieter Dove, Bonn 1999, S. 25.

¹⁴ Wurche, Susanna: Posthume Annäherung an Hedwig Bollhagen. Der Nachlass der Keramikerin im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, MS, veröffentlicht in: Brandenburgische Archive. Bericht und Mitteilung aus den Archiven des Landes Brandenburg., 25 (2008), S: 13-25.

mensetzt, zweiterer bestehend aus privaten und geschäftlichen Unterlagen, wurde 2004 zu einem „mobilen“ Denkmal erklärt. Nach einer groben Sichtung durch die zuständige Referatsleiterin des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA) in den HB-Werkstätten in Marwitz wurden die Unterlagen im Juni 2005 in das Archiv überführt.

Dokumente der Firma, die für den laufenden Betrieb von Relevanz sind, verblieben in den Werkstätten. Ältere Firmenunterlagen zum Kauf der Haël-Werkstätten und zu Gesellschafts- und Pachtverträgen gelangte im Rahmen der Ausstellungsvorbereitung über Mitarbeiter des HBPG in Kopie zum Nachlass. Auf persönliche Nachfrage bei Herrn Scholz, Geschäftsführer der HB-Werkstätten, wurde allerdings die Auskunft erteilt, dass heute keine weiteren Dokumente mehr vorhanden seien.¹⁵ Der Verbleib der Originale konnte nicht geklärt werden; für das vorliegende Gutachten wurden die im Archiv vorhandenen Kopien herangezogen.

Auch an anderer Stelle hat sich die Bewertung der Archivarin erhärtet, die von „Dokumentenverlusten“ vor der Übergabe an das BLHA ausgeht.¹⁶ Konkret lässt sich das am Beispiel eines Briefes nachweisen: Hedwig Bollhagen gewährte in den 1990er Jahren Andreas Heger Zugang zu ihren Unterlagen, er fertigte sich von einem großen Teil für seine Dissertation Kopien an, so auch von einem Brief, den sie Anfang der 1950er Jahre an Heinrich Schild geschrieben hat. Dieser Brief ist im Nachlass nicht überliefert. Freundlicherweise stellte Herr Heger eine Kopie zur Verfügung. Auf welchem Weg Dokumente verloren gegangen sind, lässt sich nicht nachvollziehen. Dies war auch nicht Aufgabe dieses Gutachtens.

Insgesamt musste aus dem vorhandenen Material ein möglichst geschlossenes Bild gezeichnet werden. In Verbindung mit anderen Quellen, so z.B. den im Bundesarchiv überlieferten Unterlagen des Berlin Document Centers, Archivalien des Berliner Landesarchivs und Materialien, die z.B. aus dem Nachlass von Margarete Heymann-Loebenstein, spätere Marks, stammen und für dieses Gutachten von der Kulturwissenschaftlerin Ursula Hudson-Wiedenmann zur Verfügung gestellt wurden, lassen sich die Vorgänge weit-

¹⁵ Persönliches Gespräch in Marwitz am 9.4.2008.

¹⁶ Wurche (2008), S. 12.

gehend rekonstruieren. Informelle Hinweise wurden nur dann einbezogen, wenn sie einer näheren Überprüfung standhielten. Auch Angaben aus der Sekundärliteratur wurden nur dann übernommen, sofern sie sich auf konkrete Quellen berufen und sich innerhalb des Zeit- und Kostenrahmens dieses Gutachtens überprüfen ließen.

2. Verkäuferseite

Die alleinige Gesellschafterin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz G.m.b.H. (nachfolgend nur: Haël) war im Jahr 1934 Margarete Heymann-Loebenstein (10. August 1898 – 11. November 1990).

2.1 Firmensituation der Haël-Werkstätten und persönliche Lebensumstände Margarete Heymann-Loebensteins bis 1933

1923 hatte die Keramische Fabrik Dr. Gustav Löbenstein [sic!]¹⁷ eine alte Ofenfabrik in Marwitz bei Velten übernommen. Neben dem Ökonom Gustav Löbenstein erweiterte bald sein Bruder Daniel die Firmenleitung, gemeinsam kümmerten sich die Brüder um die kaufmännische Seite des Betriebs. Die junge Ehefrau von Gustav Loebenstein, Margarete Heymann-Loebenstein, war für die künstlerische Leitung zuständig. Es wurde der Name kreiert, Haël, der sich aus den beiden gesprochenen Anfangsbuchstaben von Heymann und Loebenstein zusammensetzte.

Die ehemalige Ofenfabrik wurde durch diverse Anbauten und Instandsetzungen für einen mittelständischen Manufakturbetrieb hergerichtet. 1927 wurde ein gänzlich neues Gebäude für Büro- und Wohnzwecke gebaut. Das Unternehmen nahm einen äußerst günstigen Verlauf. Obwohl Margarete Heymann-Loebenstein über keine abgeschlossene künstlerische oder handwerkliche Ausbildung verfügte, verstand sie es, einen Betrieb zu organisieren, in dem künstlerisch hochwertige Entwürfe entwickelt und sowohl Einzelstücke wie Massenware in handwerklich ausgezeichneter Qualität produziert

¹⁷ Die Schreibweise des Namens variiert in den Unterlagen häufig, offenkundig hat sich Daniel Löbenstein sowie seine Ehefrau mit Umlaut geschrieben, während die Familie seines Bruders Gustav weitgehend den Umlaut mit ‚oe‘ verwendete.

wurden.¹⁸ Einer der zeitweiligen Betriebsleiter war Wolfgang Müller von Baczko, der spätere Direktor der Staatlichen Majolika Manufaktur Karlsruhe, der vorher in der Oranienburger Werkstätte gearbeitet hatte.¹⁹ Die Haël-Werkstätten gewannen schnell hohes Ansehen, da neben konventioneller auch sehr ausgefallene, expressionistisch anmutende Gebrauchskeramik erstellt wurden, die durch Form, Glasur, Farbe und Dekor auffiel. Rund die Hälfte der Produktion ging in den Export.²⁰

Im August 1928 verunglückten Gustav und Daniel Loebenstein auf der Fahrt zur Leipziger Grassi-Messe bei Hennigsdorf mit ihrem Auto tödlich.²¹ Margarete Heymann-Loebenstein war nun alleinige Gesellschafterin der Firma und neben der künstlerischen und technischen Leitung auch für die kaufmännische verantwortlich; zudem war sie Mutter zweier kleiner Kinder (ein Jahr und vier Jahre alt). Zur Versorgung der Witwe des Teilhabers Daniel Löbenstein, Charlotte Löbenstein, übernahm Margarete Heymann-Loebenstein eine Rentenverpflichtung.²² So musste sie zusätzlich finanziell für ihre Schwägerin und deren drei minderjährige Kinder aufkommen.

¹⁸ Gorka-Reimus/Hudson-Wiedenmann, Ursula: Vorgängerin in Marwitz: Die Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik (2008), S. 162-165, hier: S. 162/63.

¹⁹ Winnicke, Winfried: Die Oranienburger Werkstätte; in: Märkische Ton-Kunst Berlin und Brandenburg. Keramik der 20er und 30er Jahr. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Keramik-Museum Berlin, 15.10.1992 – 5.1.1993, Berlin 1992, S. 43-46, hier: S. 43.

²⁰ Aus den Unterlagen des Verfahrens über die Feststellung von Vermögensschäden, Stadt Aachen, Bescheid vom 27.11.1985, (nachfolgend: Verfahren Aachen), hier eine Erklärung des früheren kaufmännischen Direktors, (Siegfried) Haim Eliezer Katz vom 2.1.1960, Unterlagen aus dem Nachlass von Margarete Marks, überlassen von Frau Hudson-Wiedenmann.

²¹ Lt. BLHA, Veltener Zeitung vom 26.8.1928, einem Sonntag, starb Daniel Loebenstein am 24.8. unmittelbar am Unfallort und sein Bruder Gustav am folgenden Morgen, also am 25.8.1928. Das im Teilbescheid des Larov vom 1.12.1992 angegebene Todesjahr 1930 ist demzufolge nicht zutreffend, s. Gorka-Reimus/de Maizière (2008): Erwerb und Gründung der »HB-Werkstätten für Keramik Marwitz« im Jahr 1934, S. 166/67, hier: S. 166. De Maizière geht auch auf den Umstand ein, dass Margarete Heymann-Loebenstein lt. Handelsregisterauszug am 28.8.1934, also am Dienstag der folgenden Woche neben den beiden Geschäftsführern, die zu diesem Zeitpunkt bereits tot waren, als Gesellschafterin eingetragen wurde. Eine Überprüfung des Handelsregisterauszugs war jedoch nicht möglich, da die Akte vernichtet worden ist, s. Auskunft AG Charlottenburg, Abt. 89, Justizoberinspektorin Höfs, Schreiben vom 12.6.2008.

²² BLHA Rep. 116 NL HB 1090, notarielle Erklärung Charlotte Löbenstein [sic!], 16.6.1934.

Mit Unterstützung des kaufmännischen Leiters, Siegfried Katz²³, und des „Technischen Direktors“ Gerhard Wolfram²⁴ gelang es Heymann-Loebenstein, das Unternehmen bis 1930 auf seinem Erfolgskurs zu halten. 1928 lag der Umsatz bei RM 696 980,-, es wurde ein Gewinn von RM 38 717,- erzielt. Ein Jahr später, 1929, war der Umsatz leicht zurückgegangen, lag bei RM 642 934,-, zugleich konnte aber der Gewinn gesteigert werden und betrug RM 48 834,-.²⁵

In dieser Zeit, 1930, waren rund 90 Mitarbeiter in den Werkstätten beschäftigt.²⁶ Die Mitarbeiterzahlen schwankten in dem sehr konjunkturabhängigen keramischen Gewerbe, saisonale Hochphasen wurden durch Hilfsarbeiter ausgeglichen. Ein Stamm an Facharbeitern musste im Interesse des Unternehmens jedoch immer gehalten werden.

2.2. Ökonomische Entwicklung in der keramischen Industrie bis 1933

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise brach der Absatz der keramischen Industrie zu einem großen Teil ein. Die stark auf den Export gerichtete Branche musste heftige Einbußen hinnehmen. 1931 begann die Liquidierung des großen Veltener Werkes von Hermann Harkort, der Steingutfabriken Velten-Vordamm.²⁷ Dort hatte die schlechte wirtschaftliche Lage in Deutschland „einhergehend mit Zollerhöhungen, der Kündigung von Bankkrediten“, aber auch aufgrund von „innerbetrieblichen Uneinigkeiten“ zur Schließung

²³ Aus den Unterlagen des Entschädigungsverfahrens, hier eine Erklärung des früheren kaufmännischen Direktors, (Siegfried) Haim Eliezer Katz vom 2.1.1960, überlassen von Frau Hudson-Wiedenmann.

²⁴ Heger (2005), S. 70.

²⁵ Aus den Bilanzen, s. Gorka-Reimus/de Maizière (2008), S. 166/67, hier: S. 166. Diese Zahlen finden sich auch bei Heger (2005), S. 74, allerdings gibt er noch „Gesamtumsatzzahlen“ an, deren Zusammensetzung nicht nachvollziehbar ist.

²⁶ Lt. Adressbuch der Keram-Industrie 1930, S. 292, zit. nach Heger (2005), S. 150, FN 16.

²⁷ Dittmar, Monika/ Seydewitz, Nicole: Wo liegt eigentlich Velten-Vordamm? H. 5 der Schriftenreihe „Bausplitter“, hg. vom Ofen- und Keramikmuseum Velten, Velten 2007; Schütter, Katharina: Die Steingutfabriken Velten-Vordamm – oder: Wie Kommunalpolitik zur Handelspolitik für Steingutware wird, in: Dittmar, Monika/Endres, Werner (Hg.): Kiepe, Pferdefuhrwerk, Eisenbahnwaggon. Keramik als Gebrauchs- und Handelsware. Beiträge zum 35. Internationalen Hafnerei-Symposium des Arbeitskreises für Keramikforschung in Velten (Land Brandenburg) vom 22.-28.9.2002, Velten 2003, S. 148-156, hier: S. 156.

geführt.²⁸ Ein Teil der entlassenen Mitarbeiter fand in den Haël-Werkstätten einen neuen Arbeitsplatz. Doch die Lage in dem gesamten Industriezweig entwickelte sich immer dramatischer: „Die Ausfuhr sank von 171 518 Tonnen 1931 (Wert 95,31 Mio. RM) auf 110 151 Tonnen 1933 (Wert 51,54 Mio. RM)“²⁹, betrug also nur noch 64 Prozent. Aber auch die Umsatzzahlen im Inland gingen deutlich zurück, von 24 Millionen im Zeitraum 1930/31 auf 16 Millionen 1932/33.³⁰ Viele Unternehmen kämpften mit massiven Schwierigkeiten und versuchten durch eine Umstellung auf Gebrauchskeramik die Verluste gering zu halten. Auch die Karlsruher Majolika Manufaktur schrieb bis in das Jahr 1934 „rote Zahlen“.³¹

1932/33 wurde die Blumenfeld AG, einer der größten Ofen- und Keramikbetriebe in Velten, mit der Keramik-AG zusammengeführt, von diesem Zeitpunkt ab firmierte das Unternehmen unter Veltag.³² Gesamtwirtschaftlich war 1932 der „Tiefpunkt der weltweit wirkenden Depression durchschritten“.³³ Doch bis sich diese Entwicklung auch in Marwitz und Velten bemerkbar machte, bedurfte es etwas Zeit.

2.2.1 Unternehmensergebnisse der Haël-Werkstätten 1930-32 und Reaktionen auf die wirtschaftliche Lage

Auch die Haël-Werkstätten hatten massive Einbrüche zu verzeichnen: 1930 lag der Umsatz mit RM 448 488,- um knapp ein Drittel unter dem Ergebnis von 1928, der Gewinn betrug nur noch RM 1 929,48.³⁴ An größeren Investi-

²⁸ Ebenda.

²⁹ Heger (2005), S. 73, beziehend auf Angaben des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1932, S. 202 (zu 1931), im Vergleich zum Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934, S. 220 (zu 1933).

³⁰ Heger (2005), S. 74, beziehend auf Buddensieg, Tilmann/Thym, Andrea: Qualitätsware statt Schundartikel. Theodor Wieseler und der »Nürnberger Bund« der Fachhändler; in: Keramik der Weimarer Republik 1919-933. Die Sammlung Tilmann Buddensieg im Germanischen Nationalmuseum [Mitarb. Tilmann Buddensieg]. Ausstellungskatalog, Nürnberg 1985, S. 22-26, hier: S. 24.

³¹ Heger (2005), S. 152, FN 69.

³² Theis, Heinz-Joachim: Werkstätten- und Künstlerverzeichnis; in: Märkische Ton-Kunst Berlin und Brandenburg. Keramik der 20er und 30er Jahr. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Keramik-Museum Berlin, 15.10.1992 – 5.1.1993, Berlin 1992, S. 189-235, hier: 193, 205, 227.

³³ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949 (vierter Band), München 2003, S. 710.

³⁴ Es standen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Haël aus den

tionen lässt sich eine Maßnahme bei den Öfen sowie im Inventarbereich in diesem Jahr nachvollziehen.³⁵ Aber die Talfahrt war noch nicht zu Ende: 1931 betrug der Umsatz RM 179 880,34, nun musste erstmals ein Verlust in Höhe von RM 24 178,88 ausgewiesen werden. Nach den Unterlagen, die zur Prüfung vorlagen, ist deutlich ersichtlich, dass 1931 die Kosten zwar erheblich gesenkt wurden, doch die Maßnahmen noch nicht ausreichten, um den eingebrochenen Absatz auszugleichen.

1932 ging der Umsatz nochmals zurück auf RM 112 095,42, allerdings gelang es, den Verlust etwas geringer zu halten (RM 22 383,09).³⁶ Die Bilanz konnte, wenngleich mit keinem guten Ergebnis, so doch geschlossen werden.

Die Verringerung des Verlusts mag die Folge verschiedener unternehmerischer Entscheidungen gewesen sein: So wurde das Sortiment verschlankt, zugleich wurde ein Stilwandel mit einer deutlich gemäßigeren Gestaltung vollzogen; es wurde ein komplettes Service namens Norma präsentiert und die Preise wurden erheblich gesenkt.³⁷

Vor allem die Geschäftsführergehälter, die Heymann-Loebenstein nach dem Tod ihres Mannes und Schwagers zahlte, und die Privatentnahmen sowie die Rentenzahlung für die Schwägerin, belasteten die wirtschaftliche Lage des

Jahren 1928 bis 1932 zur Verfügung. Sie hatten sich im Besitz von Hedwig Bollhagen in Marwitz befunden und wurden freundlicherweise von RA Dr.h.c. Lothar de Maizière in Form von Kopien überlassen (Konvolut Unterlagen de Maizière). Diese Unterlagen wurden im Vorfeld des Reprivatisierungsverfahrens 1991/92 zusammengestellt. Leider sind die heute noch erhaltenen Unterlagen nicht mehr so vollständig, dass sich inhaltlich die Vorgänge vollständig nachvollziehen ließen. Im ebenfalls überlassenen Teilbescheid des Larov vom 1.12.1992 findet sich z.B. auf S. 5 eine Zusammenstellung des Anlagevermögens der Haël, die aus den überlassenen Unterlagen nicht rekonstruierbar ist. – In der inneren Systematik muss festgestellt werden, dass die Bilanzen in jedem Jahr Posten mit unterschiedlichen Bezeichnungen auswiesen, die einen Vergleich der Angaben erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Aber auch bei fortlaufend gleich bezeichneten Positionen, wie z.B. „Reservfonds“ erheben sich nicht zu klärende Fragen, warum er 1929 auf der Aktivaseite mit 117 272,- RM und nach 1930 auf der Passivaseite mit mind. 140 562 RM ausgewiesen ist.

Konvolut Unterlagen de Maizière, Haël Gewinn- und Verlustrechnungen 1927-1932.

³⁶ Konvolut Unterlagen de Maizière, Haël Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen 1928-1932.

³⁷ Heger (2005), S. 74.

Unternehmens.³⁸ 1932 zog Heymann-Loebenstein daraus die Konsequenz und beendete das Arbeitsverhältnis mit dem kaufmännischen Geschäftsführer Katz.³⁹

Im Herbst nahmen die Haël-Werkstätten letztmalig an der Grassi-Messe (28.8.- 1.9.1932) in Leipzig teil.⁴⁰ Heymann-Loebensteins Interesse, ihre Waren in diesem Rahmen weiter zu präsentieren, ist dem Umstand zu entnehmen, dass sie ihre Beteiligung an der Frühjahrsmesse 1933 im Grassi-Museum noch annonciert hatte. Hierzu ist es jedoch nicht mehr gekommen.⁴¹ Welches dafür die Gründe waren, ist nicht bekannt. Da jedoch der kaufmännische Leiter nicht mehr für die Firma tätig war, hätte Margarete Heymann-Loebenstein vermutlich selbst auf die Messe fahren müssen, was ihr angesichts eines familiären Unglücks wahrscheinlich nicht möglich war.

2.3 Unternehmensentwicklung Haël 1933

Die Lage war geprägt von massiven ökonomischen Problemen, als Ende Januar 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Noch war unklar, ob die unternehmerischen Entscheidungen die negative Entwicklung bei den Haël-Werkstätten stoppen oder gar herumreißen konnten. Es liegen für das Jahr 1933 keine Unternehmensergebnisse vor. Feststeht aber, dass trotz der schlechten Ergebnisse in den vorangegangenen Jahren Heymann-Loebenstein in der Lage gewesen wäre, aus ihren eigenen Ressourcen das vorhandene Defizit auszugleichen.⁴²

³⁸ Konvolut Unterlagen de Maizière, Zusammenstellung „Betrifft Hael-Werkstätten“, o.D., hier sind unter Pkt. 3 die Entnahmen aufgeführt.

³⁹ Verfahren Aachen, Schreiben Haim Eliezer (Siegfried) Katz an RA Dr. J. Auerbach, London, 2.1.1965.

⁴⁰ Heger (2005), S. 75. Nach Auskunft von Dr. Thormann, dem stellvertretenden Direktor des Grassi-Museums, griffen im Rahmen der Grassi-Messe „erst ab 1936 antijüdische Aktionen/Restriktionen“; s. Schreiben vom 16.5.2008. Die 1933 parallel zur Leipziger Messe veranstaltete „Erste Braune Groß-Messe“ stellte eine einmalige Propagandaveranstaltung dar, zu der „nur solche Firmen zugelassen wurden, die mit überwiegend deutschem Kapital arbeiteten und die größtenteils Waren produzierten, die mindestens zu 80 Prozent aus deutschen Rohstoffen hergestellt wurden“, s. Köppe, Birgit: Die Leipziger Messe im Dritten Reich. Diplomarbeit, FU Berlin, 24.6.1996.

⁴¹ Die Weite Welt, Heft vom 12.3.1933, zit. nach Hudson-Wiedenmann (2006), S.11.

⁴² LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51, Beschluss im Wiedergutmachungsverfahren vom 15.6.1954, Bl. 91: demnach entrichtete Heymann-Loebenstein 1936 allein an Reichsfluchtsteuer einen Betrag in Höhe von

2.3.1 **Mitarbeitersituation**

Noch Mitte Dezember 1932 wurde der Bürovorsteher D. eingestellt, Ende April 1933 aber schon wieder entlassen. Neben den Materialkosten stellten die Lohnkosten den Hauptposten in der Produktion. Die genaue Entwicklung der Mitarbeiterzahlen im Jahr 1933 lässt sich nicht nachvollziehen. Sicher ist jedoch, dass die Motivierung der Mitarbeiter und ihre Zuverlässigkeit in diesem so stark auf Präzision angewiesenen Gewerbe ganz wichtige Faktoren der Herstellung darstellten. Im März 1933 wurde der handwerklich äußerst anerkannte August Wojak, der bereits im Steingutwerk Velten-Vordamm gearbeitet hatte, als Werksleiter bei Haël angestellt. Vermutlich wollte Heymann-Loebenstein durch einen so erfahrenen Handwerker den Mitarbeitern einen stärkeren Halt geben, zugleich für eine klare Kontrolle sorgen. Denn für Mitarbeiter, die nicht loyal zu den Werkstätten oder der Unternehmerin standen, war es ein leichtes, „Ausschuss“ zu produzieren oder die Herstellung zu blockieren. In einem späteren Wiedergutmachungsverfahren ließ Heymann-Loebenstein-Marks vortragen: „Im Unternehmen bestand eine nationalsozialistische Zelle, von deren Existenz die Antragstellerin [H.L.M.] bis zur Machtübernahme nichts gemerkt hatte. Es fanden Tag für Tag Betriebsversammlungen statt, in denen von fanatischen Nazis die schlimmsten Verleumdungen gegen die Antragstellerin vorgebracht und die Unmöglichkeit dargetan wurde, weiter unter einer Jüdin zu arbeiten.“⁴³ Selbst wenn solche Versammlungen nicht täglich stattfanden, kann doch vermutet werden, dass der Betriebsablauf durch die Agitationen einzelner Mitarbeiter empfindlich gestört wurde. Die Probleme scheinen so groß gewesen zu sein, dass sich Heymann-Loebenstein schriftlich an den „Gau Brandenburg“ wandte und das antisemitische Verhalten ihrer Mitarbeiter beklagte.⁴⁴ Tatsächlich waren nachweislich mehrere Mitarbeiter von den nationalsozialistischen Ideen überzeugt, traten spätestens Anfang Mai 1933 in die Partei

RM 67 000,- und verfügte über ein erhebliches Privatvermögen, das nicht in den Jahren 1934-36 entstanden ist.

⁴³ LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51, Bl. 81, Schreiben Dr. J. Auerbach an das Kammergericht vom 24.1.1956.

⁴⁴ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift) von Septimus D., 14.7.1933.

ein.⁴⁵ Die äußeren politischen Verhältnisse drangen ganz direkt in das Unternehmen ein wie ein langsam wirkendes Gift.

Wojak berichtete im Herbst, dass „Ende Juni 1933 noch 23 Arbeiter und drei Büroangestellte beschäftigt gewesen“ waren.⁴⁶ Diese Mitarbeiter wurden zum 1. Juli 1933 entlassen. Lediglich zwei Lagerarbeiter beschäftigte die Firma noch eine Woche länger. Werksleiter Wojak, der nicht weit entfernt wohnte, übernahm anschließend die Funktion eines Betriebsverwalters.⁴⁷

2.3.2 Betriebsstillegung zum 1. Juli 1933

Zum 1. Juli 1933 müssen die Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz dem zuständigen Finanzamt Nauen die Stillegung des Betriebs gemeldet haben – ein Schritt, der keine Liquidierung bedeutete.⁴⁸ Sie hatten offensichtlich nachgewiesen, dass aktuell keine Rentabilität gegeben war.⁴⁹ Derartige Stillegungen gab es in der keramischen Industrie immer wieder, sei es wegen Absatz-, sei es wegen Rohstofflieferproblemen.

2.3.3 Warenlager

Bis zur Betriebsstillegung war noch reichlich produziert worden. Doch offensichtlich war der Verkauf, das Vertriebssystem oder beides zusammengebrochen, denn das Warenlager war üppig bestückt, während die Ware nicht mehr abgesetzt wurde. Eventuell wirkten sich hier auch die Einschränkungen aus, die verschiedene jüdische Einzelhändler, aber auch Warenhäuser mit jüdischen Besitzern durch die von den Nationalsozialisten inszenierten Boykottmaßnahmen nach dem 1. April 1933 erfahren hatten.

⁴⁵ BArch, 3100 und 3200 NSDAP Zentral- und Gaukartei (ehem BDC), namentlich recherchiert. Im Oktober 1933 übernahm „Pg. E.“ sein Amt als Betriebszellenobmann, s. BLHA, Veltener Zeitung vom 1.12.1933.

⁴⁶ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Ortspolizeibehörde an das Preußische Gewerbeaufsichtsamt, 12.9.1933.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Die Meldung selbst ist nicht überliefert, aus verschiedenen anderen Unterlagen lässt sich dieses Datum jedoch schließen, s. Wurche (2008), S. 6.

⁴⁹ BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Schreiben Landrat an Regierungspräsident vom 5.1.1934.

Bei einer späteren Begehung (August 1933) wurde der Wert des Warenlagers von dem Betriebsverwalter August Wojak auf rund RM 10 000,- geschätzt.⁵⁰

2.3.4 Grundstücke, Gebäude und Betriebsmittel

Die Grundstücke, auf denen sich die Manufaktur befand, waren im Besitz des Unternehmens Haël. Auf einem Grundstück, das vom Nachbarn, dem Bauern Christophersen, 1926 erworben worden war, lastete eine Hypothek.⁵¹ Die Gebäude und Grundstücke waren in der letzten überlieferten Bilanz aus dem Jahr 1932 mit einem Wert von RM 72 178,- eingestellt.⁵² Da keine Bilanz für das Jahr 1933 vorliegt, wird sich der Buchwert höchstens um die Abschreibung verringert haben. Der reale Wert wird jedoch weit höher gewesen sein. Die Gebäude waren zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt errichtet worden. Alle besaßen eine gute bis sehr gute Substanz, sie waren in Ziegelbausteinweise errichtet worden.⁵³ Das Büro- und Wohnhaus war erst 1927 fertig gestellt worden. Ein exakter Wert dieser Aufbauten lässt sich nicht ermitteln. Auch für die Betriebsmittel lässt sich kein genauer Wert bestimmen. Doch war das Inventar in der Bilanz mit rund RM 15 000,- beziffert.⁵⁴ Der Materialverbrauch für das erste halbe Jahr 1933 lässt sich nicht einschätzen.

2.3.5 Reputation der Firma (auch Lieferanten)

Nach Angaben des Ende 1932 aus der Firma ausgeschiedenen kaufmännischen Betriebsleiters besaß die Firma eine hohe Anerkennung in der keramischen Industrie.⁵⁵ Ihre Produkte waren von guter bis sehr guter Qualität, das Sortiment hatte eine Vielfalt, die nicht allein extravagante Einzelstücke umfasste. Die Besprechung der Erzeugnisse war in den einschlägigen Fach-

⁵⁰ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift), Ortspolizeibehörde an Gestapa, 7.8.1933.

⁵¹ Konvolut Unterlagen de Maizière, Kopie des Grundbuchauszugs.

⁵² Konvolut Unterlagen de Maizière. Haël Bilanz von 1932.

⁵³ Verfahren Aachen, Schreiben Haim Eliezer (Siegfried) Katz an RA Dr. J. Auerbach, London, 2.1.1965.

⁵⁴ Konvolut Unterlagen de Maizière, Haël Bilanz von 1932.

⁵⁵ Ebenda.

publikationen zumeist positiv, wenngleich die mangelnde Praktikabilität einzelner Entwürfe durchaus vermerkt wurde.⁵⁶

2.4 Persönliche Ereignisse 1933

Das einschneidendste Ereignis in diesem Jahr dürfte der Tod des Sohnes von Margarete Heymann-Loebenstein, Stephan, am 6. März 1933, einem Montag, gewesen sein. Im Alter von fünf Jahren verunglückte das Kind im Wohnhaus der Familie in Berlin-Tempelhof, Thüringer Ring 3. Es hatte sich zum Spielen eingeschlossen, mit verschiedenen Sachen hantiert und in der Nähe des Badezimmerofens Feuer gefangen. Dadurch, dass sich der Junge eingeschlossen hatte, konnte nicht schnell genug Hilfe geleistet werden.

Das Kindermädchen soll Frau Heymann-Loebenstein anschließend wegen Verletzung der Aufsichtspflicht angezeigt haben, und sie soll tatsächlich kurzzeitig in Untersuchungshaft gekommen sein. Doch sehr schnell stellten sich die Anwürfe als völlig haltlos heraus; Frau Heymann-Loebenstein kam wieder frei.⁵⁷

Ihr Schock wird gewaltig gewesen sein, sie hatte ein Kind unter solch tragischen Umständen verloren und wurde dann auch noch angezeigt und inhaftiert.

Dieses Ereignis wird sicherlich nicht zu einem ausgeglichenen Arbeitsklima im Unternehmen beigetragen haben, wo die Situation weiterhin schwierig war. Zudem war Margarete Heymann-Loebenstein eine politisch wache Person, die aufmerksam die äußeren Veränderungen wahrnahm.⁵⁸

⁵⁶ N.N.: Keramik der modernen Dame, S. 171, zitiert nach Heger (2005), S. 72 u. 151 FN41.

⁵⁷ Informationen vom Bruder des Verunglückten, Michael L., übermittelt durch Frau Hudson-Wiedenmann, 30.5.2008. In der Wiedergutmachungsakte findet sich ebenfalls ein Hinweis auf eine „Mordanklage“, die aber umgehend wieder fallengelassen wurde, s. LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51. – Die Unterlagen der Berliner Polizeibehörden sind sehr fragmentarisch, der Vorgang konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁸ So äußerte sie, lt. Aussage eines früheren Mitarbeiters, im Betrieb, dass es Konzentrationslager gäbe, in denen die Gegner der Nationalsozialisten „um die Ecke gebracht“ würden, s. BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift) von Septimus D., 14.7.1933.

2.5 Politische Vorgänge 1933

Einen Tag vor dem Unglückstag hatten Wahlen zum Reichstag stattgefunden. Die NSDAP hatte reichsweit trotz massiver Übergriffe auf Gegner im Wahlkampf 43,9 Prozent der Stimmen erreicht, die Regierung erzielte aber in ihrer Koalition mit den deutsch-nationalen Kräften die absolute Mehrheit.

Doch in Veltens war die Stimmung eine andere, hier, in der von industrieller und handwerklicher Arbeit geprägten Gegend, errangen die Nationalsozialisten mit 31,7 Prozent (1687) der Stimmen noch nicht einmal ein Drittel. SPD und KPD bußten zwar im Vergleich zu den Wahlen vom November 1932 Stimmen ein, doch stimmten für sie rund ein Drittel (SPD: 1756 Stimmen) und ein Viertel (KPD: 1340 Stimmen) der Wähler.⁵⁹ Dieses Ergebnis entsprach nicht dem Trend im sonstigen Reich und auch nicht den allgemeinen Resultaten für den Preußischen Landtag.⁶⁰ In Marwitz entsprachen die Ergebnisse eher den landesweiten: NSDAP 416 (42,1 %), SPD 288 (29,2 %), KPD 211 (21,4 %), Zentrum 18 (1,8 %), Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 46 (4,7 %), Staatspartei 8 (0,8 %).⁶¹

Am 21. März präsentierte sich Hitler scheinbar seriös beim „Tag von Potsdam“, als sich der neue Reichstag konstituierte. Ende März kam es an verschiedenen Orten zum „Sturm“ auf Gerichte durch SA-Trupps. Jüdische Juristinnen und Juristen wurden durch den Kerrl'schen Erlass (31. März 1933) mit Hausverbot belegt. Am 1. April 1933 wurde reichsweit ein Boykott gegen jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Anwaltskanzleien und Arztpraxen von der NSDAP veranstaltet. Auch in Veltens setzte der „angeordnete Boykott pünktlich vormittags 10 Uhr ein [... und verlief] „in völliger Planmäßigkeit und Ruhe. Nach Schluß der Geschäftszeit wurden die Boykottzettel von SA-Leuten wieder entfernt.“⁶² In verschiedenen Berufsgruppen wurden Juden mit Berufsverbot belegt, stigmatisiert, der Antisemitismus war spürbar. – Da war es gleichgültig, dass Margarete Heymann-Loebenstein seit 1930 nicht mehr

⁵⁹ BLHA, Veltener Zeitung vom 7. 3.1933.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda, im Vergleich dazu die reichsweiten Ergebnisse, s. Broszat, Marint/Frei, Norbert (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zeugnisse, 5. Aufl. München 1996, S. 197.

⁶² BLHA, Veltener Zeitung vom 4.4.1933.

der Jüdischen Gemeinde in Berlin angehörte. Von ihrer „Rasse“ her wurde sie als Jüdin angesehen.

Der im Frühjahr eingestellte August Wojak berichtete in seinem Entnazifizierungsverfahren 1946/47, dass er 1933 von Frau Heymann-Loebenstein „wiederholt“ darum gebeten wurde, der N.S.D.A.P. beizutreten, „wovon sie sich dann ... Schutz versprach.“⁶³ Tatsächlich trat er am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein.⁶⁴ Im gleichen Schreiben erklärte er, dass er dem Wunsch seiner Chefin ohne Überzeugung nachkam, „um Erhaltung des Betriebes der damaligen jüdischen Firma, die besonders unter den damaligen politischen Verhältnissen zu leiden hatte.“ Er führte aus: „da zu dieser Zeit [1933] der damalige Umsturz erfolgt war, hatte diese Firma, besonders Frau Loewenstein als damalige Inhaberin, unter diesem System besonders zu leiden.“ Bei Haël hatten sich einige Mitarbeiter offenkundig positioniert und artikulierten das auf den verschiedenen Betriebsversammlungen.⁶⁵ Vor diesem Hintergrund bekommt die Bitte an Wojak, auch in die NSDAP einzutreten, einen stärkeren Akzent: er sollte von innen die Kollegen auffordern, ihrer Arbeit nachzugehen. Selbst wenn nicht jeden Tag Betriebsversammlungen abgehalten wurden, wie behauptet, so ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass im Unternehmen hetzerische Propaganda gegen die Unternehmerin verbreitet wurde. Wojak schrieb weiter: „da sich aber trotz alledem die Geschäftslage immer nicht besserte, entschloss sich die Frau Loewenstein [sic!], den Betrieb aufzugeben und die Fabrik zu verkaufen, um ins Ausland nach England zu gehen.“⁶⁶ Ob sich vor diesem Hintergrund der Hetze, die Geschäftslage hätte verbessern können, muss bezweifelt werden.

Dass Margarete Heymann-Loebensteins Schreiben „an den Gau Brandenburg“, welches leider nicht überliefert ist, nichts an der Einstellung der Mitarbeiter veränderte, zeigt der weitere Verlauf.⁶⁷

⁶³ BLHA Rep. 203 Entnazifizierungskommission Nr. 369, Lebenslauf Wojak vom 9.2.1947.

⁶⁴ BArch, Nr. 3200 NSDAP-Gaukartei (ehem. BDC).

⁶⁵ S.o. Mitarbeitersituation.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda. Diese Erklärung findet sich nicht in den Unterlagen der regionalen NSDAP, weil sie nicht überliefert sind, auch in den Unterlagen des Landrats, der eng mit der NSDAP zusammenarbeitete, findet sich ein derartiges Schreiben nicht.

Die Verlässlichkeit der Aussagen vor den jeweiligen Entnazifizierungskommissionen ist nicht besonders hoch, da in dem Durcheinander unmittelbar nach Kriegsende jeder davon ausgehen konnte, dass kaum Unterlagen auftauchen würden, die die Aussagen entkräften könnten. Im vorliegenden Fall ist es aber durchaus wahrscheinlich, dass Frau Heymann-Loebenstein einen ihrer Mitarbeiter, der im Betrieb eine maßgebliche Rolle einnahm, ein guter Handwerker war und auch in der Gegend anerkannt war, zu ihrem Vertrauten machte, um ihn nicht allein zwischen sich und den Mitarbeitern, sondern zwischen dem Unternehmen und der örtlichen Parteiorganisation vermitteln zu lassen. Dass sich August Wojak darauf einließ, war sicherlich auch der Not geschuldet. Konnte er doch absehen, dass bei verstärktem Druck die Schließung der Firma bevorstand. Für ihn und die anderen Mitarbeiter, die wie er zu einem großen Teil bereits 1931 von den Steingutwerken Velten-Vordamm entlassen worden waren, hätte das eine erneute Arbeitslosigkeit bedeutet. So war die Loyalität zum Unternehmen auch ein Bemühen, den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten. Wie real die Gefahr gewesen war, zeigte sich am 1. Juli 1933, als der Betrieb stillgelegt wurde.

2.5.1 Denunziation

Heymann-Loebenstein war, obwohl schon seit fast zehn Jahren in Marwitz tätig, eine Außenseiterin geblieben oder geworden (das lässt sich aus heutiger Sicht kaum bestimmen). Sie lebte nicht in der Region, sondern in Berlin. Sie pflegte einen anderen Lebensstil und hatte andere politische Überzeugungen als ein Großteil ihrer Mitarbeiter. Solange das Geschäft florierte, wurde ihr Auftreten toleriert. Doch wahrscheinlich wurde mit den zunehmenden Schwierigkeiten im Unternehmen auch das Verhältnis zu den Mitarbeitern stärker belastet.

Von den Mitarbeitern, die 1933 bzw. im Zuge der Stilllegung ihre Stellung verloren hatten, kamen zwei am 14. Juli 1933 einer Aufforderung durch den Ortspolizisten nach und zeigten bei ihm ihre frühere Chefin, Frau Heymann-

Loebenstein, an.⁶⁸ Der „Bericht“ von Septimus D. wird eingeleitet mit: „Gemäß Ihrer [Ortspolizeibehörde] Aufforderung überreiche ich Ihnen anbei einen Bericht zur Beleuchtung der Verhältnisse bei den Haël-Werken, Marwitz ...“⁶⁹

Hans E., Betriebsratsobmann, der zugleich auch Betriebszellenobmann der NSDAP war,⁷⁰ warf Heymann-Loebenstein durch verschiedene Beispiele ein „Gebahren vor, wie es einem deutschen Arbeitgeber nicht zukommt.“⁷¹

Auch sein Kollege Septimus D. warf ihr eine „schlechte, teilweise geradezu menschenunwürdige Behandlung“ der Angestellten und Arbeiter vor. D. ging in seiner Anzeige auf das (nicht überlieferte) Schreiben von Heymann-Loebenstein „an den Gau Brandenburg“ ein, worin sie sich über die antisemitische Einstellung mehrerer Angestellter beschwerte und dies als Grund für eine notwendig gewordene Stilllegung anführte, und bezeichnete Heymann-Loebensteins Darstellung als „eine Verdrehung der Tatsachen“.⁷² Seiner Ansicht nach hätte sie, „durch ihre Handlungsweise die Mitarbeiter geradezu dazu herausgefordert, antisemitisch zu denken und zu handeln.“ Entsprechend warf er ihr eine „stark ausgeprägte semitische Haltung“ vor. Zugleich, und das war vermutlich entscheidender, äußerte er sich „zu den angeblichen Gerüchten über Staatsfeindlichkeit“ von Heymann-Loebenstein und sagte aus, dass sie der „staatsfeindlichen Gesinnung bezichtigt werden muss.“⁷³ So hätte sie, seinen Angaben nach, „unter der heutigen Regierung kein Interesse mehr daran, deutsche Arbeiter zu beschäftigen, oder: Sie wisse

⁶⁸ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift) von Hans E. und Septimus D., 14.7.1933. Allgemeine Anmerkung: Im Folgenden werden die Personen anonymisiert, zu denen verschiedene datenschutzrechtliche sensible Informationen vorliegen und deren Geburtstag noch keine 110 Jahre zurückliegt, wie es die Archivschutzbestimmungen für eine offene Angabe voraussetzen.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ BLHA, Veltener Zeitung vom 1.10.1933.

⁷¹ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift) von Septimus D., 14.7.1933.

⁷² Ebenda. Da es keine Überlieferung zu der regionalen NSDAP gibt, ist diese Erklärung nicht nachweisbar; auch in den Unterlagen des Landrats, der eng mit der NSDAP zusammenarbeitete, findet sich ein derartiges Schreiben nicht.

⁷³ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Bericht (Abschrift) von Septimus D., 14.7.1933.

wohl, dass Funktionäre von früheren Parteien im Konzentrationslager um die Ecke gebracht worden seien.“⁷⁴

E. und D. waren seit dem 1. Mai 1933 Mitglieder der NSDAP.⁷⁵ Sie hatten sich offenkundig in der Ortsgruppe Velten über die vermeintliche „Verächtlichmachung und Herabminderung der deutschen Staatsautorität“ von Heymann-Loebenstein ausgetauscht, woraufhin es dann zu dem nachfolgenden Schritt, der abgerufenen Denunziation, gekommen ist. Die örtliche Polizei beteiligte sich aktiv an diesem Geschehen. Der Ortpolizist Biedenweg, für den keine Parteizugehörigkeit nachgewiesen werden konnte, leitete diese von ihm aufgenommenen Vorwürfe am 7. August 1933 an das Gestapa Berlin weiter.⁷⁶

Zum konkreten Arbeitsablauf wurde die Organisation sehr plastisch kritisiert. Allerdings lässt der Zusammenhang, in dem diese Kritik geäußert wurde – eine insgesamt abwertende und feindliche Stimmung –, Zweifel an der Verlässlichkeit entstehen.

Hinsichtlich der „staatsfeindlichen Äußerungen“ waren die Behauptungen wenig substantiiert. Die Bemerkung zu den Konzentrationslagern ist Heymann-Loebenstein zuzutrauen, allerdings war die Existenz von Konzentrationslagern zu diesem Zeitpunkt kein Geheimnis. Oranienburg, das als eines der ersten Konzentrationslager von SA und SS installiert worden war, lag nur wenige Kilometer von Marwitz entfernt, und war mitten in der Stadt in einer ehemaligen Fabrik errichtet worden.⁷⁷ Auch von dem wilden Konzentrationslager in Börnicke, das ähnlich nah war, werden die Bewohner des Osthavellandes gewusst haben.⁷⁸ Ob allerdings die Verbreitung der Aussage, dass dort Gegner des Nationalsozialismus ermordet wurden – „um die Ecke gebracht wurden“ –, als staatsfeindlicher Akt hätte interpretiert werden

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ BArch, Nr. 3200 NSDAP-Gaukartei (ehem. BDC).

⁷⁶ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Ortpolizeibehörde an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 7.8.1933.

⁷⁷ Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Historischer Überblick und Lageplan, 3. Aufl. Oranienburg 2006.

⁷⁸ Scheer, Regina: Der Umgang mit Denkmälern. Eine Recherche in Brandenburg, hg. von der Brandenburgischen Landeszentral für politische Bildung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam 2003, S. 38/52/101.

können, hätte in einem Gerichtsverfahren geklärt werden müssen. Im Vorfeld hätte Frau Heymann-Loebenstein in einem entsprechenden Ermittlungsverfahren durchaus verhaftet werden können.

2.5.2 Verhaftungsgefahr

Für Frau Heymann-Loebenstein muss es in der Zeit schwierig gewesen sein, zu einer klaren Einschätzung der Gefahr, in der sie sich befand, zu gelangen. Der offizielle (überlieferte) Schriftwechsel der Polizeibehörden setzt erst Mitte Juli 1933 ein. Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits nach Bornholm geflohen. Es wird vorher einiges passiert sein, was allerdings nicht schriftlich dokumentiert oder nicht überliefert wurde.

So lässt sich aus den vorhandenen Dokumenten schließen, dass es ein enges Zusammenspiel zwischen dem Ortspolizisten Biedenweg und der NSDAP-Ortsgruppe Velten gegeben haben muss. Diese wiederum wandte sich an den Treuhänder der Arbeit wegen der Haël-Werkstätten: „Es ist anzunehmen, dass sie [Heymann-Loebenstein] ins Ausland geflohen ist, weil sie vorher von ihrer evtl. Inhaftierung Wind bekommen hatte. Bekräftigt wird der Fluchtverdacht dadurch, dass sie ihre Arbeiter entlassen hat, einen Liquidator bestellt hat, das Telefon sowie die Lichtbelieferung abbestellt hat. Der Liquidator heisst Silberberg (wird wahrscheinlich ein Rassegenosse der Frau Dr. Löbenstein sein).“⁷⁹ Der antisemitische Tonfall ist unüberhörbar, ebenso das Bedauern über den ins Leere gelaufenen Tatendrang.

Wenn Margarete Heymann-Loebenstein von derartigen Aussagen wusste, wovon auszugehen ist, musste sie jederzeit mit einer Verhaftung rechnen. Dem wollte sie sich nicht aussetzen, denn wie willkürlich mit den Häftlingen umgesprungen wurde, war ihr offenkundig bekannt. Zudem war sie für ihren Sohn verantwortlich, der im August seinen neunten Geburtstag feierte und

⁷⁹ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Velten an den Treuhänder der Arbeit für den Bezirk Brandenburg, Herrn Pg. Klugert vom 2.8.1933 – die gravierenden orthographischen Fehler wurden der besseren Lesbarkeit wegen beseitigt. Auch die Bezeichnung „Liquidator“ darf nicht im juristischen Sinne verstanden werden, denn es war noch kein Liquidationsverfahren eingeleitet worden.

den sie allein aufziehen musste. Es scheint daher durchaus wahrscheinlich, dass sie mit der Schließung ihres Betriebs und der umgehenden Reise nach Bornholm einer Verhaftung entgehen wollte, und ihr dies auch gelungen ist. Doch der Aufbruch muss sehr überstürzt gewesen sein. So blieben auch die geschäftlichen Unterlagen in den Werkstätten in Marwitz zurück.⁸⁰

2.5.3 Beschlagnahme

Der örtliche Polizist Biedenweg hatte die am 1. August 1933 vom Landrat in Nauen erlassene Verfügung umgesetzt und das Warenlager der Haël-Werkstätten beschlagnahmt.⁸¹ In einem später verfassten Brief spricht er, wie auch die Ortsgruppe der NSDAP, gar von einer Beschlagnahme des „ganzen Werks“.⁸²

Am 16. August 1933, also rund drei Wochen später, wandte sich der Landrat erneut an den Regierungspräsidenten in Potsdam, er hatte bereits am 28. Juli und am 11. August geschrieben, und bat ihn „zu veranlassen, dass der Betrieb Beauftragten der Arbeitsfront übergeben und weitergeleitet wird. Mit Rücksicht auf die erfolgte Stilllegung des Betriebes und die zu erwartende Veräusserung von investierten Werten für eigene Zwecke der Besitzerin ist die polizeiliche Schließung veranlasst worden.“⁸³

Die Radikalität, die mit der Beschlagnahme durch die lokalen Institutionen demonstriert wurde, stand jedoch nicht im Einklang mit den Bemühungen übergeordneter offizieller Stellen, noch den Anschein einer Rechtsverbindlichkeit zu wahren.

Gleichwohl vertraten sowohl der Polizist Biedenweg wie der Landrat Rheinbaben inhaltlich die gleiche Position wie die Ortsgruppe der NSDAP, die auf einen Entzug des Eigentums von Frau Heymann-Loebenstein gerichtet war.

⁸⁰ So befanden sich die Haël-Bilanzen der Jahre 1927 bis 1932 später im Besitz von Hedwig Bollhagen, Konvolut Unterlagen de Maizière.

⁸¹ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Ortspolizeibehörde an den Landrat in Nauen vom 11.8.1933.

⁸² BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben NSDAP-Ortsgruppe Velten an den Treuhänder der Arbeit für den Bezirk Brandenburg vom 2.8.1933 sowie Schreiben der Ortspolizeibehörde an den Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg vom 11.9.1933.

⁸³ BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Schreiben Landrat an Regierungspräsident vom 18.6.1933.

Die Vorgänge deuten auf ein abgesprochenes Vorgehen hin: der Betrieb sollte, auf welchem Wege auch immer, der Eigentümerin entzogen werden. Darum waren die früheren Mitarbeiter, die auch Mitglieder in der NSDAP waren, aufgefordert worden, Anzeige zu erstatten. Der Ortspolizist gab diese „Berichte“ an das Gestapa weiter. Die gleichzeitige Beteiligung des Landrats an diesen Vorgängen ist offenkundig.

Anfang September reagierte der Regierungspräsident Potsdam und fragte interessiert an, auf welcher rechtlichen Grundlage die Beschlagnahme des Warenlagers erfolgt sei.⁸⁴ Rechtlich zulässig wäre eine Beschlagnahme nur von dem „Demob.Komm.“ (wahrscheinlich: Demobilisierungskommando) des Regierungspräsidenten durchzuführen gewesen, sie hätte sich zudem nur auf Vorräte an Roh- und Hilfsstoffen erstrecken können. Ausdrücklich wird erwähnt: „Fertigware fällt nicht unter diese Bestimmung.“⁸⁵ Eine weitere Voraussetzung einer solchen Maßnahme wäre die Größe des Betriebs gewesen, demnach mussten in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt sein.⁸⁶

Umgehend bemühte sich der Ortspolizist einige Anhaltspunkte zu geben, so wurde mitgeteilt, dass durchschnittlich „30 Arbeiter, früher dagegen 80 Arbeiter“ in den Werkstätten beschäftigt worden sind.⁸⁷ Landrat Rheinbaben erklärte dem Regierungspräsidenten, dass „die Schliessung des Betriebes durch die Ortspolizeibehörde eine polizeiliche Massnahme ist. Es sollte damit verhindert werden, dass die Besitzerin der Werke nach der von ihr veranlassten Stilllegung Lagerbestände oder sonstige Werte aus dem Werk nimmt und sich dadurch flüssig Mittel zu staatsfeindlicher Betätigung verschafft.“⁸⁸ Diese Darstellung war tendenziös und allein darauf gerichtet, sich bei der vorgesetzten Dienststelle abzusichern. Im gleichen Schreiben bittet der

⁸⁴ BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Vermerk des Regierungspräsidenten vom 2.9.1933.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda. Rechtliche Grundlage hätte die „Stilllegungsverordnung vom 8.11.1920 ,
RGBl. S. 1901 und vom 15.10.1923, RGBl. S. 983“ sein können.

⁸⁷ BLHA Rep. 41 Amtsbezirk Bötzw Nr. 279, Schreiben der Ortspolizeibehörde an das
Preußische Gewerbeaufsichtsamt vom 12.9.1933.

⁸⁸ BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Schreiben Landrat an Regierungspräsident vom
8.9.1933.

Landrat darum, die Übernahme des Betriebes durch die Arbeitsfront zu veranlassen.

Nach intensivem Bemühen fand der Landrat auch eine rechtliche Grundlage für die Beschlagnahme des Warenlagers: § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes. Gleichzeitig versuchte er den Eindruck zu korrigieren, dass die Ortspolizeibehörde ihre Kompetenzen überschritten hätte, so wurde nun erklärt, dass die Haël-Werke von der Eigentümerin selbst geschlossen worden seien.⁸⁹

Es kann dahingestellt bleiben, ob die Norm, § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes eine derart weitreichende Maßnahme wie eine Beschlagnahme abgedeckt hätte. Zum Zeitpunkt der Ereignisse hielt sich Heymann-Loebenstein immer noch in Bornholm auf. Sie hätte zwar von dort aus rechtlich gegen die Beschlagnahme durch einen Anwalt in Deutschland vorgehen können, doch wusste sie vermutlich nicht, wie es mit dem Werk weitergehen sollte.

Zugleich mischte sich spätestens im Herbst 1933 der Gemeindevorsteher H. ein, um mit der Eigentümerin wegen der Wiedereröffnung des Betriebs im Interesse des Abbaus der Arbeitslosigkeit in der Gegend zu verhandeln.⁹⁰ H. war bereits seit 1931 Mitglied der NSDAP, fungierte für sie auch als „Stützpunktleiter“, er war sicher aus ideologischen Gründen für einen Eigentümerwechsel bei den Haël-Werkstätten.⁹¹

2.5.4 Unternehmerische Betätigungsfreiheit?

Als Interessent für die Übernahme des Betriebs meldete sich im September 1933 der Direktor des Keramischen Werks Vordamm, Adolf Kruckau. Zu Zeiten der Steingutfabriken Velten-Vordamm war er innerhalb des Unter-

⁸⁹ BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Schreiben Landrat an Regierungspräsident vom 6.11.1933.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ BLHA, Veltener Zeitung vom 31.10.1933.

nehmens ein Gegenspieler von Hermann Harkort, dem Gründer und eigentlichen Chef der Steingutfabriken, gewesen.⁹² Er hatte durch August Wojak von den Absichten Margarete Heymann-Loebensteins erfahren, die „das Werk verpachten oder anderweitig unterbringen will.“⁹³ Kruckau machte kein Hehl aus seinen Ambitionen: „Aus dem Marwitzer Werk muss mit der Zeit ein deutsches Unternehmen entstehen ohne Einfluss nichtarischer Personen.“⁹⁴ Diese Aussage erregt besonders Anstoß, existiert doch ein Brief vom gleichen Tag an den Bevollmächtigten von Heymann-Loebenstein, Silberberg, in dem Kruckau die Möglichkeiten auslotete, gemeinsam mit ihr den Betrieb wieder aufzunehmen. Hierfür erwartete er eine finanzielle Beteiligung von ihrer Seite in Höhe von RM 20 000,-.⁹⁵ Es ist eindeutig die Absicht zu erkennen, eine angebliche Partnerschaft aufzubauen und sie als Vorwand zu benutzen, um einen finanziellen Vorteil zu erlangen. Zugleich lassen sich aus den Schreiben von Kruckau Informationen erkennen, die ihm wohl kaum Max Silberberg zugespielt hat. So weiß Kruckau darüber Bescheid, dass Frau Heymann-Loebenstein durch die ausgezahlte Lebensversicherungssumme für ihren verunglückten Mann eine vermögende Frau war und dass im Falle einer Neuverhehlung der Sohn der vorrangig Begünstigte gewesen wäre.⁹⁶ Die Überlieferung der Vorgänge in den Akten des Amtsbezirks Bötzwow weist daraufhin, dass sich NS-parteiliche und örtliche Institutionen gemeinschaftlich für die Übernahme der Haël-Werkstätten interessierten und hierfür nur Personen in Betracht gekommen wären, die in die dominierenden politischen Raster passten.

Es kommt zu keiner derartigen Einigung zwischen Heymann-Loebenstein und Kruckau. Der weitere Verlauf der Verhandlungen ist nicht dokumentiert. Doch der Gemeindevorsteher von Marwitz, H. war spätestens von diesem Zeitpunkt ab über die laufenden Verhandlungen informiert.

⁹² Gorka-Reimus/Schütter (2008): Der Qualitätsgedanke als betriebswirtschaftlicher Erfolgsfaktor – Hedwig Bollhagen und die Steingutfabriken Velten-Vordamm, S. 56-70, hier: S. 69.

⁹³ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Kruckau an den Amtsvorsteher Neu-Bötzwow vom 22.9.1933.

⁹⁴ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Kruckau an den Gemeindevorsteher in Marwitz vom 13.9.1933.

⁹⁵ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Kruckau an den Bevollmächtigten Silberberg vom 13.9.1933.

⁹⁶ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzwow Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben Kruckau an den Amtsvorsteher Neu-Bötzwow vom 22.9.1933.

Margarete Heymann-Loebenstein hielt sich wahrscheinlich ab Oktober wieder in Deutschland auf. Auf welchem Wege sie mit ihrem Bevollmächtigten Max Silberberg, der als „öffentl. angest. beeidigter Bücherrevisor [und] Wirtschaftsberater“⁹⁷ firmierte, in Kontakt gekommen ist und die Verbindung gehalten hat, ist unbekannt. Nach den vorliegenden Dokumenten hat er sicher seit August, vermutlich aber seit Juli 1933, ihre Angelegenheiten vertreten und diese Aufgabe bis April 1934 wahrgenommen.

Derweil war in Marwitz August Wojak, der mindestens bis Mitte November 1933 noch von den Haël-Werkstätten für seine Verwaltungstätigkeit bezahlt wurde, weiter tätig. Er erklärte sowohl dem Ortpolizisten als auch den Vertretern der Ortsgruppe Velten der NSDAP, welche Anstrengungen notwendig waren, um das Werk wieder zu eröffnen und dass das Warenlager, das einen Wert von rund RM 10-12 000,- besaß, gut zum Weihnachtsgeschäft eingesetzt werden konnte.⁹⁸ In diesem Zeitraum, September bis November 1933, muss auch die Verbindung zu Dr. Heinrich Schild, Generalsekretär des Deutschen Handwerks (ab November 1933 des Reichsstandes des Deutschen Handwerks), zustande gekommen sein, der das Werk mehrfach besichtigte.⁹⁹ Er stand in Verbindung mit Hedwig Bollhagen, die wiederum August Wojak aus der Zeit in den Steingutfabriken Velten-Vordamm gut kannte und über die Jahre mit ihm in Verbindung geblieben war.¹⁰⁰ Ob Schild allein oder gemeinsam mit Hedwig Bollhagen die Haël-Werkstätten besichtigte, ist unbekannt. Es entspann sich die Idee, dass der Gemeindevorsteher H. gemeinsam mit Dr. Schild die Werkstätten erwerben könnte. Dies wurde konkret erörtert und Silberberg mitgeteilt. Als die Verhandlungen bis Ende 1933 keine Lösung versprochen, erhöhte der Gemeindevorsteher den Druck

⁹⁷ Konvolut Unterlagen de Maizière, Briefkopf, s. Schreiben vom 24.1.1934.

⁹⁸ BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 279, Haël-Werke Marwitz, Schreiben NSDAP-Ortsgruppe Velten an den Treuhänder der Arbeit für den Bezirk Brandenburg vom 2.8.1933 sowie Schreiben der Ortpolizeibehörde an den Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg vom 9.9.1933 sowie Rep. 2 A I Pol. 1158, Ortpolizeibehörde vom 1.11.1933 als Anlage zu einem Schreiben des Landrats an den Regierungspräsidenten in Potsdam vom 6.11.1933.

⁹⁹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben Schild an Silberberg vom 11.1.1934.

¹⁰⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 137 Schreiben Thoma Gräfin Grote an Hedwig Bollhagen vom 31.12.1931.

und schrieb an Silberberg, „dass sich eine höhere Regierungsstelle für diese Angelegenheit interessiert.“¹⁰¹ So diffus die Andeutung, so musste sie doch für Silberberg wie eine Drohung klingen.

Hinsichtlich des Verkaufs konnte Silberberg aber nur zögerlich agieren, war doch gar nicht klar, ob Heymann-Loebenstein wirklich zu einer Veräußerung bereit war. Nach den gescheiterten Verhandlungen mit Kruckau war man in der Gegend, wie ein Schreiben des Landrats Rheinbaben belegt, darüber informiert, dass sie, sofern sie überhaupt verkaufen wollte, mit Vorstellungen von RM 60 000,- in die Verhandlungen ging.¹⁰² Zugleich soll sie aber auch erwogen haben, „den Betrieb selbst wieder zu eröffnen.“¹⁰³ Der Landrat kommentierte diese mögliche Absicht: „Es kann aber angenommen werden, dass sie wegen ihrer jüdischen Abstammung nicht wieder Eingang in ihrer Geschäftsbranche findet.“¹⁰⁴

2.6 Liquidation ab 18. Januar 1934?

Nach den Unterlagen des Teilbescheids des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen aus dem Jahr 1992 soll zum 18. Januar 1934 die Liquidation des Unternehmens beantragt worden sein.¹⁰⁵ Eine Überprüfung dieser Angabe ist jedoch nicht möglich, da vom Archiv des Handelsregisters nur die komplette Vernichtung der Vorgänge festgestellt werden konnte.¹⁰⁶

¹⁰¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben H. an Silberberg vom 6.1.1934.

¹⁰² BLHA Rep. 2 A I Pol. 1158, Landrat an Regierungspräsident in Potsdam vom 5.1.1934.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Konvolut Unterlagen de Maizière, Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, Teilbescheid vom 1.12.1992, S. 4. Die Darstellung des Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen wirft selbst neue Fragen auf: so wird dargestellt, dass lt. Handelsregistereintragung Daniel und Gustav Loebenstein ab 28.8.1928 gemeinsam mit Margarete Loebenstein geb. Heymann die Firma Hael-Werkstätten für künstlerische Keramik GmbH in Marwitz als Gesellschafter geführt haben sollen. Dies ist nicht möglich, da Daniel und Gustav Loebenstein zu diesem Zeitpunkt bereits tot waren. Wenn dies ein länger geplanter Vorgang war, müsste zumindest eine Löschung der beiden verunglückten Gesellschafter nachweisbar sein (s. auch ob.).

¹⁰⁶ Auskunft AG Charlottenburg, Abt. 89, Justizoberinspektorin Höfs, Schreiben vom 12.6.2008.

Geht man von dem vom Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen dargestellten Vorgang aus, so hat Margarete Heymann-Loebenstein zum 18. Januar 1934 die Liquidation der Haël-Werkstätten beantragt. Sie soll selbst zur Liquidatorin bestellt worden sein.¹⁰⁷ Unklar bleibt, warum sie in den späteren Verkaufsverträgen nicht als Liquidatorin bezeichnet wird oder die Haël-Werkstätten mit dem Zusatz „i.L.“ (in Liquidation) angegeben werden.

2.7 Konkrete Verkaufsverhandlungen

Max Silberberg führte nachweislich auch nach dem 18. Januar 1934 weiter als Bevollmächtigter für Margarete Heymann-Loebenstein die Verhandlungen. Seit Herbst war er mit Heinrich Schild im Gespräch. Dieser schrieb ihm am 11. Januar 1934, dass er weiterhin an einem Erwerb interessiert sei, hierfür bereit sei RM 45 000,- zu zahlen, unter folgenden Bedingungen:

- „1. Die vorhandene Hypothekenbelastung von RM 20.000.- muss der erste Hypothekengläubiger stehen lassen.
2. Die Restzahlung von RM 25.000.- ist am Tage der Auflassung von mir in bar zu zahlen.
3. Der Kaufpreis von RM 45.000.- ist der Preis für die in den Hael [sic!] Werkstätten GmbH, incl. Grundstück, Fabrikgebäude und Wohngebäude einschl. der Firma – ebenso einschl. des Rechtes die von den Hael Werkstätten bisher herausgegebenen Muster weiter anzufertigen und zu verbreiten. In dem Preis sind sämtliche noch vorhandene Warenbestände und Einrichtungsgegenstände enthalten – ebenso die Büroeinrichtungen und Schreibmaschinen, die für den kaufmännischen Betrieb in Frage kommen sowie etwa im Büro- und Wohngebäude vorhandene Zimmereinrichtungen und Mobilien, die am Tage dieses Schreibens daselbst vorhanden sind.“¹⁰⁸

Hierbei wird der Gemeindevorsteher H. aus Marwitz schon nicht mehr als Partner erwähnt.

¹⁰⁷ Konvolut Unterlagen de Maizière, Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, Verwaltungsverfahren, Konvolut Unterlagen de Maizière, Teilbescheid des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 1.12.1992, S. 4.

¹⁰⁸ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Durchschlag des Schreibens Schild an Silberberg vom 11.1.1934.

Punkt 1 des Angebots betraf eine Hypothek, die ein Nachbar, Bauer Christophersen, den Haël-Werkstätten 1926 eingeräumt hatte.¹⁰⁹ Entscheidend ist Punkt 3, der eine Gesamtsumme von RM 45 000,- bezifferte. Hierfür sollten nicht nur das Grundstück mit Aufbauten, sondern die Firma insgesamt, was auch die finanziellen Reserven umfasst hätte, sowie die Entwürfe und Muster als auch das Warenlager erworben werden. Dieses Angebot blieb weit unter dem, was Frau Heymann-Loebenstein mit dem Verkauf realisieren wollte. Schild befristete sein Angebot bis Ende Januar. Wie Heymann-Loebenstein auf dieses Angebot reagierte, ist nicht überliefert.

Einen Tag später, am 12. Januar 1934, ging Max Silberberg, auf den für ihn noch nicht ausgeschiedenen Partner Schilds zu, den Gemeindevorsteher H., vermutlich hielt er zu diesem Zeitpunkt das schriftliche Angebot von Schild noch nicht in den Händen. Silberberg wollte H. entgegenkommen, indem er sich auf RM 55 000,-, allerdings ohne das Warenlager, einlassen wollte.¹¹⁰ H., der anscheinend selbst noch nicht über den Umstand informiert war, dass Verhandlungen ohne seine Beteiligung liefen, wandte sich anschließend an Schild und schilderte seinen Eindruck, dass den Verkäufern „an einer schnellen Abwicklung des Geschäftes gelegen zu sein [scheint] und für uns heißt es daher doppelt hart bleiben.“¹¹¹ Der Preis sollte so niedrig wie möglich gehalten werden. – Ohne dass es näher nachvollziehbar wäre, erklärte am 26. Januar 1934 nun Schild, dass er nicht mehr an einem Erwerb interessiert war und ob H., falls er allein erwerben sollte, Verwendung für „Fräulein Bollhagen“ als künstlerischer Leiterin hätte.¹¹²

Offensichtlich kam der Gemeindevorsteher H. daraufhin zu dem Schluss, dass er eine derartige Investition nicht allein bewältigen konnte. Denn in der Folge tauchte er nicht mehr als potentieller Käufer auf.

Mitte Februar nahm Schild die Verhandlungen mit Silberberg wieder auf, nun als alleiniger Interessent. Seine Absichten waren so konkret, dass er um

¹⁰⁹ Grundbuchauszug von Marwitz, Kr. Osthavelland, Bd. 14 Bl. 440, dritte Abt.; überlassen von RA L. de Maizière.

¹¹⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben Silberberg an H. vom 12.1.1934.

¹¹¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben H. an Schild vom 13.1.1934.

¹¹² BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben Schild an H. vom 26.1.1934.

Grundstückspläne bat, die ihm auch von Silberberg überlassen wurden. Eine Woche später forderte Schild noch detaillierte Gebäudezeichnungen an, um einen Hypothekenantrag zu formulieren.¹¹³

Die näheren Konditionen, unter denen nun verhandelt wurde, lassen sich aus den Unterlagen im Nachlass nur blitzlichtartig erschließen.

2.7.1 Kruchen-Gutachten

Heinrich Schild wollte zur Finanzierung des Erwerbs Geld aufnehmen, das durch eine Hypothek abgesichert werden sollte. Im Vorfeld sollte das Risiko abgeschätzt werden, darum beauftragte er Regierungsbaumeister a.D. Kruchen, eine „Wertschätzung der Haelwerkstätten zu Marwitz bei Velten“ vorzunehmen.¹¹⁴ Hierbei wurde allerdings keine reine Grundstückswertschätzung vorgenommen, sondern es wurden bei der Bewertung auch die gesamten Werkstätten erfasst. Kruchen schätzte den Grundstückswert für eine Fläche von 9 376 qm in Höhe von RM 6 000,-.¹¹⁵ Für die gesamten Aufbauten, das umschloss das Wohn- und Geschäftshaus, das Fabrikgebäude sowie Schuppen und Nebengebäude, kalkulierte er einen Wert in Höhe RM 92 800,-.¹¹⁶ In der letzten Bilanz der Haël-Werkstätten war ein Betrag für Grundstück und Gebäude eingestellt, der über RM 20 000,- darunter lag. Diese abweichende Bewertung mag dem Umstand entspringen, dass der eine Betrag in der Bilanz aufgeführt wurde, der andere ein konkret zu realisierender Wert bedeutete. Daher ist zweiterem Betrag der Vorzug zu geben.

Interessanterweise kommt der Gutachter Kruchen zu folgender Einschätzung: „Nach Feststellung auf der zuständigen Baupolizei herrscht in dortiger Gegend eine rege Tätigkeit sowohl in der Ofenfabrikation, wie in der Keramik, so daß 14 Fabriken z.Zt. vollauf beschäftigt sind.“¹¹⁷ Kruchen geht auch

¹¹³ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben Schild an Silberberg vom 22.2.1934.

¹¹⁴ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Gutachten des Regierungsbaumeisters a.D. Kruchen vom 5.4.1934.

¹¹⁵ Wobei er immer nur Mark, nicht RM angibt, aber von der gültigen Währung spricht.

¹¹⁶ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Gutachten des Regierungsbaumeisters a.D. Kruchen vom 5.4.1934.

¹¹⁷ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Gutachten des Regierungsbaumeisters a.D. Kruchen vom 5.4.1934, S. 9.

darauf ein, dass er dies als eine Folge des „Hitler’schen Bauprogramms“ einschätzt, das seiner Meinung nach die Baukonjunktur befördert und „auch diesem Betriebe, welcher anscheinend grosse Vorzüge in der technischen und ästhetischen Entwicklung der Keramik bietet, zu gute kommen wird.“¹¹⁸ In dieser Aussage steckt nicht nur die Bewertung der wirtschaftlichen Perspektive dieses keramischen Betriebes und einer entsprechenden Hypothek, sondern auch die Einschätzung der allgemeinen Entwicklung der keramischen Industrie in der Umgebung von Velten.¹¹⁹

Kruchen kam zu der Einschätzung, dass der Wert der Grundstücke und Gebäude (ohne Maschinen) auf RM 137 400,- belief.¹²⁰ Diese war im Frühjahr 1934 so günstig, dass eine hypothekarische Investition eine sichere Anlage bedeutete – allerdings nicht für einen Betrieb in Händen einer jüdischen Unternehmerin.

2.7.2 Abschluss des Vertrages am 26.4.1934

Es verstrichen dann noch mehrere Wochen, bis es am 26. April zu einem Kaufvertrag zwischen Heinrich Schild und Margarete Heymann-Loebenstein kam.¹²¹

Der abgeschlossene Vertrag entsprach weitgehend dem Angebot Schilds vom Januar 1934, allerdings konnte er sich bei der Übernahme der Entwürfe und Muster nicht durchsetzen.¹²² Für insgesamt RM 45 000,- erwarb Schild die Grundstücke der Haël-Werkstätten, die Gebäude, die Betriebsmittel und das Warenlager. Lediglich über das zuletzt entworfene Service „Norma“,

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ Als Notlösung empfiehlt Kruchen die Umwandlung der Fabrik in Wohnungen, doch scheint dies lediglich als zusätzliche Möglichkeit der Absicherung des eingesetzten Kapitals zu dienen.

¹²⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Gutachten des Regierungsbaumeisters a.D. Kruchen vom 5.4.1934.

¹²¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben RAuN Doering an Schild vom 27.4.1933.

¹²² Konvolut Unterlagen de Maizière, Vertrag vom 26.4.1934 zwischen Schild und Heymann-Loebenstein.

jedoch nicht über die anderen Entwürfe, wurde ein gesonderter Vertrag abgeschlossen.¹²³

Bei der Eintragung der Hypothek ergab sich noch einmal ein Problem, weil die eingetragene Rentenschuld für Margarete Heymann-Loebensteins Schwägerin, Charlotte Löbenstein, weder mitgeteilt noch gelöscht worden war. Nachdem dies nachgeholt war, wurde Dr. Heinrich Schild im Grundbuch als Eigentümer der Grundstücke eingetragen.

Zwischenzeitlich hatte Heymann-Loebenstein noch einen Anwalt eingeschaltet, der die Auszahlung des Geldes anmahnte.¹²⁴ Weil anschließend keine Korrespondenz mehr zwischen Heymann-Loebenstein und Schild überliefert ist und der beteiligte Notar die Freigabe des Geldes anwies, muss davon ausgegangen werden, dass Margarete Heymann-Loebenstein im August 1934, unter Anrechnung der Hypothek, die direkt mit Bauer Christophersen geregelt worden sein muss, die Summe von RM 25 000,- überwiesen wurde.¹²⁵

2.8 Zwischenergebnis

Im ersten halben Jahr 1933 entwickelten sich die lokalen Bedingungen derart, dass Margarete Heymann-Loebenstein zur Mitte des Jahres aus Deutschland floh und vorher ihre Werkstätten (vorläufig) stilllegte. Aus der Aussage des Landrats vom 5. Januar 1934 ist unmissverständlich abzuleiten, dass die jüdische Herkunft von Margarete Heymann-Loebenstein der entscheidende Grund war, dass der funktionsfähige Betrieb geschlossen worden war und nicht wieder von ihr geöffnet werden konnte. Eine Chance, wirk-

¹²³ Dieser Vertrag ist jedoch nicht in der Nachlassüberlieferung aufzufinden. Es gibt lediglich einen Hinweis im Anschreiben von RAuN Doering an Schild vom 27.4.1934, dem zu entnehmen ist, dass hierüber am gleich Tag, als am 26.4.1934, ein gesonderter Vertrag abgeschlossen wurde.

¹²⁴ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben RA Wittkowksi an Schild vom 9.8.1934. Warum hiermit nicht der bis dahin beratend tätige Anwalt Krawielicki (s. LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51, Schreiben vom 24.1.1956) betraut wurde, ist unbekannt. Gesondert zu bemerken ist, dass zu diesem Zeitpunkt bereits das Büro Max Silberbergs von nicht-jüdischen Vertretern übernommen worden war, s. Schreiben Ernst Borchardt vom 27.6.1934.

¹²⁵ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben von RAuN Doering an Schild vom 15.8.1934, demnach wurde die Dresdner Bank angewiesen auszuzahlen.

lich unabhängig kaufmännisch tätig zu werden, hatte sie unter diesen Bedingungen nicht.

Im zweiten Halbjahr 1933 orientierte sie sich in Richtung Verkauf der Werkstätten. Doch hätte sie nach dem Vorlauf des ersten Halbjahres keine Möglichkeit gehabt, z.B. an einen jüdischen Erwerber zu veräußern. Heymann-Loebenstein konnte lediglich die für sie ungünstigste Lösung ablehnen, die sicherlich ein Verkauf an Adolf Kruckau bedeutet hätte. Ansonsten stand für die Verhandlungen über einen Verkauf nur ein sehr ausgewählter Kreis von Interessenten zur Verfügung, der sich aber weder an der ökonomischen Potenz noch an der fachlichen Qualifikation bemaß, sondern begrenzt war durch die Vorfilterung der herrschenden lokalen politischen Institutionen. Dass es nicht auch andere Interessenten gegeben hat, ist nicht ausgeschlossen, lässt sich an Hand der überlieferten Dokumente aber nicht nachweisen.

Für Margarete Heymann-Loebenstein musste sich der Verkauf als die letzte Gelegenheit einer materiellen Realisierung eines Teils des Unternehmenswerts darstellen. Der Faktor Zeit spielte für sie eine entscheidende Rolle: Mit jedem Tag, den das Unternehmen nicht in Betrieb war, sank der Wert. Hinzu kam, dass Drohungen von verschiedenen Seiten bei ihr den Eindruck erweckt haben müssen, dass nicht nur eine Verhaftung ihrer Person möglich war, sondern auch eine Enteignung. Nur durch diesen Druck lässt sich erklären, dass sie sich 1934 mit RM 45 000,- auf einen Preis einließ, der um ein Viertel unter jenem lag, den sie unter den Verhältnissen Ende 1933 noch erzielen wollte (RM 60 000,-).

3. Käuferseite

Einige wenige Bewerber sind nachweisbar, die sich für einen Erwerb der Haël-Werkstätten interessierten. Nach Direktor Kruckau des Steingutwerkes Vordamm trat im Herbst 1933 der Gemeindevorsteher H. gemeinsam mit Dr. Heinrich Schild auf den Plan. Auf welchem Weg diese Verbindung zustande gekommen ist, lässt sich den Unterlagen nicht entnehmen. Beide Partner

hätten sich bei einem möglichen Zustandekommen der Partnerschaft durch verschiedene Eigenschaften ausgezeichnet: H., dessen Berufsangabe „Ingenieur“ lautete, wies durch seine Tätigkeit als Gemeindevorsteher, die er erst 1933 nach den Wahlen erlangt hatte,¹²⁶ eine gewisse lokale Verbundenheit auf, wobei er erst im September 1932 nach Marwitz gezogen war; für ihn ist keine kaufmännische Tätigkeit nachweisbar.¹²⁷ Schild dagegen wird als Ökonom auch über einige betriebswirtschaftliche Kenntnisse verfügt haben, hatte jedoch keinen Bezug zu den Veltener Gegebenheiten. In der Kombination hätten sie möglicherweise gute Vorraussetzungen mitgebracht, allerdings fehlte zumindest Schild der konkrete Bezug zur keramischen Industrie. Inwiefern H. als Ingenieur hier Vorkenntnisse mitbrachte, ist unbekannt. Sicher ist, dass er seit dem 1. November 1930 Mitglied der NSDAP war, was vermutlich ausschlaggebend für die Übernahme des Amtes als Gemeinde- oder Amtsvorsteher gewesen sein wird.¹²⁸ Eine geschäftliche Verbindung für Schild und H. hätte ein Agieren in einem völlig unbekanntem Feld bedeutet. Doch ist es dazu nicht gekommen, vielmehr hat Schild die Verhandlungen ab Januar 1934 allein geführt und zum Ende gebracht und anschließend die geschäftliche Partnerschaft mit Hedwig Bollhagen begründet.

3.1 Heinrich Schild

Das im Herbst 1933 einsetzende Engagement Dr. Heinrich Schilds (22. Oktober 1895 – 18. Februar 1978) in der keramischen Industrie war auf eine persönliche Verbindung zu Hedwig Bollhagen zurückzuführen.

Ursprünglich war Schild Handwerkspolitiker, übte vom 1. Januar 1931 bis zum 6. April 1933 die Tätigkeit des Geschäftsführers des Reichsverbandes des Schuhmacherhandwerks und des Tischler-Innungsverbandes¹²⁹ sowie des Schriftleiters der Fachzeitschrift „Der Deutsche Schuhmachermeister“ (Hannover) aus.¹³⁰

¹²⁶ BLHA, Veltener Zeitung vom 4.3.1933, hier ist Erich H. als Kandidat der NSDAP für die Gemeindevahl benannt.

¹²⁷ BArch, Nr. 3200 NSDAP-Gaukartei (ehem. BDC).

¹²⁸ BArch, Nr. 3100 NSDAP-Zentralkartei (ehem. BDC).

¹²⁹ Als Quelle für diese Angaben dient die Selbstauskunft H. Schilds, die er im Rahmen des Entnazifizierungsverfahren abgegeben hat, s. NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Bl. 10.

¹³⁰ NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Bl. 28, Selbstauskunft 8.2.1948.

Am 1. März 1932 trat der Teilnehmer des Ersten Weltkriegs in die NSDAP ein,¹³¹ wurde später auch Mitglied des Deutschen Rechtswahrerbundes (1933-45), der Deutschen Arbeitsfront (DAF; 1937-45) sowie förderndes Mitglied der SS (1934-36).¹³² Seinen Eintritt in die NSDAP erklärte er als Maßnahme, um „für eine sachgemäße Förderung des Handwerks innerhalb der Partei zu wirken.“¹³³

Die Karriere, die Schild innerhalb der Handwerksorganisationen machte, war steil. Am 29. März 1933 wurde er zum Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks gewählt. Er trat damit die Nachfolge des verstorbenen Karl Hermann an, der 1932, noch zu Zeiten der Weimarer Republik, nach sondierenden Gesprächen mit der NSDAP zu einer kritischen Distanz zu dieser Partei übergegangen war.¹³⁴ In der Sitzung Ende März 1933 verständigten sich der Vorstand des Deutschen Handwerks- und Gewerbeakademertages, der Reichskommissar für den Mittelstand, Ministerialrat Wienbeck, sowie der Beauftragte der Reichskampfbundführung der NSDAP, Karl Zeleny, auf gemeinsame Schritte für eine planmäßige Gleichschaltung „im neuen Staat.“¹³⁵

Die Formulierung der Gleichschaltungsprinzipien übernahmen die hierfür extra mit einem eigenen Titel ausgestatteten Kommissare für die Gleichschaltung der Fachverbände des deutschen Handwerks, Karl Zeleny und Dr. Heinrich Schild.¹³⁶ In allen Organisationen und auf allen Ebenen des Hand-

¹³¹ BArch, Nr. 3100 NSDAP-Zentralkartei (ehem. BDC), Mitgl.Nr. 990805; hinsichtlich der Kriegsteilnahme: Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv: Information über Parlamentarier des 3. Bundestages sowie Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, München 2002, S. 738

¹³² NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Bl. 6.

¹³³ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 663, Eidesstattliche Versicherung Schilds, Anl. zum Schreiben vom 26.12.1946.

¹³⁴ Winkler, Heinrich: Unternehmensverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus; in: Vierteljahresshette für Zeitgeschichte, Jg. 17 (1969), H. 4, S. 341-71, hier: S. 359.

¹³⁵ [1.] Tätigkeitsbericht des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeakademertages für die Zeit vom 1.1.-30.4.1933, S. 3/4.

¹³⁶ BArch R 3106 Nr. 34, Reichskommissar für den deutschen Mittelstand, Bl. 46: Richtlinien für die Gleichschaltung in den Innungen des deutschen Handwerks, herausgegeben von den Kommissaren für die Gleichschaltung der Fachverbände des deutschen Handwerks, 19.4.1933.

werks sollten Mitglieder der NSDAP die Führung und die Mehrheit übernehmen. Kurz danach, am 3. Mai 1933, wurde die Dachorganisation des deutschen Handwerks etabliert: Der Reichsstand für das deutsche Handwerk. An ihrer Spitze agierte übergangsweise der Reichskampfbundführer des Mittelstandes, Adrian von Rentelen, Vizepräsident wurde Karl Zeleny. Dr. Schild wurde ebenfalls in das Präsidium berufen.¹³⁷ Von Rentelen, der mit der Mittelstandsorganisation der NSDAP, der NS-Hago, eine eigene Organisation errichtet hatte, stand innerhalb der Partei für eine besonders radikale Position. In der Aufbauphase wurde er daher bald mit seinem überschäumenden radikalen Aktionismus im Interesse eines ruhigen, nichts desto weniger antidemokratischen, Staatsaufbaus durch deutliche Worte von Rudolf Heß gebremst.¹³⁸ Die Rolle Schilds war eine führende. Es wurde eine Reichshandwerkswoche 1933 veranstaltet, in deren Rahmen in der Berliner Kroll-Oper eine staatspolitische Veranstaltung stattfand unter dem Thema „Die Reichsregierung und das Deutsche Handwerk“; den inhaltlichen Hauptvortrag hielt Dr. Schild.¹³⁹ Ausdrücklich war vermerkt, dass das „Erscheinen in Uniform erwünscht“ war.¹⁴⁰

Der strukturelle Umbau der Handwerksorganisationen ging weiter, indem ein vermeintlich ständischer Aufbau des Handwerks, streng nach Führerprinzip, die inneren Formen der Selbstverwaltung auflöste, verbunden mit der Einführung von Zwangsinnungen. An die Spitze des Reichsstandes rückte nun ein „Reichshandwerksmeister“, Klempnermeister W.G.Schmidt aus Wiesbaden; die staatliche Konzessionspflicht trat an die Stelle der Gewerbefreiheit.¹⁴¹

Am 26. Januar 1934 erfolgte die Amtseinsetzung des Reichshandwerksmeisters. Die offizielle Darstellung über diesen Tag:

¹³⁷ [2.] Tätigkeitsbericht des Reichsstandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks für die Zeit vom 1.5.- 31.10.1933, S. 3-6.

¹³⁸ Wehler (2003), S. 708.

¹³⁹ BArch R 3106 Nr. 24, Reichskommissar für den deutschen Mittelstand, Bl. 286.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda sowie [3.] Tätigkeitsbericht des Reichsstandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages für die Zeit vom 1.10.1933 bis 30. Juni 1934, S. 1.

„Zunächst ergriff der Generalsekretär des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Dr. Schild, das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die besondere Bedeutung der Ernennung des Reichshandwerksführers für das deutsche Handwerk. Dr. Schild, der insbesondere die Stellung des Führers in Staat und Wirtschaft klar herausstellte, betonte, daß das deutsche Handwerk nationalsozialistische Wirtschaftsmoral pflegt und eine neue Wirtschaftsgesinnung im Sinne der Parteigrundsätze praktisch verwirklicht. Die Ernennung des Reichshandwerksführers lag auf der Linie der nationalsozialistischen Revolution. Es wurde hierdurch der erste Versuch unternommen, in der gewerblichen Wirtschaft das nationalsozialistische Führerprinzip praktisch zum Erfolge zu führen und staatsrechtlich zu verankern. Dr. Schild unterstrich die ungeheure Organisationsarbeit, die der Reichshandwerksführer nunmehr zu erledigen hatte. Nicht weniger als 1,4 Millionen Handwerksmeister und Betriebsinhaber in 20 000 Handwerksinnungen, in etwa 500 Landesfachverbänden, in 400 Kreishandwerkerschaften, 68 Handwerkskammern, 50 Reichsfachverbänden des Handwerks blicken in dieser Stunde auf ihren neuernannten Führer und erwarten die Umgestaltung nach dem Führerprinzip. Der Tag der Ernennung des Führers sei ein Markstein im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution wie in der Geschichte des Handwerks.“¹⁴² Kurz zuvor, am 1. Januar 1934, war Schild zum ersten Generalsekretär des Handwerks aufgestiegen.¹⁴³

Der revolutionäre Enthusiasmus schlug sich in den Worten des Generalsekretärs, Heinrich Schild, nieder. Er wollte seinen Beitrag leisten beim nationalsozialistischen Umbau des Staates. Nach seiner Amtseinsetzung als Generalsekretär 1933 war Schild voller Aufbruchsstimmung, wie man der Korrespondenz mit Hedwig Bollhagen entnehmen kann.¹⁴⁴ Mit ihr hatte der verheiratete Familienvater von drei Töchtern im Februar 1933 eine Reise in die winterlichen Berge bei Garmisch-Partenkirchen unternommen, auf der sich

¹⁴² [1.] Tätigkeitsbericht des Reichsstandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages für die Zeit vom 1.10.1933 bis 30. Juni 1934, S. 1.

¹⁴³ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 663, Eidesstattliche Versicherung Schilds, Anl. zum Schreiben vom 26.12.1946.

¹⁴⁴ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, hier: Korrespondenz ab Mai 1933, wobei die Überlieferung nur fragmentarisch ist.

die beiden näher gekommen waren. Mitte Mai schrieb er, nachdem der Reichsstand gerade errichtet worden war: „Diese ersten und etwas unbeschwerteten Stunden will ich Dir gleich zur Verfügung stellen, denn wer weiß, wann das Tempo der Revolution mich wieder verschlingt. Seit 6 Wochen regiere und schiebe ich im ganzen deutschen Handwerk herum wie ein Kind mit seinen Baukarten spielt (Vertraulich!) und mache in kleiner & großer Politik. Täglich wird meine Arbeit mehr & verantwortungsvoller [...] Nun, das wird solange dauern, bis wieder wirtschaftlich und sozial geordnete Zustände in Deutschland sind. Wir sind fieberhaft mit allen Aufbau-, Arbeitsbeschaffungs- und Befriedungsplänen beschäftigt, von denen das Volk noch nichts sieht, die aber wohl bald Erleichterung bringen werden.“¹⁴⁵

Für seinen neuen Posten war er von Hannover nach Berlin gezogen. Seine Frau Elisabeth kannte wahrscheinlich die Familie Bollhagen und damit auch Hedwig Bollhagen aus Hannover. Heinrich Schild hatte die fast zwölf Jahre jüngere Bollhagen über seine Frau kennengelernt, die weiterhin mit ihr Kontakt hielt. – Im Juni 1933 traf man sich bei Köln. Schild wollte Hedwig Bollhagen nach Berlin holen: „Jetzt ist doch die beste Gelegenheit, Deine neue Laufbahn zu fundieren, wo alles in der Umstellung begriffen ist. Ich denke immer noch an eine Kunstgewerbeschule mit gut ausgebauter Keramikwerkstatt, in der du bei materieller Sicherheit frei und unbekümmert schaffen kannst. Nun sei so gut und zeig mir die Wege & Quellen in Berlin, auch die Personen, auf die es ankommt – wenn Du magst oder willst. Wo ein Wille, da ein Weg.“¹⁴⁶ Schild sieht die Zeiten als günstig an, etwas Neues zu beginnen, wobei er für Bollhagen eine Stellung an einer Kunstgewerbeschule ins Auge fasst.

Offensichtlich hatte Hedwig Bollhagen aber andere Vorstellungen und gab in diese Richtung nähere Hinweise, denn im Herbst besichtigte er, wie bereits erwähnt, die Haël-Werkstätten. Nach einer größeren Lücke, für die keine Korrespondenz überliefert ist, schrieb er ihr Anfang Januar 1934, dass er sich die „Mark nun auf ihre Schönheiten hin ansehen [werde], sobald ich

¹⁴⁵

BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, Brief Schild an Bollhagen vom 13.5.1933.

¹⁴⁶

BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, Brief Schild an Bollhagen vom 4.6.1933.

einmal die Führerprüfung [sic!] bestanden habe [...] Was wird nun aus Marwitz? Daran denke ich hier oft und bin umso mehr dabei, als ich weiß dass ich mich vor Wiederherstellung meiner Gesundheit und nach ausgestandenen Operationsnachwehen wohl kaum um die Sache kümmern kann. Es gehen also wieder unnütze 3-4 Wochen ins Land, ohne dass in diesem Punkt Entscheidungen getroffen werden können oder vorbereitet werden können [...] Nachträglich wünsche ich Dir und unseren gemeinsamen Plänen für 1934 noch alles Gute & Gelingen “ Hier ging es also um die Konkretisierung des Erwerbs der Keramikfabrik, die allerdings solange zurückgestellt werden sollte bis sich Schild von einer kleinen Operation erholt und seinen Führerschein bestanden hatte.

Am 7. Februar 1934 fuhr er dann noch einmal nach Marwitz und traf sich zwei Tage später mit Margarete Heymann-Loebensteins Vertreter, Max Silberberg.¹⁴⁷ Am 19. März bestand er die Prüfung für den Führerschein.¹⁴⁸ Von nun an wird alles etwas forciert. – Unerklärlicherweise steht allerdings der Termin bei dem RA und Notar Doering für die Vertragsunterzeichnung für die Keramikfabrik am 26. April 1934 nicht in seinem Kalender. Wenige Tage zuvor, am 21. April, hatte Schild noch einen Termin mit RA Baur Schmidt gehabt¹⁴⁹, der später, nach Kriegsende, Schilds Angelegenheiten in Berlin regeln wird und sich deshalb gut über die Werkstätten auskannte. Vermutlich hat sich Schild vor dem Erwerb von ihm beraten lassen.

Am 27. März 1934 nahm Schild an der Generalversammlung der VOHK teil, der Lebensversicherungsanstalt ostdeutscher Handwerkskammern V.a.G. zu Berlin. Mit dieser Versicherung stand er beruflich in engem Kontakt. Sie ermöglichte ihm anschließend die private Finanzierung der Werkstätten.¹⁵⁰

¹⁴⁷ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, privater Kalender Heinrich Schilds für das Jahr 1934. Dies ist der einzige seiner Kalender, der im Nachlass von Hedwig Bollhagen überliefert ist. Dieser Umstand unterstreicht die enge Verbindung der beiden im Jahr 1934.

¹⁴⁸ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, privater Kalender Heinrich Schilds für das Jahr 1934, Vorblatt.

¹⁴⁹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, privater Kalender Heinrich Schilds für das Jahr 1934.

¹⁵⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben der VohK an die Dresdner Bank vom 26.4.1934.

Welche Bedeutung für Schild der Kauf der Liegenschaft in Marwitz zum Zeitpunkt des Erwerbs hatte, ist nicht vollständig bekannt. Die Eröffnung der Werkstätten, die am 1. Mai stattgefunden haben soll, wird nicht in seinem Kalender erwähnt. Er schuf hier die Rahmenbedingungen, damit Hedwig Bollhagen näher an Berlin heranrückte und ein Betätigungsfeld fand. In den nun errichteten HB-Werkstätten für Keramik Marwitz konzentrierte er sich auf grundlegende Entscheidungen zur Rechtsform und der kapitalmäßigen Ausstattung. Doch seine eigentlichen Aktivitäten spielten sich im politischen Rahmen ab, wo er sich den obersten Machtkreisen bewegte.

Ein anderer, für Schild sehr bedeutsamer Termin ist ebenfalls nicht im Kalender eingetragen – ein Treffen mit Adolf Hitler. Eigentlich hätte es am 15. Mai schon zu dieser Begegnung kommen sollen, doch wurde der Termin offensichtlich abgesagt, denn „Führer“ ist im Kalender an diesem Tag durchgestrichen. Dem Jahresbericht für das Handwerk ist jedoch zu entnehmen, dass am 17. Mai 1934 „Reichskanzler Adolf Hitler die Führung des deutschen Handwerks, Reichhandwerksführer Schmidt, seinen Stellvertreter Karl Zeleny und Generalsekretär Dr. Schild [empfang]. An dem Empfang nahmen Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, Reichskommissar für den Mittelstand Ministerialdirektor Dr. Wienbeck und Ministerialrat in der Reichskanzlei Dr. Willuhn teil.“¹⁵¹ Mit Wienbeck stand Schild in engerem Kontakt, ihn traf er öfter, genauso wie von Rentelen und Robert Ley, den Chef der Deutschen Arbeitsfront.¹⁵²

Im Juli fuhr Schild mit der Familie in Urlaub. – Hedwig Bollhagen, noch unsicher in ihrem Feld als Chefin, schickte Schild einen Brief, entschuldigte sich, dass sie ihn während seines Urlaubs behelligte, doch benötigte seinen Rat bei der Entscheidung, ob sie einen bestimmten Bewerber als Vertreter ein-

¹⁵¹ [1.] Tätigkeitsbericht des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages für die Zeit vom 1.10.1933 bis 30. Juni 1934, S. 2.

¹⁵² BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, privater Kalender Heinrich Schilds für das Jahr 1934.

stellen sollte und zu welchen Konditionen.¹⁵³ Dies ist die einzige konkrete Bitte um Hilfestellung bei geschäftsführerischen Entscheidungen, weitere sind ansonsten nicht überliefert.

Nach Schilds Rückkehr aus dem Urlaub nahm er am 17. September 1934 an einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium teil, die gravierende Folgen nach sich zog.¹⁵⁴ Schild war sehr selbstbewusst in der Sitzung aufgetreten, hatte den Reichsstand des Handwerks mit dem Reichsnährstand und der Reichskulturkammer verglichen, und hieraus für das Handwerk die Forderung nach einem höheren Etat abgeleitet, neben zusätzlichem Personal und – aus Prestige Gründen – drei Autos.¹⁵⁵ Für den Ablehnungsfall kündigte er den Rücktritt des Reichshandwerksführers und die Übertragung der wirtschaftspolitischen Interessen des Handwerks auf die Arbeitsfront an. Ob diese Forderung der wirkliche Grund war oder andere machtpolitische Rankünen den Ausschlag für die nachfolgende Entlassung Schilds gaben, ist unbekannt. Fest steht, dass er kurz darauf seines Postens als Generalsekretär enthoben wurde, weil er angeblich versucht hatte, die Deutsche Arbeitsfront gegen das Reichswirtschaftsministerium auszuspielen.¹⁵⁶

Aus den vorliegenden Äußerungen ergibt sich kein Anhaltspunkt, dass sich Schild für die Unabhängigkeit des Handwerks innerhalb des nationalsozialistischen Staates einsetzte und deshalb im politischen Dissens mit anderen Akteuren der Politik stand. Die Ausrichtung der nationalsozialistischen Politik war ein Prozess der polykratischen Staatsbildung, aus dem immer wieder einzelne Gruppierungen oder Personen herausfielen, die in der Konkurrenz um Machtstellungen unterlagen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Unterlegenen keine überzeugten Nationalsozialisten gewesen wären oder ihre Überzeugung abgelegt hätten.¹⁵⁷

¹⁵³ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, Brief HB an Schild (Durchschlag) vom 12.7.1934.

¹⁵⁴ BArch OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015, Bl. 904 ff.

¹⁵⁵ BArch OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015, Interner Vermerk aus dem Reichswirtschaftsministerium vom 5.7.1935, Bl. 924.

¹⁵⁶ BArch OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015, Zeitungsausschnitt „Der Deutsche“ Nr. 222 vom 28.9.1934, Bl. 904.

¹⁵⁷ Auf diesen Vorgang geht auch Cornelius Steckner, der Enkel Charles Crodels, in seinem Text „Hedwig Bollhagen und Charles Crodel: Die Anfänge der HB-Werkstätten für Keramik (Entwurfassung)“, s. www.geocities.com/CapeCanaveral/

Zum Zeitpunkt seiner Amtsenthebung, September 1934, war jedoch die zu untersuchende Übertragung der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik Marwitz bereits erfolgt. Eine etwaige kritische Haltung zum Nationalsozialismus war auf Seiten von Heinrich Schild nicht zu erkennen. Ganz im Gegenteil: in die lokalen Machtstrukturen in Marwitz konnte er nur Einlass finden, weil er mit einer übergeordneten politischen Macht ausgestattet war.

Schilds Einlassung nach Kriegsende, dass er sich von der NSDAP hatte abwenden wollen, aber auf direkten Druck von Martin Bormann von seinem Vorhaben abgerückt sein soll, vermag nicht zu überzeugen, da sie vor dem Hintergrund der anstehenden Entnazifizierung zu sehen ist und es hierfür keinerlei Belege gibt.¹⁵⁸ Ganz im Gegenteil: Im Oktober 1934 bemühte er sich darum, über ein gesondertes Parteigerichtsverfahren eine Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu erreichen.¹⁵⁹ Ihm ging es darum, seine Ehre im Sinne der Nationalsozialisten wiederherstellen zu lassen. Dieses Verfahren wurde 1935 nach fast einjähriger Bearbeitungszeit mit dem Hinweis eingestellt, dass Schild in seinen Äußerungen zu weit gegangen sei, dies aber nicht aus eigennützigen Gründen getan habe.¹⁶⁰ Im gleichen Jahr, 1935, veröffentlichte Schild noch ein Büchlein gemeinsam mit einem Kollegen unter dem Titel: Die neue Organisation des deutschen Handwerks.¹⁶¹

Hall/2923/crodel/HedwigBollhagen/BC.pdf - (zuletzt 28.6.2008), ein. So schreibt Steckner: „Schild war es nicht gelungen, die Interessen des Handwerks gegenüber den von der NSDAP getragenen Interessen von Industrie und Großkapital zu wahren, zu einer Zeit als aus dem gleichen Grund der damalige Reichshandwerksmeister noch sämtliche Innungsvertreter geschlossen und ungefragt in die SS überführt hatte - um sich gegen die NSDAP zu wehren, s. S. 5. So sehr ansonsten Steckners Bewertungen, insbesondere jenen kunsthistorischen zur Übernahme von Entwürfen Heymann-Loebensteins, zuzustimmen ist, kann zu diesem Punkt nur festgestellt werden, dass sich aus den überlieferten Zeugnissen Schilds nicht nachweisen lässt, dass er eine Haltung gegen die NSDAP (und die von ihr vertretenen „Interessen von Industrie und Großkapital“) eingenommen hätte. Das Steckners Position zu Grunde liegende Faschismuskonzept ist stark politisch geprägt und heute kaum mehr konsensfähig. Auch und gerade das vorliegende exemplarische Beispiel der Haël-Werkstätten ließe sich vor dem Hintergrund seiner Grundannahmen kaum einordnen.

¹⁵⁸ BLHA, Rep. 116 HB NL Nr. 663, Anl. zum Schreiben vom 26.12.1946, Eidesstattliche Versicherung Schilds.

¹⁵⁹ BArch OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015, Schild an das Oberste Parteigericht der N.S.D.A.P., 8.10.1934, Bl. 906.

¹⁶⁰ BArch OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015, Einstellung des Verfahrens durch das NSDAP Gau Groß-Berlin Kreisgericht I Berlin vom 22.11.1935.

¹⁶¹ Schild, Heinrich/Rohlfing, Theodor: Die neue Organisation des deutschen Handwerks (Deutsche Fleischer-Zeitung), Berlin 1935.

Hier lässt er keine Zweifel daran, dass der Aufbau des deutschen Handwerks nach nationalsozialistischen Prinzipien erfolgen sollte.

Ein politisches Amt übernahm er nach dem Verlust der Position als Generalsekretär nicht mehr.

3.2 Hedwig Bollhagen

Nach der Ausbildung an der Staatlichen Keramischen Fachschule in Höhr (Rheinland) wurde die noch nicht einmal 20-jährige Hedwig Bollhagen (10. November 1907 – 8. Juni 2001) die Leiterin der Malabteilung, zugleich Entwerferin im Veltener Werk der Harkort'schen Steingutfabriken Velten-Vordamm.¹⁶² Trotz aller Zweifel, ob sie ausreichende Fertigkeiten mitbrachte, die sie ihrer Freundin Nora Herz offenbarte, ergriff sie die Chance.¹⁶³ Sie war ehrgeizig und wollte sich bewähren. In der Phase der Arbeitssuche hatte ihr die Freundin übrigens vorgeschlagen: „Wenn Du nach Berlin kämst, würde ich an Haël schreiben – wenn's auch nicht getöpft ist – ich habe dorthin viele Verbindungen. (Früher hat unser Bildhauerfreund mit ihr [Margarete Heymann-Loebenstein] geredet, ihre Cousine kenne ich u. ihr Bruder rudert u. läuft mit Ski mit meinem Bruder.)“¹⁶⁴ Vermittelt über ihren Bruder war Nora Herz mit Margarete Heymann-Loebensteins jüngerem Bruder, Fritz Heymann (geb. 18.2.1902) bekannt. Die Haël-Werkstätten wurden unter den Keramikern sehr geschätzt, doch das Angebot der Steingutfabriken Velten-Vordamm war konkret und bedeutete eine reizvolle Aufgabe, denn die Werke waren ungleich größer, hatten ein weit höheres Produktionsvolumen als Haël und verfolgten ebenfalls einen künstlerisch hohen Anspruch. Hier konnte man alle technischen und handwerklichen Kompetenzen, die man für eine qualitätvolle Serienfertigung beherrschen musste, erlernen und verfeinern. Das Zutrauen, das Hermann Harkort in Bollhagen hatte, enttäuschte sie

¹⁶² Heger, Andreas: Von Velten nach Marwitz – Keramik von Hedwig Bollhagen 1927 bis 1997; in: Vollendung des Einfachen. Hedwig Bollhagen wird neunzig. Eine Ausstellung des Fördervereins Ofen- und Keramikmuseum Velten e.V., Baustein 5 der Schriftenreihe des Ofen- und Keramikmuseums Velten, Velten 1997, S. 4-29, hier: S. 6.

¹⁶³ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 267, Brief Nora Herz an Hedwig Bollhagen vom 20.6.1927, sie erwidert einen Brief Bollhagens: „Du graulst Dich vor 'ner Stellung [...]“ und kurz darauf: „Das Malenlernen geht übrigens furchtbar schnell [...] Du kriegst es sicher auch sehr bald raus.“, s. Brief Herz an Bollhagen vom 9.7.1927.

¹⁶⁴ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 9.7.1927.

nicht. Ihre beiden Vorgängerinnen Charlotte Hartmann und Elisabeth Dörr hatten die Malabteilung geprägt, und viele der 100 Malerinnen kannten die verschiedenen Entwürfe auswendig. In diesem Werk lernte Bollhagen so große Künstler kennen wie Charles Crodel, Werner Burri und Theodor Bogler, letztere beide Bauhauskeramiker.

Als das Werk Velten-Vordamm 1931 in die Liquidation ging, verlor auch Bollhagen ihre Stellung und musste sich um neue Arbeit bemühen. So arbeitete sie in der Staatlichen Majolikamanufaktur Karlsruhe, in dem Neustädter Werk von Philip Rosenthal, in der Töpferei Wilhelm Kagel in Partenkirchen und schließlich in der ständigen Kunsthandwerkausstellung von Tilly Prill-Schloemann in Berlin, hier als Verkäuferin.¹⁶⁵ Da sie dann jedoch wieder praktisch arbeiten wollte, ging sie 1933 nach Frechen bei Köln zur Steinzeugfabrik Kalscheuer & Cie.¹⁶⁶ Diese Stelle hatte ihr ihre Freundin Nora Herz vermittelt.¹⁶⁷ Der Freundeskreis aus jungen Leuten, die sich teilweise aus der Ausbildung kannten, pflegte einen regen Austausch. Man schrieb sich, besuchte sich an den jeweiligen Arbeitsorten und war sich weitgehend einig, dass es das Schlimmste sei, Kitsch zu produzieren. Zu diesem Kreis gehörten neben Nora Herz, Willy Kagel und Lotte Franck. Wie die häufigen Arbeitsplatzwechsel zeigen, setzte Bollhagen alles daran, ihre konkreten Vorstellungen von der Arbeit zu verwirklichen, eng gebunden an die ästhetische Ausformung und Gestaltung ihrer Arbeitsprodukte. Auch in Frechen wurden diese Ansprüche nicht erfüllt, sodass Heinrich Schild, mit dem sie seit der Winterreise im Februar 1933 näher verbunden war, ihr schrieb: „Ich spekuliere, ob ich nicht einen schönen Weg finde, Dich aus der Heiligenmalerei in Frechen zu erlösen und unter anständigen Bedingungen nach Bln. zu verpflanzen.“¹⁶⁸

In dieser Zeit des Beginns der nationalsozialistischen Herrschaft spiegeln sich die aktuellen politischen Ereignisse nur wenig in der Korrespondenz Bollhagens wider. Ihre Freundin Nora Herz, die Jüdin war, reagierte sensibler

¹⁶⁵ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 1004, selbstverfasster Lebenslauf im Rahmen des Antrags für eine Ehrenrente, 1974.

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 15.2.1933.

¹⁶⁸ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 539, Brief Schild an Bollhagen vom 4.6.1933.

und spottete über den gemeinsamen Freund Willy Kagel, mit dem Hedwig Bollhagen kurzzeitig verlobt gewesen war, in einem Brief: „Eben hat er sein »Frauchen« verlassen, um »am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten u. den ersten Spatenstich an der Einbahnstrasse nach Jerusalem zu tun.«¹⁶⁹ Noch wirkte für sie Kagels Engagement für die Nationalsozialisten nicht bedrohlich. Wie Bollhagen zu den politischen Veränderungen damals stand, ist nicht überliefert. Die Freundschaft zu Heinrich Schild wurde in dem Freundeskreis jüngerer Menschen nicht oder kaum thematisiert. Nora Herz war näher informiert, sie schrieb der Freundin, nachdem sie ihre Stelle in Frechen im Oktober 1933 aufgegeben hatte: „Ob H. Schild für Dich so sehr erholsam ist, bezweifle ich.“¹⁷⁰

Hedwig Bollhagen suchte eine Alternative zu ihren bisherigen Arbeitsstellen, um ihre eigenen Vorstellungen zu realisieren. Da kam das Angebot von Heinrich Schild im Sommer 1933 zur rechten Zeit. Er hatte die Verbindungen und konnte für das notwendige Kapital sorgen; sie hatte die Ideen und die organisatorischen Fähigkeiten für den Aufbau eines Betriebes. Um ein solches Projekt zu realisieren, sah sich Bollhagen verschiedene Objekte an. Eines war die Oranienburger Werkstätte, deren Besitzer den Betrieb nach Berlin verlagert hatten¹⁷¹, die aber nur noch über einen Muffelofen verfügte.¹⁷² Es waren nicht allein die erheblichen Investitionen, die gegen dieses Objekt sprachen. Insgesamt suchte Bollhagen keine kleine Töpferei, sondern etwas Größeres für die Produktion „serienmäßig hergestellter preiswerter Gebrauchskeramik.“¹⁷³

Sie erörterte auch mit Harkort ein Angebot, bei dem es sich wahrscheinlich um sein früheres Teilwerk Velten der Steingutfabriken Velten-Vordamm

¹⁶⁹ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 21.3.1933.

¹⁷⁰ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom Jahreswechsel 1933/34.

¹⁷¹ Theis, Heinz-Joachim: Werkstätten- und Künstlerverzeichnis (1992), S. 217.

¹⁷² Den Hinweis, dass es sich um diese Töpferei gehandelt hatte, gab Bollhagen Andreas Heger im Gespräch, s. Heger (2005), S. 69. S. auch Erinnerungen: Bollhagen: Die Keramikerin Hedwig Bollhagen über sich selbst; in: Gorka-Reimus (2008), S. 15-28, hier: S. 24.

¹⁷³ Bollhagen: Die Keramikerin Hedwig Bollhagen über sich selbst; in: Gorka-Reimus (2008), S. 15-28, hier: S. 24.

gehandelt haben wird. Harkort schrieb ihr: „Ich habe mir wohl gleich gedacht, als Sie nicht anriefen, dass die Sache nicht auf so fruchtbaren, empfänglichen Boden gefallen sei. Nur der Einwand des Herrn Geldgebers ist mir nicht ganz verständlich, dass die Fabrik noch so stark belastet sei. Die Sachlage ist doch die, dass gewissermassen für M 140 000,- das ganze Werk zu erwerben ist, denn dafür wären doch alle Belastungen abzudecken. In Anbetracht der investierten Werte ist das doch eine ganz ausserordentlich niedrige Summe u. schliesslich kann man trotz aller Wertminderungen nicht erwarten, dass so etwas umsonst zu haben ist.“¹⁷⁴ Der Vorwurf ist deutlich, dass Bollhagens Geldgeber, sprich Schild, offensichtlich mit sehr niedrigen Preisvorstellungen an den Erwerb eines Objekts ging, wobei Harkort Bollhagen diese Vorgehensweise nicht weiter übelnahm, sondern betonte, dass er gern wieder mit ihr gemeinsam arbeiten würde.

Auf welchem Weg und zu welchem Zeitpunkt Bollhagen von den stillliegenden Haël-Werkstätten in Marwitz erfuhr, ist nicht abschließend geklärt. Nach ihrer eigenen Darstellung informierte Nora Herz sie darüber, dass sie zum Verkauf stünden.¹⁷⁵ Das kann, wird aber sicherlich nicht die einzige Quelle gewesen sein. Vermutlich hat auch August Wojak sie darauf hingewiesen, denn ihn kannte sie aus der gemeinsamen Zeit in den Steingutfabriken Velten-Vordamm, und er hätte ihr und Dr. Schild ohne weiteres Zugang zu den Werkstätten für eine Besichtigung verschaffen können. Nora Herz war über den weiteren Fortgang informiert.¹⁷⁶ Sicher ist, dass Bollhagen Anfang November 1933 ganz konkret entscheiden musste, ob sie sich wirklich selbstständig machen oder eine von zwei schlechtbezahlten Stellen, die ihr ange-

¹⁷⁴ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 168, Brief Harkort an Bollhagen vom 6.9.1933.

¹⁷⁵ Heger (2005), S. 69, s. auch S. 150 FN 4, Hegers Ausführungen, dass Bollhagen noch in Frechen darüber informiert wurde, würde bedeuten, dass sie vor Oktober 1933 davon Kenntnis erhielt. Die Verbindung von Nora Herz zu dem Bruder Margarete Heymann-Loebensteins, Fritz Heymann, scheint nicht von besonderer Intensität gewesen zu sein, denn sie schreibt Bollhagen zum Jahreswechsel 1933/34, dass er sicher „nichts für's Leben ist“ und im Januar 1934: „Mit Fritz habe ich mich „ausgesprochen“ im Eisenbahnzug [...] Er wird mich nicht mehr behelligen.“, s. BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom Jahreswechsel 1933/34 und vom 6.1.1934.

¹⁷⁶ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 203, Brief Kagel an Bollhagen vom 23.12.1933.

boten worden waren, annehmen wollte.¹⁷⁷ Sie entschied sich für die unternehmerische Tätigkeit.

Über die persönlichen Umstände Margarete Heymann-Loebensteins wird sie durch Nora Herz sehr genau Bescheid gewusst haben, kannte dies doch deren Bruder Fritz. So muss sie auch Kenntnis von den bedrängenden Umständen gehabt haben, in denen sich Heymann-Loebensteins befand; wird aber wahrscheinlich auch gewusst haben, dass diese insgesamt ökonomisch abgesichert war. Die Situation der Verkäuferin scheint für sie keine Rolle gespielt zu haben, sie versetzte sich nicht in deren Lage, sondern überließ Heinrich Schild die konkreten Verhandlungen.

Welch enge wirtschaftliche Grenzen er abgesteckt hatte, war bei den Gesprächen über das Harkort'sche Werk deutlich geworden. Bollhagen wollte sich ihr eigenes Reich schaffen. Im März 1934 wurde in der Keramischen Rundschau auf der Titelseite ein Artikel von ihr veröffentlicht: „Das Anlernen in der Fayence- und Steingutmalerei“.¹⁷⁸ Hatte sie schon bei Harkort in Velten-Vordamm Arbeitszeitstudien unternommen, brachte sie durch diesen Artikel zum Ausdruck, wie stark sie sich die leitende Tätigkeit im Sinne eines ökonomischen Arbeitseinsatzes wünschte. In der Fabrik der Haël-Werkstätten konnte sie dies erproben.

3.2 Abschluss des Vertrages

Nach mehrmonatigen Verhandlungen, die Heinrich Schild, der mit anderen Aufgaben beschäftigt war, nur mit mäßigem Engagement vorantrieb, wurde am 26. April 1934 der Vertrag zwischen Margarete Heymann-Loebenstein und Heinrich Schild über den Verkauf der Grundstücke geschlossen, vermutlich wird Hedwig Bollhagen nicht anwesend gewesen sein. Für Schild und sie war jedoch unstrittig, dass sie gemeinschaftlich das Werk erwarben.

¹⁷⁷ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 8.11.1933.

¹⁷⁸ Keramische Rundschau und Kunst-Keramik, 42. Jg., Nr. 11 vom 15.3.1934, freundlicherweise überlassen von Heinz-Joachim Theis.

3.2.1 Finanzierung

Dem Erwerb vorangegangen waren Verhandlungen Heinrichs Schilds mit der VohK. Mit dieser Lebensversicherung stand er schon länger durch seine Tätigkeit im Reichsstand in Verbindung, was ihm einen besonderen Status verschafft haben wird.

Auf der Grundlage des Gutachtens des Regierungsbaumeisters a.D. Kruchen wurde ein Kredit hypothekarisch abgesichert in Höhe von RM 40 000,- gewährt. Dieses Gutachten hatte den hohen Wert des Objekts dargelegt. Mit Zahlung durch die VohK war der größte Teil des Kaufpreises in Höhe von RM 45 000,- fremdfinanziert, Schild musste für den Erwerb eigene Mittel lediglich in Höhe von RM 5 000,- (rund 11 Prozent) aufwenden. Eine derart geringe Eigenbeteiligung lässt sich nur durch die Sicherheit des Projekts und die Bekanntheit des Hypothekennehmers erklären.

3.3 Neugründung der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz

Im April 1934 erwarb Heinrich Schild die Manufaktur. Ohne größere Maßnahmen soll fünf Tage später, Anfang Mai, wieder der Betrieb aufgenommen worden sein – nun unter dem Namen Hedwig Bollhagens »HB-Werkstätten für Keramik Marwitz«. Ob die Anlehnung an die schon bei Haël praktizierte Verwendung der Initialen bewusst oder aus der Zeichnung der eigenen Arbeiten Bollhagens abgeleitet war, kann hier dahingestellt bleiben. Der Zufall wollte es, dass die „HB- Werkstätten“ in jedem Verzeichnis umgehend nach „Haël-Werkstätten“ erschienen wäre; da dieser Name jedoch wegfiel, traten die HB-Werkstätten an seine Stelle. So wurde, gleichgültig ob gezielt oder nicht, an die Vorgängerfirma und ihr gutes Renommée angeknüpft.

Aus dieser Zeit der Übernahme liegt keine Inventarisierung der von den Haël-Werkstätten hinterlassenen Betriebsmittel vor. Entweder ist diese Aufstellung nicht vorgenommen worden, was zu bezweifeln ist, oder sie ist nicht überliefert, sondern vernichtet worden. Ebenso liegen keine Bilanzen oder Gewinn- und Verlustrechnungen aus den Jahren 1935 bis 1937 vor.

3.3.1 Gesellschaftsaufbau und Zuständigkeiten

Die eingesetzten Mittel für den Betrieb werden anfangs gering gewesen sein. Am 18. Mai 1934 schlossen Heinrich Schild und Hedwig Bollhagen einen Gesellschaftsvertrag. Es wurde eine G.m.b.H. mit einem Stammkapital von RM 20 000,- gegründet, hievon übernahm Schild den Betrag von RM 13 000,- und Hedwig Bollhagen RM 7 000,-.¹⁷⁹ Woher das Geld stammte, ist unbekannt.

Im Betrieb selbst war Bollhagen von Anfang an die Geschäftsführerin, lediglich für die steuerlichen und finanztechnischen Entscheidungen mit Außenwirkung wurde Schild zu Rate gezogen. Bis in das Jahr 1937 war Hedwig Bollhagen noch als Arbeitnehmerin gemeldet und zahlte hierfür auch Beiträge zur Sozialversicherung.¹⁸⁰

3.3.2 Aufnahme des Betriebs

Mit der Aufnahme des Betriebs am 1. Mai 1934 wurden zunächst sieben Mitarbeiter eingestellt.¹⁸¹ Zu ihnen gehörte August Wojak, der Betriebsleiter, er wurde sozusagen übernommen, denn er war ja zuvor noch längere Zeit von Heymann-Loebenstein entlohnt worden. Außerdem wurden der Modelleur Peter Berens und der Freidreher Oswald Schlenker sowie vier namentlich nicht bekannte Malerinnen eingestellt.¹⁸² Die neuen Mitarbeiter waren Bollhagen entweder von einer ihrer vorangegangenen Arbeitsstellen bekannt oder hatten bereits vorher bei Haël gearbeitet. Im Juni kamen weitere 12 hinzu und im Juli waren es bereits 23.¹⁸³ Ein Teil der Beschäftigten war mit den Werkstätten sehr vertraut, da sie hier bereits

¹⁷⁹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1091, Kopien der Gesellschafts- und Pachtverträge, Gesellschaftsvertrag vom 18.5.1934. – Auch dieser Termin ist nicht im Kalender von Heinrich Schild vermerkt.

¹⁸⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1004, Sozialversicherungsnachweise Bollhagen.

¹⁸¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 711, Schreiben HB-Werkstätten an Gemeindeamt vom 8.1.1935.

¹⁸² Gorka-Reimus/Wurche, Susanna (2008): Die HB-Werkstätten für Keramik im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, S. 168-176, hier: S. 169.

¹⁸³ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 711, Schreiben HB-Werkstätten an Gemeindeamt vom 8.1.1935.

bei den Haël-Werkstätten tätig gewesen sind. Unter den wieder eingestellten Mitarbeitern waren auch die Denunzianten D. und E.¹⁸⁴ Bollhagen selbst äußerte später in einem Interview: „Ich konnte nur die Kräfte, die ich kannte, aus der alten Fabrik Velten-Vordamm, die waren zum großen Teil arbeitslos oder berufsfremd eingesetzt. Und da konnte ich die, die ich am besten fand und die gerne kamen, einstellen. So dass wir also ein ganz – sehr gutes Kollektiv waren.“¹⁸⁵ Neben den Personalkosten fielen als Ausgaben in der ersten Zeit vor allem jene für Strom, Wasser und Telefon an.

Umgehend nach der Übernahme der Werkstätten wurde in der Veltener Zeitung ein „Verkauf der Restbestände der Kunstkeramischen Fabrik in Marwitz“ inseriert.¹⁸⁶ Offensichtlich hatte Bollhagen kein Interesse an den fertigen Produkten der Vorgängerin, wollte aber den Verkauf der Waren zur zusätzlichen Finanzierung des Unternehmensstarts nutzen.

Für den Aufbau des Unternehmens wird sehr wichtig gewesen sein, dass Bollhagen in die Wohnung, die in dem separaten Büro- und Wohnhaus bei den Werkstätten zur Verfügung stand, einzog. Sie hatte übergangsweise bei ihrer Tante und ihrem Onkel in Berlin-Lankwitz gewohnt, jetzt hatte sie sehr kurze Wege und stand im ständigen Austausch mit ihren Angestellten und Arbeitern.¹⁸⁷

Für den ersten Auftritt auf der Leipziger Grassi-Messe im August 1934 nutzte Hedwig Bollhagen sehr pragmatisch das immer noch nicht geleerte Warenlager, zugleich werden auch einige erste Produkte aus der eigenen Fertigung gezeigt worden sein, die aus den vorgefundenen Rohmaterialien erstellt wurden.¹⁸⁸ Die Verstärkung des Sortiments, die die Haël-Modelle darstellten, kommt auch im Werbeprospekt der HB-Werkstätten zum Ausdruck, hier heißt es: „Wir bringen die bewährten Muster der von uns übernommenen Hael-

¹⁸⁴ Zu D.: BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 721 und 1066; zu E.: Nr. 710, 722 und 724.

¹⁸⁵ Bollhagen, O-Ton, in: Deutschlandradio „Dossier: Margarete Loebenstein und Hedwig Bollhagen. Eine alltägliche Geschichte aus dem Dritten Reich“, gesendet am 4.1.2008.

¹⁸⁶ BLHA, Veltener Zeitung vom 3.5./12./13.5./ und 2.3.6./6.6.1934.

¹⁸⁷ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 171.

¹⁸⁸ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 170.

Werkstätten und eine große, preiswerte Kollektion neuer Formen und aparter Dekorationen.“¹⁸⁹ Gleichgültig welchen eigenen Anspruch Bollhagen verfolgte, solange die Waren und Entwürfe der Vorgängerin nachgefragt wurden, wollte sie sie produzieren.¹⁹⁰

Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass sie es längst nicht in dem angestrebten Umfang schaffte, ihre eigenen Entwürfe zu realisieren. Offensichtlich hatte sie sich bei ihrer Freundin Nora darüber beklagt. Die reagierte sehr nüchtern: „Dass Du als Cheffeuse nicht viel zum Entwerfen kommen würdest, wusste man doch eigentlich von Anfang an.“¹⁹¹ So wurden weiter diverse der Haël-Entwürfe umgesetzt.

Sparsam wie Hedwig Bollhagen war, brauchte sie vorhandenes Büromaterial auf, so wurde noch länger Haël-Briefpapier für Notizen verwendet.¹⁹²

4. Weitere Entwicklung der HB-Werkstätten

Die Entwicklung nahm einen äußerst positiven Verlauf. Neben der Produktion der Gebrauchskeramik wurde auch die Produktion der Garten- und Baukeramik mit angeboten. Gleich bei einem der ersten Aufträge war Schilds Einfluss sicherlich mitentscheidend – dem für die Innengestaltung des neuen Sitzes des Deutschen Handwerks in Berlin.¹⁹³ Doch gibt es für seine Einflussnahme keinen Nachweis.

Im Jahr 1935, also dem ersten vollständigen Unternehmensjahr der HB-Werkstätten, wurde in der Zeitung „Der Angriff“ ein Artikel veröffentlicht unter dem Titel „Jüdische Keramik in der Schreckenskammer“.¹⁹⁴ Mit diesem antisemitischen Hetzartikel wurde noch einmal – allerdings ohne Namensnennung, aber mit genauer Ortsbeschreibung – Front gemacht gegen die Ent-

¹⁸⁹ Katalog der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz, undatiert, überliefert u.a. im Ofen- und Keramikmuseum Velten.

¹⁹⁰ An diesem Punkt ist der Einschätzung Cornelius Steckners in seinem Text „Hedwig Bollhagen und Charles Crodel (2008), S. 4/5 voll zuzustimmen.

¹⁹¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 28.7.1934.

¹⁹² BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 988.

¹⁹³ Das Haus des Deutschen Handwerks, hg. vom Reichsstand des Deutschen Handwerks, , 3 Aufl. Berlin 1936. S. 159.

¹⁹⁴ „Der Angriff“, Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, Nr. 116, 22.5.1935, S. 9, gez. mit „ran“.

würfe von Margarete Heymann-Loebenstein, produziert in den Haël-Werkstätten. Ihnen wurden kontrastierend die Entwürfe von Hedwig Bollhagen gegenübergestellt, veranschaulicht durch Fotos des Fotografen Curt Bieling, der viele Aufnahmen für die HB-Werkstätten machte.¹⁹⁵

Der Artikel verwendet alle sprachlichen Klischees, um seine Propaganda zu transportieren – Unkraut, Ratten, Fledermäuse umrahmen die Hinterlassenschaft der jüdischen Unternehmerin. Sie hat „entartete“ Keramik produziert, „vergewaltigte Töpferkunst“, die nun durch „gesunde“ ersetzt wurde.¹⁹⁶ Tatsächlich gab es in den HB-Werkstätten ein Regal mit Haël-Arbeiten, die Bollhagen aufbewahrte, weil ihr die Formen nicht gefielen.¹⁹⁷ Ihr Biograph Heger geht davon aus, dass keine antisemitischen Motive für Bollhagen der Grund waren, dass die Keramiken in dieser Art aufbewahrt wurden. Sie lehnte die Gestaltung der Objekte ab, dies jedoch ohne jegliche rassistische Wertung.¹⁹⁸ Die im Artikel abgebildeten Objekte sollen allerdings mit den bis in die 1990er Jahre bei Bollhagen vorhandenen restlichen Keramiken Heymann-Loebensteins übereingestimmt haben. Sollte dies zutreffen, so ist zumindest sicher, dass Bollhagen bei der Produktion der Fotos des Artikels 1935 beteiligt gewesen ist.¹⁹⁹ Gleichwohl stellt sich die Frage, wer diesen Artikel lanciert hatte, der eine so direkte Gegenüberstellung und in der damaligen Zeit durchaus Werbung für die HB-Werkstätten bedeutete.²⁰⁰ Doch die Frage muss offen bleiben, da sich noch nicht einmal die Autorenschaft dieses Artikels klären ließ, geschweige denn die weitergehende zur möglichen Einflussnahme.

¹⁹⁵ Heger (2005), S. 111.

¹⁹⁶ Ebenda.

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ So Hudson-Wiedenmann, Darstellung im Beitrag des Deutschlandradio „Dossier: Margarete Loebenstein und Hedwig Bollhagen. Eine alltägliche Geschichte aus dem Dritten Reich“, gesendet am 4.1.2008.

²⁰⁰ Die Diskreditierung Bollhagens, die Heger aus heutiger Sicht sieht, war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels sicher nicht in dieser Form gegeben; s. Heger (2005), S. 11.

4.1 Durchführung von Aufträgen mit prominenten oder befreundeten Künstlern

Charles Crodel (1894 – 1973), den Bollhagen in Velten in den Steingutfabriken kennengelernt hatte, war umgehend nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wegen seiner Kunst verfemt worden. Er verlor seine Stellung als Lehrender an der Burg Giebichenstein/Halle, ein großer Teil seiner Wandmalereien wurde zerstört.²⁰¹ Für ihn war es schwer, eine adäquate Stelle zu finden. Ab 1935 ergab es sich, dass er einige Arbeiten in Marwitz anfertigte.²⁰² Die künstlerische Wirkung auf ihre Arbeit, die Crodel hatte, betonte Bollhagen ihr Leben lang.²⁰³ Nach und nach entstand der Rhythmus, dass Crodel im Sommer für rund zwei Monate nach Marwitz kam und dort arbeitete.

Außer Crodel fanden sich auch Theodor Bogler (1897 – 1968), Werner Burri (1898 – 1992) und Kurt Schumacher (1905 – 1944) bei den HB-Werkstätten für Keramik ein.²⁰⁴ Die Arbeiten scheinen großen Anklang gefunden zu haben, denn ein Großteil von ihnen ist noch überliefert. Diese Menschen, von denen einige, wie Kurt Schumacher, aktiv im Widerstand kämpften, fanden in Marwitz einen Ort, an dem sie durch ihre Arbeit für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten, was ihnen ansonsten teilweise verwehrt wurde.

Auch Bollhagens Freundin Nora Herz, die als Jüdin unter Druck stand, kam immer wieder nach Marwitz und arbeitete an ihren Skulpturen. Wie sie in der Rückschau die Vorgänge um den Erwerb der Werkstätten bewertete, ist nicht überliefert.

Bei einer Gelegenheit, als Herz in den HB-Werkstätten gearbeitet hatte, kam es Ende März 1937 zu einem Eklat. Der sehr erfahrene Freidreher Schmidchen weigerte sich, einen „Mulatten-Kopf“ von Herz zu brennen. Hedwig

²⁰¹ Gorka-Reimus/Schneider, Katja (2008): „Mich interessiert das große, gute, böse Welttheater“. Der Maler und Kunsthandwerker Charles Crodel. S. 195-200, hier: S. 198.

²⁰² Gorka-Reimus/Schneider (2008), S. 198/99.

²⁰³ So u. a. Die Keramikerin Hedwig Bollhagen über sich selbst, in: Gorka-Reimus (2008), S. 26

²⁰⁴ Heger (2005), S. 272 ff. Kurt Schumacher wurde 1944 als Mitglied der „Roten Kapelle“ in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Bollhagen notierte dazu: „Mulatten-Kopf - (besonders schön war er nicht).“²⁰⁵ Doch ihre kritische Meinung zu dem Objekt war unerheblich, wichtiger war, dass sie als junge Chefin – knapp 30 Jahre alt –, sich durchsetzen musste. Bollhagen notierte dazu: „Ich sagte ihm [Schmidchen], ich wolle ihn dazu [zum Brennen] nicht zwingen, er solle sich nicht darum kümmern.“²⁰⁶ Schmidchen schimpfte weiter; Bollhagen versuchte ihm zu erklären, dass das Unternehmen „wirtschaftlich nicht in der Lage [sei] auf die jüdischen Kunden zu verzichten.“ Als er nicht abließ und Bollhagen vor „versammeltem Publikum“²⁰⁷ vorwarf, „nicht genügend deutsch“ zu sein, auch den hinzugezogenen Arbeiterobmann beleidigte, sah sie sich gezwungen, ihn fristlos zu entlassen.²⁰⁸ Bollhagen, die ansonsten Konflikte zu vermeiden suchte, war in dieser eskalierten Situation genötigt gewesen, ihre Stellung als Leiterin des Betriebs herauszustreichen, da sie ansonsten, zumal als Frau, den Respekt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren hätte. Im Grunde bedauerte sie, den guten Freidreher zu verlieren. So sorgte sie sich um sein Fortkommen und empfahl ihn ihrem alten Freund Willy Kagel, weil er trotz allem eine „gute Töpferseele“ sei.²⁰⁹ Ob Schmidchen in Partenkirchen eine Anstellung angenommen hat, ist unbekannt.

Dieser Vorgang aus dem Jahr 1937 belegt, dass Nora Herz zu diesem Zeitpunkt noch mit Hedwig Bollhagen in Verbindung stand. Der Akt, einen Mitarbeiter wegen antisemitischer Äußerungen zu entlassen, sollte nicht als widerständige Handlung interpretiert werden, sondern war eher auf die betriebliche Situation zurückzuführen.

Gleichwohl lässt sich festhalten, dass Bollhagen auch zu Zeiten, als es politisch nicht opportun war, versuchte, ausgegrenzten Künstlern, die sie schätzte, eine Erwerbsmöglichkeit zu bieten, wobei der künstlerische Wert der Arbeiten zugleich dem Ansehen der Werkstätten dienlich war.

²⁰⁵ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 388, Durchschreibbuch.

²⁰⁶ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 388, Durchschreibbuch, Notiz vom 27.3.1937.

²⁰⁷ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 388, Durchschreibbuch, Brief an Kagel vom 1.7.1937.

²⁰⁸ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 388, Durchschreibbuch, Notiz vom 27.3.1937.

²⁰⁹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 388, Durchschreibbuch, Brief an Kagel vom 1.7.1937

Nora Herz entschloss sich 1938 zur Emigration. Bevor sie Deutschland verließ schrieb sie Bollhagen einen Brief, der nicht überliefert ist, in dem sie sich ganz von ihr abwandte.²¹⁰ Bollhagen bedauerte, dass auch nach Kriegsende kein Kontakt mehr zu der Freundin zustande kam.

4.2 Die Gesellschafter und die Werkstätte

Solang Schild die Stelle des Geschäftsführers des Reichsstandes des deutschen Handwerks übernommen hatte, verfügte er über beträchtliche Einkünfte, sein jährliches Einkommen lag bei RM 18 000,-. Dann kam es zu dem Bruch im Herbst 1934, was sich wirtschaftlich für ihn deutlich bemerkbar machte, denn nun, 1935, reduzierten sich seine jährlichen Einnahmen auf RM 8 000,-.²¹¹ Es gelang ihm jedoch, die Stellung eines Geschäftsführers der „Treibau“ A.G. für Baufinanzierung im Deutschen Reiche zu übernehmen.²¹² Diese Gesellschaft wurde bald die alleinige Aktionärin der Bausparkasse „Gesellschaft für zweistelligem Grundkredit, Deutscher Bausparer Aktiengesellschaft“²¹³ Nach dem Einschnitt 1935 stieg Schilds Einkommen kontinuierlich bis zum Jahr 1939 auf RM 30 000,- an. Im Jahr 1944 betrug es sogar RM 42 000,-.²¹⁴ Als Vergleich sei das Durchschnittseinkommen eines Rechtsanwalts im Jahr 1935 angeführt, das bei RM 10 850,- lag und das eines Arztes, das RM 12 500,- betrug.²¹⁵ Durch den Eintritt in die Bausparkasse, mit der er schon länger in Verbindung stand, schaffte es Schild, sich eine äußerst einträgliche Stelle zu sichern. Die hohen Einkünfte stammten nicht aus den HB-Werkstätten. In die musste eher investiert werden.

²¹⁰ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 324, Brief Bollhagen an Dr. Helmut Möhl, Mexiko, (Durchschrift) vom 21.10.1950.

²¹¹ Die Angaben sind Selbstauskünfte, s. NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsakte, S. 10.

²¹² NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsakte, Selbstauskunft zu Einkommen, Vermögen und Besitz, Bl. 17.

²¹³ http://www.schwaebisch-hall.de/-snm-0157300788-1211162681-0000010845-0000000000-1211196903-enm-bsh/content/unternehmen/geschichte/geschichte_1931-1945.php (zuletzt: 19.5.2008). Diese Bausparkasse ging später, 1947, in die Bausparkasse der deutschen Volksbanken Aktiengesellschaft, Schwäbisch Hall, über.

²¹⁴ NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsakte, S. 10.

²¹⁵ Wehler (2003), S. 726.

Für seine Tätigkeit als Geschäftsführer der HB-Werkstätten war vereinbart, dass er keine Vergütung erhalten sollte, als Anteilseigner stand ihm jedoch eine jährliche Entnahme von RM 2 400,- zu. Zusätzlich erhielt er für das ab Oktober 1934 an die HB-Werkstätten für Keramik Marwitz GmbH überlassene Grundstück Pacht.²¹⁶

Bis zum Jahr 1937 wurden die Einlagen der HB-Werkstätten für Keramik GmbH immer weiter erhöht, bis auf RM 50 000,-, hiervon entfielen RM 28 000,- auf Schild und RM 12 000,- auf Hedwig Bollhagen.²¹⁷ Die restlichen RM 10 000,- verteilten sich auf weitere Vertrauenspersonen. Von Seiten Schilds war das ein alter Freund, Dr. ing. Hans Petersen (RM 2 000,-), ursprünglich aus Augsburg, von Seiten Bollhagens waren das ihre Onkel, Dr. Rudolf Franke (RM 5 000,-), Berlin, und Klaus Hermann Werner (RM 3 000,-), Hannover. Ein Jahr später wurde die Einlage noch einmal erhöht auf RM 60 000,-, doch in diesem Jahr erfolgte die Umwandlung in eine OHG. Die Anteile der außenstehenden Partner blieben erhalten.

Im Jahr 1937 drängte Schild erstmals auf die Durchführung von Instandhaltungsarbeiten. Hieraus lässt sich folgern, dass bis dahin keine größeren Sicherungsarbeiten durchgeführt worden oder notwendig geworden waren. Der Tonfall in der überlieferten Korrespondenz zwischen Schild und den HB-Werkstätten wurde sehr geschäftsmäßig.²¹⁸ Umso mehr überrascht der Schritt, 1938 die Gesellschaftsform von einer GmbH in eine OHG umzuwandeln.²¹⁹ Eindeutig jedoch ging die Initiative zur Umwandlung der Rechtsform, wie sie 1934 gegründet wurde, in eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) von Schild aus. Die näheren Hintergründe sind den Korrespondenzen nicht zu entnehmen. Nach vier Jahren der geschäftlichen Verbindung konnten sich Schild und Bollhagen so gut aufeinander verlassen, dass sie diesen Schritt wagen konnten. Ihre persönliche Beziehung scheint in dieser Zeit immer

²¹⁶ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 1091, Pachtvertrag zwischen Schild und HB-Werkstätten 14.10.1934.

²¹⁷ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 801, Finanzamt Betriebsprüfung vom 1.12.1939.

²¹⁸ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 1091, Schreiben Schild an HB-Werkstätten vom 20.12.1937.

²¹⁹ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 1091, Schreiben RAuN Dr. Wilhelm Schneider vom 18.6.1938.

mehr an Bedeutung verloren zu haben. In der personenbezogenen Rechtsform der OHG hafteten auch damals die Gesellschafter mit dem privaten Eigentum. Es können steuerliche Gründe für die Umwandlung vermutet werden, zudem bekämpften die Nationalsozialisten ideologisch Kapitalgesellschaften, während Personengesellschaften wie z.B. der OHG ein höheres Vertrauen entgegengebracht wurde.

Schild übernahm 1939 noch zusätzlich, neben seiner Tätigkeit für die Treubau AG, die Geschäftsstelle der bauwirtschaftlichen Einrichtungen des Handwerks.²²⁰

1941/42 war er auch noch für die Bala-Barackengesellschaft Berlin tätig.²²¹ Für diese Firma fuhr er auch im Oktober 1942 „wegen Barackenherstellung“ nach Kauen, Litauen. Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Baracken im Rahmen des Ausbaus des Ghettos Kaunas (auch Kowno) errichtet worden sind. Ab November 1941 wurden hierher verstärkt Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei deportiert. Durch Lagerterror, Zwangsarbeit und Massenmord fanden hier Tausende von Menschen den Tod.²²² Inwieweit Schild etwas von diesen Vorgängen bei seinem Besuch dort im Oktober 1942 erfahren hat, ist unbekannt.

Mit den erschwerten Lebensbedingungen unter dem Krieg zog die Familie Schild 1943 nach Marwitz in die HB-Werkstätten. In der letzten Kriegszeit begab sich die Familie auf getrennten Wegen in den Westen²²³, nachdem Schild vorher noch „größere Entnahmen“ gemacht hatte.²²⁴

²²⁰ NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsakte, Selbstauskunft zu Einkommen, Vermögen und Besitz, Bl. 17.

²²¹ NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsakte, Selbstauskunft zu Reisen oder Wohnsitz, Bl. 18. Die Bala Barackenlager GmbH hatte ihren Sitz wie auch die Treubau AG in der Dorotheenstr. 31, s. Berliner Adressbuch 1942.

²²² Scheffler, Wolfgang/Schulle, Diana (Hg.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. München 2003.

²²³ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 539, achtseitiger „Rückzugsplan der Familie Schild“, Anfang 1945.

²²⁴ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 663, Brief Schild an RA Bauschmidt (Durchschrift) vom 26.12.1945.

Während für Heinrich Schild die HB-Werkstätten, nach Abflauen der engeren Beziehung zu Hedwig Bollhagen, nur noch eine zusätzliche ökonomische Einnahmequelle darstellten, verwirklichte Hedwig Bollhagen hier ihre lang gehegten Wünsche. Sie baute eine handwerklich qualitätvolle Produktion auf, in der sie eigene Entwürfe realisieren konnte. Die Massenproduktion bewegte sich auf hohem Niveau. Wenngleich von der Materialvoraussetzung nicht so hochwertig wie Porzellan, boten die Erzeugnisse für breite Schichten der Bevölkerung gutes Gebrauchsgeschirr.

Handwerklich kam sie den ab 1935 geforderten Voraussetzungen nach und legte 1937 ihre Gesellen- und 1939 ihre Meisterprüfung ab.²²⁵ Der 1935 eingeführte „Große Befähigungsnachweis“²²⁶ ermöglichte ihr dann ohne Beschränkung das Unternehmen als „Betriebsführerin“ zu leiten.

Eine kleine Vase, die sie auf der Weltausstellung 1937 in Paris präsentiert hat, wurde mit der Goldmedaille ausgezeichnet – eine von 30 goldenen Medaillen, die Deutschland erringen konnte.²²⁷ Diese Qualifikationen werden ihr den Alltag in den Werkstätten erleichtert haben, waren sie doch geeignet, die offizielle Anerkennung, aber auch die innere Leistungsbereitschaft unter Beweis zu stellen.

5. Nach Kriegsende

Nach Kriegsende schied Heinrich Schild als Gesellschafter aus den HB-Werkstätten für Keramik aus. Er stand aber weiter noch in Kontakt mit Hedwig Bollhagen und seine Töchter waren zeitweilig dort zu Ausbildungszwecken.

5.1 Heinrich Schild

In der britischen Zone Deutschlands durchlief Heinrich Schild dann ein Entnazifizierungsverfahren, um als Geschäftsführer der Handwerkskammer für

²²⁵ NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Entnazifizierungsverfahren.

²²⁶ Jahrbuch des deutschen Handwerks 1937/38, hg. vom Reichsstand des deutschen Handwerks, Berlin 1938. S. 42.

²²⁷ Jahrbuch des deutschen Handwerks (1938), S. 319.

den Regierungsbezirk Düsseldorf tätig werden zu können.²²⁸ Zuvor hatte er mit anderen die Firma Oxygen- Spreng- und Baugesellschaft m.b.H. geleitet.²²⁹ Inwieweit die Unterstützung eines jüdischen Familienangehörigen und dessen Familie, von dem Schild nach Kriegsende ein positives Leumundzeugnis erhielt,²³⁰ den Tatsachen entsprach, konnte nicht überprüft werden. In einer Erklärung aus dieser Zeit räumte Schild selbst aber ein, dass er „alter Parteigenosse“ – also vor 1933 der NSDAP beigetreten – gewesen sei.²³¹

1949 wurde er Generalsekretär des Rheinisch-Westfälischen Handwerksbundes e.V.²³² Ab 1953 bis 1961 gehörte Schild als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an, in der Anfangszeit als Mitglied der Deutschen Partei (DP), ab 1957 als Mitglied der DP/FVP (Freien Volkspartei) und nach einer zweimonatigen fraktionslosen Zeit ab 1960 als Mitglied der Fraktion der CDU/CSU.²³³ Er starb im Alter von 82 Jahren.

5.2 Hedwig Bollhagen

Hedwig Bollhagen musste sich in der sowjetisch besetzten Zone darum bemühen, dass die Firma nicht zerstückelt wurde. Die Situation war insgesamt wegen der Rohstofflage und der fehlenden männlichen Mitarbeiter sehr schwierig. Doch konnte Hedwig Bollhagen mit Unterstützung von RA Baur Schmidt, dem langjährigen Freund Heinrich Schilds, die Anstrengungen der offiziellen Stellen abwehren, die Anteile Schilds an der Gesellschaft zu beschlagnahmen, da Schild 1946 seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt hatte.²³⁴ Zugleich konnte sie gegenüber dem örtlichen Komitee nachweisen, dass sie nie Mitglied der NSDAP gewesen ist.

²²⁸ NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Bl. 8.

²²⁹ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 663. Brief Schild an Baur Schmidt vom 26.3.1946.

²³⁰ Entnazifizierungsverfahren abgegeben hat, s. NRW HStA, NW 1022-Sch-40069, Bl. 21.

²³¹ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 663, Brief Schild an RA Baur Schmidt (Durchschrift) vom 26.12.1945.

²³² Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, München 2002, S: 738.

²³³ Angaben zu Abgeordneten der 3. Wahlperiode, zugesandt 15.5.2008, sowie Vierhaus /Herbst (2002), S. 738.

²³⁴ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 663, Ausschnitt aus einer Zeitung, Handelsregister vom 16.4.1946.

Hedwig Bollhagen führte ihren Betrieb mit großem Erfolg weiter, wurde für zahlreiche offizielle Projekte der Baukeramik herangezogen.²³⁵ Der privat geführte Einzelbetrieb wurde 1972 auf der Grundlage des Beschlusses des Plenums des ZK von 1971 verstaatlicht, zuletzt war er ein Teil der Art Union. Persönlich erhielt sie ab 1974 eine Ehrenrente.²³⁶

Nach der Wende beantragte Hedwig Bollhagen gemeinsam mit dem Partner Wolfgang Scholz die Reprivatisierung. In diesem Verfahren, das 1992 abgeschlossen wurde, vertrat RA Lothar de Maizière sie. Die von der Jewish Claims Conference vertretenen Ansprüche von Margarete Heymann-Loebenstein konkurrierten mit jenen von Hedwig Bollhagen. Auf der Basis des Entwurfs des Teilbeschlusses des Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen wurde Hedwig Bollhagen das Unternehmen wieder übertragen.²³⁷ Im Vorgriff auf eine gütliche Einigung zwischen der Jewish Claims Conference und Hedwig Bollhagen zog die Claims Conference ihre Ansprüche zurück. Ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs zahlte einen Ausgleichsbetrag.²³⁸

5.3 Margarete Heymann-Loebenstein, verh. Marks

Die Umstände der Vertreibung von Margarete Heymann-Loebenstein ergeben sich erst aus den Akten nach Kriegsende. Sie war inzwischen wieder verheiratet, hieß Marks, hatte ein weiteres Kind bekommen und lebte in Großbritannien. Anfang der 1950er Jahre bemühte sie sich um einen Ausgleich der durch die Verfolgung erlittenen Vermögensschäden. Im Rahmen dieses Verfahrens kamen die Vorgänge im Umfeld ihrer Emigration erneut zur Sprache: Sie hatte bis zu ihrer Emigration im Jahre 1936 noch verschiedene Stationen in Berlin passiert. So hatte sie nach ihrem Auszug aus dem Wohnhaus in Tempelhof im Grunewald, in der Hertastr. 23, wo sie auch wohnte, eine Kinderkunstschule eröffnet, die jedoch nur kurze Zeit bestanden

²³⁵ Gorka-Reimus/Kreibich (2008), S. 126 ff.

²³⁶ BLHA Rep. 116 HB NL Nr. 1004.

²³⁷ BVS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben), inzwischen übergeleitet zum Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, Unterlagen der früheren Treuhandanstalt, Akte HB-Werkstätten.

²³⁸ Auskunft RA Dr. de Maizière, Interview am 16.4.2008.

haben kann. Zuletzt lebte Margarete Heymann-Loebenstein mit ihrem Sohn in Wilmersdorf in der Hildegardstr. 31.²³⁹

Ein Teil ihrer beweglichen Habe wurde bei der Spedition Brockerhoff & Lippschütz eingelagert. Da sie die Auswanderung vorbereitete, entrichtete sie am 2. September 1936 beim Finanzamt Wilmersdorf-Süd für Reichsfluchtsteuer einen Betrag in Höhe von RM 67 000,-. Das noch verbliebene Vermögen auf diversen Konten wurde ab September 1938 sukzessiv abgehoben, insgesamt ein Betrag von rund RM 160 000,-; ein Teil des Geldes wurde vermutlich durch Beauftragte abgehoben, ob es Frau Heymann-Loebenstein ausgehändigt wurde, ist ungewiss.²⁴⁰ Wegen des nicht angemeldeten Abhebens ihres Vermögens wurde Heymann-Loebenstein 1938 in Abwesenheit gemeinsam mit dem aus der Spedition gedrängten Eigentümer Willi Lipschütz eines Devisenvergehens beschuldigt und wenig später verurteilt. Da man ihrer und des vermeintlichen Mitschuldigen nicht habhaft werden konnte, wurde das in Deutschland eingelagerte Privatgut versteigert sowie die noch auf Depots liegenden Aktien im Wert von \$ 2 000,- beschlagnahmt.²⁴¹

Heymann-Loebenstein war im Dezember 1936 per Flugzeug nach Amsterdam gelangt und anschließend weiter nach Großbritannien gereist, wo sie sich dauerhaft niederließ.

Die Werkstatt, die sie unter dem Namen Greta Pottery gründete, bestand nur zwei bis drei Jahre und wurde nach Kriegsbeginn 1939 wieder aufgegeben. Margarete Heymann-Loebenstein, nun verheiratete Marks, konnte nie wieder einen künstlerischen Erfolg wie in den 1920er Jahren mit den Produkten der Haël-Werkstätten erzielen.

Entsprechend hatte Heymann-Loebenstein-Marks die Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik nicht vergessen. Als Anfang der 1950er in ihrem Auf-

²³⁹ Alle Anschriften aus: LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51, allerdings ist die Reihenfolge der Wohnanschriften nicht abschließend geklärt.

²⁴⁰ LAB, A Rep. 358-02 Nr. 1172696, Beschluss wegen Devisenvergehens, in separatem Umschlag (unpaginiert).

²⁴¹ Ebenda.

trag der Londoner Anwalt deutscher Herkunft, Leo Auerbach, Ansprüche auf Rückerstattung geltend machte, wurde er darauf verwiesen, dass es sich um einen ganz legalen Erwerb der Grundstücke und nicht der GmbH gehandelt habe. Schild hatte schon vorher mit solchen Ansprüchen gerechnet.²⁴² Die Korrespondenz, die Bollhagen und Schild in dieser Zeit führten, war angespannt. Zwar konnte sich Bollhagen mit den HB-Werkstätten in der DDR außerhalb der Reichweite irgendwelcher Restitutionsansprüche fühlen, doch sie machte sich Sorgen um Schild, der in der Bundesrepublik nicht im gleichen Maße dagegen geschützt war. Etwaigen Nachforschungen versuchte sie vorzubeugen, sie schrieb an Schild: „Mit Herrn Wojak habe ich gesprochen und hoffe, dass er nicht weiter über die Angelegenheit redet.“²⁴³ Weniger selbstsicher wirkt die Einschätzung: „An sich ist ja der Kauf durchaus normal verlaufen. Dass dabei gehandelt wurde, ist ja nur üblich.“²⁴⁴ In diesem „an sich“ stecken die Zweifel, ob es sich wirklich um einen ganz normalen Kauf gehandelt hatte. Doch weitere Einblicke in die innere Einstellung zu den Vorgängen werden nicht gegeben.

Das direkte Ausgleichsverfahren wurde zum damaligen Zeitpunkt beigelegt, vermutlich, weil wichtige Dokumente als Nachweis fehlten, die zur Zeit der Übertragung in Marwitz verblieben sind bzw. noch in öffentlichen Behörden lagerten (z.B. Polizeiakten). Der erlittene Vermögensschaden durch die Versteigerung des Privateigentums von Heymann-Loebenstein wurde erst Ende der 1950er Jahre zu ihren Gunsten entschieden.

Als sich etliche Jahre später nach dem Tod von Heymann-Loebenstein-Marks (1988) ihre Tochter und der Ehemann Harold Marks mit Hedwig Bollhagen in Verbindung setzen, erläutert sie, welche Entwürfe von den HB-Werkstätten noch weiter verwendet wurden und wie lang.²⁴⁵

²⁴² Arbeitskopien Heger aus den Unterlagen der HB-Werkstätten, Original nicht im Nachlass, der im BLHA deponiert ist, nachweisbar: Brief Schild an Bollhagen vom 5.8.1950.

²⁴³ Arbeitskopien Heger aus den Unterlagen der HB-Werkstätten, Original nicht im Nachlass, der im BLHA deponiert ist, nachweisbar: Brief Bollhagen an Schild vom 18.8.1950 (Durchschrift), allerdings fehlt von dieser Kopie die zweite Seite.

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 347, Entwurf eines Briefes von Bollhagen an Harold Marks vom 19.2.1995. Später wendet sich Marks noch einmal an sie, 11.5.1998. Auch die Tochter lernt sie noch kennen und wird durch die Fabrik geführt, die sich anschließend dafür bedankt, s. BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 351, Karte von Frances

6. Position der Veräußerin und des Erwerbers unter den Bedingungen 1933/34 – Bewertung

Die allgemeinen politischen Verhältnisse nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wirkten massiv gegen die Unternehmerin Margarete Heymann-Loebenstein und übten einen starken Druck aus. Unter den lokalen Bedingungen im Umkreis von Velten, Ost-Havelland, hatte sie keine Chance, ihre unternehmerische Tätigkeit ungestört fortzusetzen, sondern war gezwungen, ihren Betrieb aufzugeben.

Bis in das Frühjahr 1933 hinein hatte Heymann-Loebenstein größte Anstrengungen unternommen, ihr Unternehmen zu retten. Die finanzielle Schieflage, in der es sich unstrittig befunden hat, wäre durch die Aufnahme fremden Geldes zu beheben gewesen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass solche Mittel unter den äußeren Bedingungen gewährt worden wären. Aber Heymann-Loebenstein hätte durch den Einsatz eigener Ressourcen, die im ausreichenden Maße vorhanden waren, die Verluste ausgleichen und durch weitergehende Investitionen bessere Voraussetzungen für einen guten Absatz der Waren, z.B. durch gezielte Werbung, schaffen können. Dies war jedoch dadurch beschränkt, dass sie nach den nationalsozialistischen Kategorien als Jüdin galt. Für Werbezwecke wäre dieser Umstand kontraproduktiv gewesen.

Daher war es auch eine wirtschaftlich vernünftige Maßnahme, ab Mitte 1933 keine weiteren Mittel in dieses Unternehmen zu stecken und es stilllegen zu lassen. Durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten konnte sie ihre unternehmerische Tätigkeit nicht ungehindert fortsetzen. Aus diesem Grund konnte sie auch nicht an dem kurzfristigen Konjunkturaufschwung 1934/35 partizipieren. Ob unter anderen Rahmenbedingungen Investitionen zum Erfolg geführt hätten, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Rettung ist jedoch sehr hoch, zieht man andere Unternehmen, wie die staatliche Karlsruher Majolikamanufaktur, zum Vergleich heran, die 1934 wieder in den Gewinnbereich kam.

Bis zum Juli 1933 wurde vor allem gedroht. Heymann-Loebenstein musste fürchten, demnächst verhaftet zu werden oder gezielten Aktionen der Mitarbeiter oder betriebsfremder Personen ausgesetzt zu sein. Unter diesen Bedingungen war sie in ihren Entscheidungen nicht mehr frei.

Die der Stilllegung am 1. Juli 1933 folgenden Denunziationen und die Beschlagnahme ihres Eigentums stellten schwere Angriffe auf sie und ihr Unternehmen dar. Ihr Entschluss zur Veräußerung, der erst sehr spät fiel, erst nachdem deutlich geworden war, dass sich die politischen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht ändern würden, war also allein diesen politischen Gegebenheiten geschuldet, die für sie eine Verfolgungssituation darstellten,.

Heymann-Loebenstein war als Vertreterin der Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik GmbH, einem mittelständischen Betrieb, zur konkreten Zielscheibe von Angriffen geworden und der Entschluss zum Verkauf wuchs erst im letzten Vierteljahr des Jahres 1933, angesichts der sich verschärfenden Situation. Und selbst dann zweifelte sie an ihrer Entscheidung, zog durchaus in Erwägung, es noch einmal selbst zu versuchen. Offensichtlich wurde der Druck dann aber doch zu groß, als dass sie dieses Wagnis hätte eingehen können. Sie beugte sich letztlich den lokalen Verhältnissen, die geprägt waren von einem systematischen Zusammenspiel der örtlichen Institutionen von der NSDAP-Ortsgruppe, über den Ortspolizisten und den Gemeindevorsteher bis hin zum Landrat. Dieser Situation hätte sie aus eigenen Kräften kaum Widerstand und vor allem politische Macht entgegenstellen können, zumal sie sich persönlich in einer äußerst labilen Lage befand.

Spätestens seit Herbst 1933 war sie hinsichtlich der Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt. So kam nur ein sehr begrenzter Kreis von Erwerbern ernsthaft in Betracht. Die tatsächliche Veräußerung bedeutete dann nur den Abschluss dieser politisch bedingten Entwicklung.

Die Interessenten, in Person von Heinrich Schild und Hedwig Bollhagen, fanden diese Gegebenheiten vor, hatten sie nicht gezielt herbeigeführt. Zumindest Hedwig Bollhagen muss um die näheren Umstände der Diskriminierung,

Diffamierung und Verfolgung von Margarete Heymann-Loebenstein gewusst haben. Sie scheinen für sie keine Rolle gespielt zu haben oder wurden zugunsten der Vorteile, die sich für sie selbst daraus ergaben, in den Hintergrund gedrängt. Ihr Partner Heinrich Schild war als eine der führenden Figuren des deutschen Handwerks in der Lage, seine exponierte Stellung machtwirksam einzusetzen. Eine Alternative zu diesem Interessenten gab es nicht mehr, nachdem er auf den Plan getreten war. Dabei war es irrelevant, ob er ein hohes Parteiamt innehatte oder nicht; die Position als Generalsekretär des deutschen Handwerks war für die lokalen Parteigrößen und Polizisten eindrucksvoll genug. Die Vorgehensweise, den Erwerb nicht forciert voranzutreiben, erwies sich dabei als besonders effektiv. Wohl wissend um die bedrängte Lage der Veräußerin konnte man im Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit mit größerer Gelassenheit den Erwerb angehen.

In der konkreten Verhandlungssituation sind sich Hedwig Bollhagen und Margarete Heymann-Loebenstein vermutlich nie begegnet, doch ihre Vertreter waren für sie tätig. Hedwig Bollhagen muss sich in diesem Zusammenhang jegliches, dominierendes Verhalten ihres Vertreters, Heinrich Schild, zurechnen lassen. Er agierte geschickt, während Max Silberberg nur geringe oder gar keine Spielräume hatte.

Die Konditionen, unter denen es dann zum Verkauf kam, waren formalrechtlich nicht zu beanstanden: Hier ging es nur um den Erwerb der Grundstücke, nicht um die Gesellschaft. Doch die Situation, die zu dieser Situation geführt hatte, war nicht allein auf die ökonomische Notwendigkeit zurückzuführen, sondern auf den gewachsenen politischen Druck. Es war kein rein zivilrechtlicher Vorgang, der allein auf die Unrentabilität des Unternehmens zurückzuführen war.

Die Erwerber gingen vermutlich mit einer Haltung in den Verkauf, dass die Veräußerin froh sein konnte, überhaupt noch etwas für das Objekt zu erhalten, schließlich waren sie die einzigen Interessenten. In dieser Haltung steckte auch etwas von der sehr konkreten Gefahr, der entschädigungslosen Entziehung des Eigentums, die von anderen Institutionen hätte realisiert werden können, selbst wenn 1934 keine rechtliche Grundlage hierfür existiert

hat. Und diese Haltung übernahm Heymann-Loebenstein spätestens ab Januar 1934 wahrscheinlich für sich. Dabei ist es kaum bestreitbar, dass die Erwerber als „Arier“ im Vorteil waren und die Situation für sich ausnutzten. Somit war es nicht auf ein geschicktes Verhandeln zurückzuführen, sondern auf die Ausnutzung der politischen Gegebenheiten, dass ihnen die Übernahme der Liegenschaften mit Aufbauten, der Betriebsmittel, eines Teils der Mitarbeiter, das technische Knowhow, die Lieferantenkartei, das Warenlager und der fiktive Firmenwert zu einem Preis von RM 45 000,- zufiel. Zieht man allein die gesicherten Zahlen heran, so waren Grundstück und Gebäude in dem von Schild beauftragten Gutachten von Kruchen mit einem Wert in Höhe von RM 92 800,- beziffert. Berücksichtigt man auch das Warenlager mit einem verminderten Wert angesichts erfolgter Einzelverkäufe in Höhe von RM 5 000,- sowie die Betriebsmittel (Inventar; Bilanz 1932) mit einem kalkulierten Wert in Höhe von RM 15 000,-, so ergibt sie eine Summe in Höhe von RM 112 800,-. Dies ist als ein Mindestbetrag zu verstehen, denn die Übernahme der Lieferantenkartei und das technische Knowhow sind hierbei nicht berücksichtigt, sie lassen sich heute nicht mehr beziffern. Auch der fiktive Firmenwert lässt sich nicht zahlenmäßig eingrenzen, zumal er durch den Umstand, dass Hedwig Bollhagen ein eigenes Profil zu entwickeln suchte, deutlich gemindert wurde. Dennoch ergibt sich allein in dieser nicht vollständig berechenbaren Größe eine gravierende Abweichung zwischen RM 117 800,- und dem real gezahlten Preis in Höhe von RM 45 000,-.

Durch die Veräußerung des Warenlagers konnte dann gleich ein Teil des Werts realisiert und zur Anschubfinanzierung genutzt werden.

Angesichts des günstigen Preises war es nicht notwendig, dass die Erwerber selbst eine antisemitische Haltung einnahmen oder noch zusätzlichen Druck ausüben mussten. Heinrich Schild, der als Nationalsozialist einer Partei angehörte, die den Antisemitismus als zentrales ideologisches Konzept verfolgte, äußerte im individuellen Verhalten derartiges nicht offen. Aber er artikuliert sich als Funktionär des Handwerks und publizierte in den Jahren 1933 bis 1935 in einer Weise, die voller Überzeugung den Nationalsozialismus und seine diskriminierende Strukturen befürwortete. Er zog auch eine mögliche Partnerschaft mit dem Gemeindevorsteher H. in Betracht; hatte bis

zu seiner Suspendierung von seinem Posten als Generalsekretär keine Berührungspunkte gegenüber den höchsten Kreisen der NSDAP. All dies kann nur zu dem Schluss führen, dass er die Haël-Werkstätten auch mit einer antisemitischen Grundtönung übernahm. Für ihn war der Verkauf unabwendbar und da konnte aus der Situation der maximale Vorteil gezogen werden. Seine späteren Tätigkeiten als Manager im Baugewerbe zeugen von einer sehr geschmeidigen Stützung des Systems. Ein derartiges Verhalten ist für Bollhagen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nachweisbar, vielmehr hatte sie bis 1938 in Nora Herz eine enge jüdische Freundin, stand auch anderen verfolgten Künstlern nahe.

Gleichwohl setzte sie im vollen Bewusstsein über die Umstände des Verkaufs und der Verkäuferin mit ihrem Partner den Erwerb durch. Gestützt durch die politischen Rahmenbedingungen wurde der Transfer von jüdischem in nichtjüdischen Besitz realisiert. Damit wurden die Erwerber zu „stillschweigenden Partnern“ des Systems. Sie profitierten vom Unrechtsregime, dass derartige „Arisierungen“ als willkommene Förderung des Mittelstandes ungesteuert protegierte und sich auf diese Weise der dauerhaften Loyalität der neuen Erwerber vergewisserte.

Dass es zu späteren Zeiten gewisse Unsicherheiten über die Vorgehensweise 1933/34 gab, bringt Bollhagens Brief an Schild aus dem Jahr 1950 zum Ausdruck. Solche Selbstzweifel am eigenen Verhalten scheinen Schild nicht geplagt zu haben.

6.1 Ergänzend: Ästhetische Prinzipien bei Heymann-Loebenstein und bei Bollhagen

Die Vorstellungen und Lebensumstände dieser beiden Frauen lagen zum Teil weit auseinander: Heymann-Loebenstein, von der Herkunft Jüdin, die zwar die Gemeinde verlassen hatte, wird dennoch öfter erfahren haben, einer Minderheit anzugehören. Ihre Sozialisation war eine andere als die von Hedwig Bollhagen. Ihre Äußerungen, für die sie denunziert wurde, belegen, dass sie die politischen Ereignisse bewusster wahrnahm als die neun Jahre

Jüngere. Auch von ihren sonstigen Lebensumständen her unterschieden sich die beiden Frauen ganz deutlich, wobei sicher der Altersunterschied eine Rolle spielte. So war Heymann-Loebenstein Mutter von zwei Kindern, während Bollhagen mit ihrer Familienplanung 1933, als 26-Jährige, noch längst nicht abgeschlossen hatte.

Zugleich verstand sich Heymann-Loebenstein explizit als Künstlerin, was bei Bollhagen deutlich unentschiedener war, obwohl auch sie keine klassische handwerkliche Ausbildung durchlaufen hatte. Doch überprüfte Heymann-Loebenstein ständig die Umsetzung des eigenen Anspruchs im Produktionsprozess. Spätestens mit dem Beginn der Absatzschwierigkeiten stellte sie sich stärker auf die Ansprüche der Kunden ein und konzentrierte sich weniger auf Einzelstücke. Wenngleich der Name »Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik« den Aspekt der Kunst unterstrich, war es doch vor allem Keramik, die hergestellt wurde – und die auf hohem Niveau. Bollhagen war entsprechend der Zeit verhaftet: als sie begann, stand der ausdrückliche künstlerische Aspekt, der jedem Kunsthandwerk innewohnt, nicht besonders hoch im Kurs. Sie wollte vor allem die Anerkennung als Handwerkerin, holte später auch die erforderlichen Prüfungen in Form der Gesellen- und der Meisterprüfung nach. Doch war ihr durchaus bewusst, dass das ästhetische Konzept der Einfachheit, das sie verfolgte, auch eine künstlerische Komponente in sich barg. Die Reduzierung auf klare Formen und Dekors, die keine losgelösten Ornamente darstellten, sondern die Form unterstreichen sollten, sowie Glasuren, die zumeist glänzend, die Wirkung betonten, zeugten von dem Bemühen, sich einem künstlerischen Ideal anzunähern. Wenngleich in der Formensprache nicht einig, standen die beiden Frauen hinsichtlich ihres Ansatzes der angewandten Kunst nicht so weit voneinander entfernt, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Beide verstanden sie es, zeitbezogene Moden und Stile feinfühlig in ihre Arbeit zu integrieren und dennoch einen eigenen Ausdruck zu vermitteln.

Themenkomplex Übernahme künstlerischer Entwürfe und Produkte

1. Halb- und Fertigwaren aus dem Warenlager

Wie bereits erwähnt, umfasste das Warenlager im Herbst 1933 Halb- und Fertigwaren im Wert von RM 10 000,-. Hiervon wurden einzelne Gegenstände noch vor der Gesamtveräußerung durch Heymann-Loebenstein oder einen Vertreter an Einzelkunden und vermutlich auch Lieferanten verkauft.²⁴⁶ Der Verkauf wird aber kaum mehr als die Hälfte des Warenlagers umfasst haben, da im Herbst 1933 das Warenlager noch als beschlagnahmt galt, zudem Margarete Heymann-Loebenstein, die dies in eigener Regie übernahm, sich mehrere Monate außer Landes aufhielt und später von der Umgebung jede einzelne Verkaufshandlung registriert wurde. Die noch verbliebenen Waren müssten demnach noch einen Wert von mindestens RM 5 000,- gehabt haben. Dies wurde durch den vereinbarten Kaufpreis mitabgegolten (s.o.).

Umgehend nach der Betriebsübernahme wurde in der Veltener Zeitung ein „Verkauf von Restbeständen“ annonciert – ohne Namensnennung, doch mit übereinstimmender Adresse.²⁴⁷ Bollhagen wollte sich also schnell der Erzeugnisse der Vorgängerin entledigen. Der zügige Absatz der Haël-Waren sollte genutzt werden, um den Betriebsbeginn zu erleichtern, zudem sollte das Lager geleert werden. Vermutlich weil nur lokal geworben wurde, wurden nicht alle Produkte verkauft.

Hedwig Bollhagen nahm mit den HB-Werkstätten erstmals im August 1934 an der Leipziger Grassi-Messe teil. Zu diesem Zeitpunkt war der Betrieb noch in der Aufbauphase. Die Mitarbeiterzahl war von sieben im Mai bis Juli auf 23 erhöht worden.²⁴⁸ Innerhalb der kurzen Zeit bis zur Messe konnte sie nur wenig selbst entwerfen, war stark mit organisatorischen Arbeiten

²⁴⁶ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Schreiben H. an Schild vom 13.1.1933. Er informierte Schild: „ Sie [M. Heymann-Loebenstein] war mit einer jüdischen Kundin hier und hat wieder einen beträchtlichen Teil Ware zur Veräußerung herausstellen lassen.“

²⁴⁷ BLHA Veltener Zeitung vom 3.5.,12./13.5.,2./3.6. und 6.6.1934, 48.Jg.

²⁴⁸ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 711, Durchschrift eines Briefes an das Gemeindeamt Marwitz vom 8.1.1935.

belastet.²⁴⁹ Von daher war es kaum zu bewerkstelligen, dass eine eigene Produktion bereits im größeren Maßstab vorgestellt werden konnte. Das wird vermutlich der Grund gewesen sein, dass Hedwig Bollhagen Haël-Produkte mit auf die Messe nahm, wie auch der Katalog belegt: „Wir bringen die bewährten Muster der von uns übernommenen Hael-Werkstätten und eine große, preiswerte Kollektion neuer Formen und aparter Dekorationen.“²⁵⁰ Es hatte sich vermutlich auch die Erkenntnis bei der neuen Geschäftsführerein durchgesetzt, dass gefragte Modelle der vorangegangenen Produktion durchaus sinnvoll für den Aufbau der eigenen Werkstätten genutzt werden könnten. Heymann-Loebenstein wird hierfür keine Vergütung erhalten haben, gingen Bollhagen und Schild doch davon aus, dass sie das Warenlager als Bestandteil des Gesamtpakets erworben hatten.

2. Übernahme künstlerischer Entwürfe

Nach der vertraglichen Vereinbarung vom 26. April 1934 soll zumindest die Verwendung des Entwurfs des Services „Norma“ vergütet worden sein.²⁵¹ Es existiert in den überlieferten Dokumenten jedoch nur das Anschreiben, mit dem der Notar den Vertrag verschickt hat. Der eigentliche Vertrag mit seinen Ausformulierungen ist nicht überliefert, auf welche Gründe das zurückzuführen ist, ist unbekannt.

2.1 Vergleich der Kataloge

Im BLHA sind zwei Kataloge der HB-Werkstätten überliefert, diese sind zudem nicht datiert. Heinz-Joachim Theis hat mehrere davon abweichende Kataloge. Im Ofen- und Keramikmuseum sind zwei Haël-Kataloge überliefert (ebenfalls nicht datiert).

In der Gegenüberstellung der im BLHA überlieferten und der beiden Haël-Kataloge ergibt sich eine hohe Übereinstimmung bei den Modellen.

²⁴⁹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 267, Brief Herz an Bollhagen vom 28.7.1934.

²⁵⁰ Katalog der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz, undatiert, überliefert u.a. im Ofen- und Keramikmuseum Velten.

²⁵¹ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 1090, Brief RAuN Doering an Schild vom 27.4.1934.

Grob geschätzt werden die Modelle bis zur Nummer 500 des Haël-Sortiments von den HB-Werkstätten übernommen worden sein. Es wurden vor allem die Formen, die zumeist als „wertvolle Gipsformen“²⁵² in den Werkstätten noch vorhanden waren, weiter angeboten. Es entsprach sicher nicht dem originären Interesse der ehrgeizigen Hedwig Bollhagen, diese Entwürfe weiter herzustellen. Doch wurden sie, solange die Nachfrage herrschte, weiter genutzt.

Nach Angaben von Theis sind der Gießer des Service Norma (Nr. 173) bis 1955 und ein Teller (Nr. 163) sowie ein kleines Schälchen bis 1965 von den HB-Werkstätten produziert worden. Die Urheberschaft von Margarete Heymann-Loebenstein ist nicht, auch nicht nach 1945, gekennzeichnet worden.

Ob außer den Formen Dekors oder Glasuren übernommen wurden, lässt sich ebenfalls nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass keine Dekors verwendet wurden, da sie weder dem persönlichen Geschmack von Hedwig Bollhagen noch dem Zeitgeist entsprachen.

Hinsichtlich der Verwendung von Glasuren lässt sich aus heutiger Sicht keine so eindeutige Aussage treffen. Die Rezepte zu den Glasuren und Massen, die in den Werkstätten weiter aufbewahrt wurden,²⁵³ sind nicht alle datiert. Die meisten tragen zwar ein Datum nach 1934, doch ist nicht ausgeschlossen, dass dieses nützliche Wissen der Vorgängerproduktion nicht vollständig verworfen wurde.

3. Honorierung von übernommenen Formen

Der Kaufvertrag, der am 26. April 1934 zwischen Heinrich Schild und Margarete Heymann-Loebenstein abgeschlossen wurde, enthielt besagten Anhang mit der vertraglichen Vereinbarung über die Honorierung des Service Norma (s.o.). Da die konkrete Formulierung der Konditionen nicht vorliegt,

²⁵² Heger: Von Velten nach Marwitz; in: Vollendung des Einfachen, S. 14.
²⁵³ BHLA, Rep. 116 HB Nr. 397: Glasuren und Massen.

lassen sich keine Angaben zu Berechnungsgrundlagen und Zahlungsmodalitäten treffen. Es kann an dieser Stelle lediglich festgehalten werden, dass eine Honorierung der Verwendung der Formen von „Norma“ vorgesehen war (s.o.).

Trotz sorgfältiger Prüfung der Unterlagen der HB-Werkstätten lassen sich keine Zahlungen nachweisen. Das heißt jedoch nicht, dass keine Zahlungen `g e l e i s t e t` `w u r d e n` . So schreibt Katharina Schütter, dass auch Charlotte Hartmann für die Verwendung ihrer Dekors am Umsatz beteiligt wurde.²⁵⁴ Diese Zahlungen sind ebenfalls nachweisbar. Es wäre möglich, dass aus verschiedenen Gründen, wie z.B. die Nichtversteuerung dieser Einnahmen oder die ungeklärte Frage, wer wirklich Inhaber der Rechte an diesen Entwürfen war, die Firma (in diesem Fall Steingutfabriken Velten-Vordamm) oder die einzelne Entwerferin, derartige Zahlungen nicht ausgewiesen wurden. Doch zumindest der letzte Aspekt kann bei den Entwürfen von Margarete Heymann-Loebenstein keine Rolle gespielt haben. So muss dieser Punkt offen bleiben.

3.1 Korrespondenz zu den Entwürfen

Ob sich Margarete Marks, frühere Heymann-Loebenstein, nach dem Krieg an die HB-Werkstätten gewandt hat und nach der Weiterverwendung ihrer Entwürfe gefragt hat, ist nicht bekannt. Im Nachlass findet sich hierzu kein Hinweis. – Nachweisbar ist allerdings der Entwurf eines Schreibens Bollhagens an den Witwer von Margarete Marks, Harold Marks, der sich danach erkundigt hatte.²⁵⁵ Hedwig Bollhagen gibt ihm Auskunft über die Produktionsdauer, soweit sie ihr erinnerlich ist: Über den Umfang der noch produzierten Modelle und eine Vergütung wird in diesem Schreiben keine Aussage getroffen. Hieraus lässt sich schließen, dass zumindest seit Kriegsbeginn, als eine Auslandsüberweisung nicht mehr möglich war, wenn nicht bereits von dem Zeitpunkt der Emigration Heymann-Loebensteins ab, keine Zahlungen mehr

²⁵⁴ Gorka-Reimus/Schütter (2008): Der Qualitätsgedanke als betriebswirtschaftlicher Erfolgsfaktor – Hedwig Bollhagen und die Steingutfabriken Velten-Vordamm, S. 56-70, hier: S. 70.

²⁵⁵ BLHA Rep. 116 NL HB Nr. 347, Brief Hedwig Bollhagen an Harold Marks (Entwurf) vom 19.2.1995.

erfolgt sind. Denn ansonsten hätte Bollhagen, die ein gutes Gedächtnis hatte, darauf hingewiesen.

4. Bewertung der Vorgänge

Die Zeiten waren verworren, längst nicht zu jedem Zeitpunkt war klar, welche Rechte jemand hatte und wie er sie durchsetzen konnte. Stilistisch unterschied sich Hedwig Bollhagen in ihren Arbeiten deutlich von denen Margarete Heymann-Loebensteins. Zudem war sie eine ehrgeizige Keramikerin und hatte von ihrer Persönlichkeitsstruktur her kaum ein vorrangiges Interesse daran, die Entwürfe Heymann-Loebensteins, deren Arbeiten sie noch nicht einmal besonders schätzte, weiter zu produzieren. Von daher war es eher der Zweckmäßigkeit geschuldet, dass noch weiter die alten Entwürfe hergestellt wurden. Von ihrer inneren Einstellung her legte Bollhagen also keinen Wert auf die Fortsetzung der Haël-Produktion. Zugleich nahm sie noch eingehende Aufträge an, deren Vergütung für die Künstlerin Heymann-Loebenstein durchaus bezweifelt werden muss.

Die Verwendung des Modells des kleinen Gießers aus dem Service Norma, der jetzt wieder in den HB-Werkstätten produziert wird, setzte erst nach dem Tod von Hedwig Bollhagen in einer modifizierten Form ein.

Themenkomplex Beschäftigung von ausländischen Arbeitern

1. Beschäftigung von ausländischen Arbeitern allgemein

Im Rahmen der nationalsozialistischen Ideologie wurden systematisch rassistische und fremdenfeindliche Denkmuster genutzt, um Arbeitseinsätze von Zwangsarbeitern für die Unterstützung der deutschen Wirtschaft zu nutzen. Mit fortschreitender Besetzung Westeuropas wurden ab 1940 Vereinbarungen über den Einsatz Arbeitsloser in Deutschland aus den besetzten Regionen getroffen, so für Belgien und Frankreich.²⁵⁶ Anfänglich freiwillig, wurde sukzessiv der Druck erhöht, um ausländische Zivilarbeiter zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu holen. Mit polnischen Kriegsgefangenen wurde härter umgegangen, sie wurden unter teilweise unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit verpflichtet, formal wurden die meisten von ihnen in „Zivilarbeiter“ transformiert. Ein großer Teil wurde „ins Reich“ verschleppt und in der Landwirtschaft eingesetzt.²⁵⁷ Durch ihren Einsatz in Deutschland sollte der große Mangel an Arbeitskräften, verursacht durch den Kriegsdienst, ausgeglichen werden.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren gestaffelt: jene Zwangsarbeiter, die vor allem aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich kamen, konnten noch im gewissen Maße auf ihre Lebensbedingungen einwirken und waren auch nicht von besonders erhöhter Sterblichkeit bedroht.²⁵⁸ Anders sah es für die polnischen (nicht-jüdischen) Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen aus Polen und der Sowjetunion aus. Sie hatten keine Einflussmöglichkeiten auf den Einsatzort und die jeweiligen Lebensbedingungen. Verbunden mit einer nicht bedarfsgerechten Verpflegung und hoher körperlicher Belastung lag die Sterblichkeitsrate sehr hoch.²⁵⁹ Noch massiver wurden KZ-Häftlinge behan-

²⁵⁶ Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart 2001, S. 60-66.

²⁵⁷ Spoerer (2001), S. 45.

²⁵⁸ Spoerer (2001), S.16.

²⁵⁹ Spoerer (2001), S. 17.

delt, vorrangig Juden. Sie waren häufig dem Konzept „Vernichtung durch Arbeit“ unterworfen und hatten jegliche persönliche Freiheit verloren.²⁶⁰

Insgesamt gab es rund 13,5 Millionen angeworbene oder deportierte Menschen aus dem Ausland während des Nationalsozialismus, von denen rund 8,4 Millionen Zivilarbeiter waren.²⁶¹ Sie wurden in allen Wirtschaftsbereichen eingesetzt, in besonderem Maße im Bergbau, in der (Rüstungs-) Industrie, der Land- und Forstwirtschaft, in Kommunalbetrieben, im Handwerk und in Privathaushalten.²⁶² Die Vermittlung erfolgte zumeist durch die lokalen Arbeitsämter.²⁶³ Die Arbeitgeber waren Wirtschaftsunternehmen, die Betriebe der SS und der Organisation Todt, die kommunalen Verwaltungen, Landwirtschaftsbetriebe, Kirchengemeinden und Privathaushalte (kinderreiche Familien). Auf oberster Ebene waren für den Einsatz der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, und der Reichsarbeitsminister, Franz Seldte, zuständig. Nach 1942 übernahm der neu eingesetzte Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz (GBA), Fritz Sauckel, diese Aufgaben, ihm zur Seite standen der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, die Reichskommissare für das Ostland, Hinrich Lohse, und der Ukraine, Erich Koch, und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Heinrich Himmler.²⁶⁴

Im Kreis Osthavelland, hier Velten und Marwitz, lassen sich anhand der Aufenthaltsanzeigen rund 285 Zwangsarbeiter nachweisen.²⁶⁵ Die Anzeigen geben Auskunft über den Beschäftigungs- und den Wohnort, es handelte sich um Männer und Frauen aus Belgien, Frankreich, „Holland“, Polen,

²⁶⁰ Spoerer (2001), S. 17.

²⁶¹ Spoerer (2001), S. 253.

²⁶² <http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/begriffe/index.html> (zuletzt: 22.5.12008).

²⁶³ Hier decken sich die regional vorliegenden Quellen nicht mit den Angaben von Spoerer, der von einer Zuständigkeit der Gauleiter ausgeht nach Sauckels Ernennung zu Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, s. Spoerer (2001), S. 95; im Vergleich dazu: BLHA Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 136 und 137, die die Meldungen über die „Fremdarbeiter“ umfassen.

²⁶⁴ <http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/begriffe/index.html> (zuletzt: 22.5.12008).

²⁶⁵ BLHA Rep. 41 Bötzw 129 und 1936.

Kroatien, Litauen, Estland und der Ukraine; ein Mann stammte sogar aus China. Der Jüngste kam aus der Ukraine und war gerade 13 Jahre alt.

Beschäftigt waren die Betroffenen bei ganz unterschiedlichen Firmen und Personen, u.a. bei der Oemeta Chemische Werke G.m.b.H., der A.E.G., der Fa. Theodor Bergmann und zahlreichen Bauern.

2. Zwangsarbeiter der HB-Werkstätten

Auch bei den HB-Werkstätten waren ausländische Arbeiter im Einsatz. Während des Krieges war die Zahl der regulären Mitarbeiter von 79 auf 30 gesunken.²⁶⁶ Neben Produktionsrückgängen war hierfür vor allem der Krieg verantwortlich. Die männlichen Mitarbeiter waren in verstärktem Maße zum Militärdienst eingezogen worden oder hatten sich freiwillig gemeldet.

In den Aufenthaltsanzeigen des Kreises finden sich Unterlagen von sechs Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen. Eine der Frauen war schwanger und brachte im Mai 1943 in Marwitz ihr Kind zur Welt.

²⁶⁶

Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 173.

Die Angaben in der Übersicht:

Zwangsarbeiter der HB-Werkstätten					
Name	Nat. u. Herkunft	Geb.Dat.	Meldung	Tätigkeit	Sonstiges
Bos, Gisb. Johannes BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 136	Niederl.	27.9.1911 Gouda	Seit 21.4.42 in Dtl. Antrag auf Invalidenkarte – bis mind. 20.4.1944; Aufenthaltsgenehmigung verlängert bis 14.4.1945	Gießer	B. verdiente 38,- RM netto
Schot, Alfreda Rep. 41 Bötzw Nr. 136	Polen	31.5.1926 Bowschewzegelde/ Warschau	Seit 22.1.43 bei HB- Werkstätten, 3.1.44 zu A.E.G.-Lager, Hennigsdorf verzogen	Arbeiterin	-
De Laet, Alfons BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 129, Bl. 311 ff.	Belgien	4.12.1901 Antwerpen	war verh.	Arbeiter	Mind. seit 13.1.1942 bei HB-Werkstätten, wohnte bei Hemixen
Folickmann, Jeanne geb. Badet BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 129, Bl. 36 ff.	Frankreich	5.7.1918 Dôle Jura	13.6.42 schreibt Biedenweg an Landrat Nauen, daß F. im „sechsten Monat schwanger...bummelt seit einiger Zeit herum...baldmöglichst Abschie- bung...“; 6.5.42 Meldung der Gestapo Potsdam	Arbeiterin	Mind. seit 9.12.1941 bei HB-Werkstätten
Safanow, Franziska geb. Zielinska, BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 136	Polen	27.1.1905 Warschau	Bekommt am 18.5.1943 in Marwitz ihr Kind Roman	Arbeiterin	Mind. seit 22.1. 1943 bei HB- Werkstätten
Safanow, Roman, BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 136	Polen	18.5.1943 Marwitz	Sohn von Franziska S.	-	-
Latorowska, Feliksa BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 136	Polen	11.10.1898 Lesna Kr. Biela	Wird am 31.5.1944 wohnungs- u. arbeitslos festge- nommen.	Arbeiterin	Mind. seit 22.1. 1943 bei HB- Werk- stätten, am 22.9. 1943 zog sie von Marwitz in das A.E.G. Barackenlager Henningsdorf
Szatowska, Marianna BLHA Rep. 41 Bötzow Nr. 141	Polen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Sieben „Fremd- arbeiter“, ein Kind					

Vier Personen sowie das Kind hatten die polnische Staatsangehörigkeit, ein Mann kam aus den Niederlanden, einer aus Belgien und eine Frau aus Frankreich.

Wie sich aus verschiedenen Briefen Hedwig Bollhagens schließen lässt, geben die vorhandenen Unterlagen kein vollständiges Bild wieder. So schreibt sie 1940 an Charles Crodel, dass vier französische Zwangsarbeiter

bei ihr eingesetzt waren²⁶⁷, 1943 sollen noch ukrainische und russische Frauen hinzugekommen sein.²⁶⁸ Über diese Personen lässt sich aus den offiziellen Unterlagen nichts ableiten. Somit stellen die oben erfassten Personen nicht den vollen Kreis der Arbeitskräfte dar.

Grundsätzlich kann kaum davon ausgegangen werden, dass die Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen besonders motiviert für ihre Arbeit waren, auch war nur ein Niederländer einschlägig ausgebildet als Gießer. Insgesamt wird die Produktivität dieser Mitarbeiter nicht genauso hoch wie die der sonstigen Mitarbeiter gewesen sein. Gleichwohl waren sie billige Arbeitskräfte, wurde ihre Arbeitsleistung im Zuge der weiteren Produktion ausgebeutet. Den Hauptvorteil aus ihrer Beschäftigung zog jedoch der Staat, der über gesonderte Abgaben von ihrem Einsatz profitierte, gleichgültig welche produktiven Leistungen sie vor Ort erbrachten.

Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass 1941 RM 5 542,83 an „Löhnen für Kriegsgefangene“²⁶⁹ bezahlt worden sind, während durch die sonstigen Mitarbeiter RM 34 596,- an Lohnkosten entstanden. Die Anzahl der Stammmitarbeiter soll in diesem Jahr bei 27 gelegen haben. Der Durchschnittsverdienst betrug entsprechend RM 1 281,33.²⁷⁰ Vergleicht man diese Aufwendungen mit den Lohnkosten aus dem letzten Friedensjahr, 1938, so ergibt sich folgendes Bild: 1938 wurde bei einer Betriebsprüfung für rund 79 Mitarbeiter eine Lohnsumme von RM 129 900,- ermittelt, was einem Durchschnittsverdienst von RM 1 644,30 entsprochen hätte. Das lässt den Schluss zu, dass schon bei den regulären Arbeitern durch den Wegfall der Facharbeiter geringere Lohnkosten entstanden. Für die Zwangsarbeiter lässt sich kein vergleichbarer Wert ermitteln, da ihre genaue Anzahl nicht bekannt ist. Für spätere Jahre sind keine vergleichbaren Beträge ausgewiesen.

²⁶⁷ BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 60 und 61; s. auch Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 173.

²⁶⁸ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 173.

²⁶⁹ BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 804, Durchschlag eines Schreibens vom 11.3.1942

²⁷⁰ BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 807, Bericht der Betriebsprüfung vom 28.-29.4.1943 durch Betriebsprüfer Jaap.

Wie die Anforderung von Zwangsarbeitern konkret ablief, konnte nicht geklärt werden. Unstrittig aber scheint eine aktive Handlung des Unternehmers notwendig gewesen zu sein. Die Menschen wurden nicht einfach „zugeteilt“. Aus wirtschaftlichen Gründen erwies es sich als notwendig, Zwangsarbeiter anzufordern.²⁷¹ Im vorliegenden Fall müssen die HB-Werkstätten, in Person von Hedwig Bollhagen oder Heinrich Schild, initiativ geworden sein. Dies ist auch dem Kalender von 1943 zu entnehmen, in dem zwei Termine für Hedwig Bollhagen beim Arbeitsamt eingetragen sind.²⁷²

Mit fortdauerndem Krieg und „zurückgestauter“ Inflation war es für die Unternehmen sinnvoll, ihre Gewinne in Form von Realkapital, Grundstücken, Maschinen und Gebäuden zu investieren. Im Interesse eines „unternehmerischen Wachstums oder wenigstens Sustanzerhaltung“ hätten sich diese Realkapitalinvestitionen erzielen lassen. Allerdings waren sie an strenge behördlichen Kontrollen geknüpft, die nur in Verbindung mit Rüstungsaufträgen gewährt wurden, um die sich die Unternehmen bewarben. Im Bemühen, errungene Rüstungsaufträge zu übernehmen, war es somit erforderlich, zur Erfüllung auch mit Zwangsarbeitern einzusetzen.²⁷³ Das galt auch für die HB-Werkstätten.

Nach verschiedenen mündlichen Überlieferungen sollen sich Hedwig Bollhagen und ihre Belegschaft um menschenwürdige Bedingungen sowohl bei der Unterbringung als auch der Versorgung der Zwangsarbeiter bemüht haben.²⁷⁴ Solch ein fürsorglicher Umgang war eher unüblich. Allerdings war es in der Praxis auf dem Lande ohnehin nicht zu überprüfen, in welchem Maße ein Kontakt zwischen regulärer Mitarbeiterschaft und Zwangsarbeiter-schaft gepflegt wurden. Für die aus dem „Osten“ kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen war die Unterbringung in den HB-Werkstätten auf jeden Fall angenehmer als in einem großen Arbeitslager. Es ist ebenfalls positiv zu bemerken, dass Hedwig Bollhagen ein Risiko einging, indem sie sich darum

²⁷¹ Spoerer (2001), S. 189.

²⁷² BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 213, hier: am 20.1. und am 3.3. 1943.

²⁷³ Spoerer (2001), S. 189.

²⁷⁴ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 173.

kümmerte, dass die junge Frau, eine Polin, die ein Kind erwartete, medizinisch versorgt wurde.²⁷⁵

Wie gut die Verbindung zwischen den regulären Mitarbeitern und den Zwangsarbeitern in der Realität war, zeigt der Umstand, dass sich beim Einmarsch der Roten Armee in Marwitz, alle im Massekeller verschanzten, um nicht angegriffen zu werden. Teilweise sollen auch die Zwangsarbeiterinnen auf die einmarschierenden Soldaten zugegangen sein und verhinderten auf diese Weise weitere Übergriffe.²⁷⁶

3. Bewertung der Vorgänge

Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern/innen muss in den Referenzrahmen der allgemeinen Arbeitskräftesituation gestellt werden: wer seinen Betrieb weiter aufrechterhalten wollte, musste nach Kriegsbeginn dem Problem des Arbeitskräftemangels zumindest teilweise begegnen. In dieser Situation befand sich jeder Unternehmer, egal ob Bauer oder Konzernchef. Die zwangsweise nach Deutschland gebrachten Menschen, zuerst aus Belgien, den Niederlanden und Frankreich und später aus Polen und der Sowjetunion waren rechtlos, wobei es in der Behandlung eine Differenzierung zwischen den Zwangsarbeitern aus dem Westen und jenen aus dem Osten gab, da hier die radikale Ausbeutung noch an den Kampf gegen das „Slawische“ und den „Bolschewismus“ gekoppelt war. Mit der Beschäftigung von Zwangsarbeitern auf dem Reichsgebiet wurde die breite Zustimmung der Bevölkerung für die Eroberungspolitik eingeholt. Wer Zwangsarbeiter beschäftigte, wirkte loyal in dem verschmolzenen Staats- und Parteigebilde mit. Auch wenn die Zwangsarbeiter in einem deutlich geringeren Maße produktiv waren als deutsche Arbeiter, lohnte sich ihr Einsatz doch. Für sie wurde nur ein Bruchteil der üblichen Löhne gezahlt, wenn überhaupt.

²⁷⁵ In offiziellen Entbindungsheimen herrschte teilweise eine Säuglingssterblichkeit von 80 Prozent, s. Spoerer (2001), S. 208.

²⁷⁶ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 175, hierzu gibt es allerdings nur die Erzählungen, die auf mündlichen Überlieferungen beruhen. Hinsichtlich der medizinischen Betreuung ist Bollhagens Kalender zu entnehmen, dass im Vorfeld eine Hebamme aufgesucht wurde, s. BLHA Rep. 116 NL HB, Nr. 213.

Die HB-Werkstätten profitierten durch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern, indem die Produktion weiter fortgeführt werden konnte und dies bei geringerem Einsatz von finanziellen Mitteln. Unter den Kriegsbedingungen waren die HB-Werkstätten wirtschaftlich von dem Einsatz der Zwangsarbeiter abhängig. Nach den überlieferten Zeugnissen wurden die „Fremdarbeiter“ hier besser behandelt als in den großen Arbeitslagern, und diese bessere Behandlung war nicht ohne Risiko für die Betriebsleitung.

Themenkomplex Übernahme von öffentlichen und SS-Aufträgen

1. Öffentliche Aufträge, Bau- und Gebrauchskeramik betreffend

Ein erster Auftrag im Bereich der Baukeramik wurde 1935/36 für den Umbau des Hauses des deutschen Handwerks in der Neustädtischen Kirchstr. 4-5 übernommen.²⁷⁷ Es handelte sich um Pfeilerverkleidungen mit Handwerkerwappen. Dieses Haus sollte die zentrale Organisation des Handwerks und seine erstarkte Stellung an seinem neuen Sitz in Berlin (vorher war es in Hannover ansässig) repräsentieren. Zum Zeitpunkt der Planung (1934) hatte Dr. Heinrich Schild, der Partner der HB-Werkstätten für Keramik Marwitz G.m.b.H., noch den Posten des Generalsekretärs des Reichsstandes des Deutschen Handwerks inne.

1937/38 übernahmen die Werkstätten, ausgeführt von Charles Crodel, die Gestaltung der Hakeburg in Kleinmachnow. Hier befand sich ab 1939 das Institut der Reichspostforschungsanstalt.²⁷⁸

1938 dekorierten die HB-Werkstätten, ausgeführt von Hedwig Bollhagen, eine Wohnanlage in Prenzlauer Berg mit verschiedenen Handwerkerwappen.²⁷⁹ Die Ausführung selbst war sehr konventionell, kunsthandwerklich angelegt, soweit es die Handwerkerwappen betraf, anders als die Arbeit von Charles Crodel für die Hakeburg, die weit künstlerischer angelegt waren.

Diese drei Aufträge sind bei Weitem nicht die einzigen öffentlichen Aufträge zwischen 1934 und 1939 gewesen. Um die Vermittlung der Aufträge wird sich sicherlich maßgeblich Dr. Heinrich Schild bekümmert haben, da er die Kontakte in die Firmen und Institutionen hatte. Da sich die HB-Werkstätten zur Erweiterung des Kreises ihrer Auftragnehmer entschlossen hatten, auch baukeramische Aufträge zu übernehmen, konnten sie auf diese Weise

²⁷⁷ Das Haus des Deutschen Handwerks, hg. vom Reichsstand des Deutschen Handwerks 3 Aufl. Berlin 1936, S. 159; s. auch Gorka-Reimus/Kreibich, Silke (2008): Baukeramik aus den HB-Werkstätten, S. 121-145, hier: S. 132.

²⁷⁸ Gorka-Reimus/Kreibich (2008): Baukeramik aus den HB-Werkstätten, S. 136, s. auch Faensen, Hubert: Hightech für Hitler – Vom Forschungszentrum zur Kaderschmiede, Berlin 2001.

²⁷⁹ Gorka-Reimus/Kreibich (2008), S. 137. Ob hierbei die Vorlagen vom Haus des deutschen Handwerks verwendet wurden, ist nicht bekannt.

etwaige Liquiditätsengpässe vermeiden.²⁸⁰ Das Unternehmen wollte sich am Markt behaupten, entsprechend konnte es mit jeder fertig gestellten öffentlichen Arbeit zufrieden sein, hatte es damit ein „Reklame-Objekt“ mehr.²⁸¹

2. Aufträge während des Krieges

1940-41 wurde die Gestaltung der Kaserne in Krampnitz, der „Schule für Schnelle Truppen“, übernommen. Die Entwürfe des großen Reichadlers mit Hakenkreuz für die Fassade und die Keramikreliefs eines westgermanischen Dorfes stammten von Kurt Schumacher.²⁸²

1940 hatte das Unternehmen einen ersten Auftrag erhalten, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg stand: die Produktion der brennkorbartigen Ummantelungen von Luftschutzkelleröfen.²⁸³ Nachdem jedoch die Stromversorgung dieser Öfen ständig unterbrochen werden musste, waren die Luftschutzöfen nicht weiter einsetzbar und die Herstellung der Ummantelungen wurde eingestellt.

Kurz darauf, 1943, bestellte der Reichsführer SS Gebrauchsgeschirr mit einem Volumen von RM 40 500,-.²⁸⁴ Welche informellen Beziehungen für diese Auftragsvergabe eine Rolle gespielt hatte, konnte nicht ermittelt werden.²⁸⁵ Diese 10 00 Essnäpfe, 15 000 Schüsseln sowie 5 000 Schüsselsätze sollten „Fliegergeschädigten“ zur Verfügung gestellt werden.

Hintergrund werden die Versorgungsprobleme der SS-eigenen Produktionsstätten, z.B. Bohemia, gewesen sein, die nicht mehr im ausreichenden Maße, noch dazu nach Berlin liefern konnten.²⁸⁶

²⁸⁰ Gorka-Reimus/Kreibich (2008), S. 121.

²⁸¹ In diesem Sinne Hedwig Bollhagen an Thoma Gräfin Grote 1937, BLHA Rep 116 HB NL, Nr. 388, s. auch Gorka-Reimus/Kreibich (2008), S. 121.

²⁸² Gorka-Reimus/Kreibich (2008), S. 132. Schumacher, der vor allem als Bildhauer bekannt geworden war, wurde als KPD-Mitglied und Widerstandskämpfer am 22. 12. 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

²⁸³ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 172.

²⁸⁴ BLHA Rep. 41 Bötzw Nr. 22, diesen Auftrag hat Frau Susanna Wurche, Referatsleiterin BHLA, ermittelt.

²⁸⁵ In den Überlieferungen der SS im Bundesarchiv konnten keine Dokumente hierzu ermittelt werden.

²⁸⁶ BArch, NS 3/1193, Bl. 15, S. 2.

Da sich die Situation während des Krieges angesichts der reduzierten Rohstoffversorgung, spätestens ab 1941 immer schwieriger gestaltete, bedeutete jeder öffentliche Auftrag auch eine Sicherung weiterer Rohstofflieferungen.²⁸⁷ Wollte das Unternehmen jetzt nicht den Betrieb einstellen, musste es sich um solche Aufträge bemühen.

Im konkreten Fall sicherte dieser Auftrag die weitere Existenz des Unternehmens, denn er wurde als „kriegsentscheidend im Kriegsauftragsprogramm“ angesehen. Mit der Teilnahme an diesem Programm war die Genehmigung notwendiger Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten und die Zuteilung von Rohstoffen und Transportmöglichkeiten verbunden.²⁸⁸

3. Bewertung der Vorgänge

Als keramisches Unternehmen waren die HB-Werkstätten in hohem Maße von Rohstofflieferungen abhängig. Ganz allgemein steht fest, dass kein Unternehmer gezwungen war, seinen Betrieb fortzusetzen, doch wer sich hierzu entschlossen hatte oder dies aus ökonomischen Erwägungen tat, war während des Nationalsozialismus existenziell darauf angewiesen, mit den öffentlichen Dienststellen zu kooperieren, um – wie im vorliegenden Fall – weiterhin mit Kohlen, Wasser, sonstiger Energie, Ton und Kalk beliefert werden zu können. In der Entscheidung in dieser Phase der Entwicklung Staatsaufträge anzunehmen ist kein originär politischer Akt zu sehen. Selbst die Auftragsannahme von SS-Dienststellen muss nicht als Ausdruck innerer Übereinstimmung mit den jeweiligen Aktivitäten dieser Dienststelle gesehen werden, zumal die Waren in neutraler Glasur versehen waren.

Die Übernahme von Rüstungsaufträgen stand im unmittelbaren Zusammenhang mit der Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Wenn ein Betrieb überleben, vielleicht sogar wachsen, wollte, mussten Aufträge im Zusammenhang

²⁸⁷ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 172 ff.
²⁸⁸ Gorka-Reimus/Wurche (2008), S. 173.

mit der Rüstung akquiriert werden. Dieser Logik entsprechend, war es von Vorteil immer mehr Arbeiter zu fordern.²⁸⁹

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass im übergeordneten Sinne jede Tätigkeit im Auftrag der SS den Fortbestand des Systems stützte, war sie doch geeignet die Loyalität der Bevölkerung zu fördern.

Nachwort

Auf eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse wird an dieser Stelle verzichtet, weil die Vorgänge in ihrer Komplexität innerhalb des jeweiligen Abschnitts bewertet werden. Gleichwohl scheinen einige Anmerkungen zu Hedwig Bollhagen notwendig zu sein.

Die Keramikerin hat nach einem langen Leben ein großes künstlerisches Werk hinterlassen. Die Mischung von handwerklicher Solidität und künstlerisch-ästhetischem Anspruch mag ein Grund für die Anerkennung gewesen sein, die ihr in ihrem Schaffen fast uneingeschränkt zu teil wurde. Doch ein schöpferisch tätiger Mensch ist ebenso wie alle anderen in die äußeren gesellschaftlichen Verhältnisse eingebunden. Bollhagen hat fünf unterschiedliche Staatsgebilde, vom Kaiserreich über die Republik von Weimar, den Nationalsozialismus, die DDR bis hin zur Bundesrepublik erlebt. Es ist ihr gelungen, für sich das zu verfolgen, was ihr wichtig war. Von 1934 bis zu ihrem Tod waren das die HB-Werkstätten, von denen sie sagte, dass ihr Betrieb zu allen Zeiten „in Ruhe gelassen wurde.“²⁹⁰ Sie hatte eine Nische gefunden, die ihr eine gewisse Freiheit bot. Und mit dieser Freiheit ausgestattet, gelang es ihr, nicht nur ein umfangreiches keramisches Werk zu schaffen, sondern auch die Marke „HB“ zu kreieren, die immer an ihre Person geknüpft war. Das mag es heute so schwer machen, zwischen den verschiedenen Rollen, die Hedwig Bollhagen einnahm, zu unterscheiden: die

²⁸⁹ Spoerer (2001), S. 189.

²⁹⁰ Interview mit Bärbel Kicska: So furchtbar schon haben sie mich gar nicht gefunden. Die Keramikerin Hedwig Bollhagen ausnahmsweise auch privat; in: Vollendung des Einfachen (1997), Baustein 5 .S. 44-55, hier: S. 50.

Künstlerin, die Handwerkerin, die Unternehmerin, die Chefin, die Geschäftsfrau, die Bürgerin und die Freundin oder die Tante. Ihre Menschlichkeit kommt gerade da zum Ausdruck, wo die verschiedenen Bereiche kollidieren. Die Künstlerin muss der Geschäftsfrau Zugeständnisse machen, die Chefin kann nicht all das handwerklich verwirklichen, was sinnvoll wäre. Hinzu kommt, dass sie auch nicht immer die alte Frau war, die heute das Bild so sehr bestimmt.

In einem der zahlreichen Interviews, die sie nach der Wende gegeben hat, äußerte sie sich: „Man ließ uns gewähren, das war natürlich sehr gut. Alles andere, was passierte, regte einen fürchterlich auf. Ich sah ja immer liebe Leute, die während der Nazizeit erwachsen waren und die weder im Gefängnis waren noch ausgewandert sind. Eigentlich sind alle belastet und haben alle ein schlechtes Gewissen zu haben. Wenn sie auch nicht aktiv irgendwo da mitgemacht haben oder irgendwelche besonderen Dinge verfolgt haben.“²⁹¹ Eine Stellungnahme, die auch auf sie selbst zutrifft; sie war eine von „allen“. Ihr Verhalten und ihre Mentalität unterschieden sich nur partiell von dem ihrer Umgebung. Sie passte sich an, gleichgültig in welchem System sie lebte.

Auf der einen Seite ausgleichend und auf Harmonie bedacht, konnte sie auf der anderen Seite schroff und bestimmend sein. Als junge Frau, die eine Idee umsetzen wollte, mag sie vieles leichter genommen haben, einseitiger gesehen haben. Bei näherer Reflexion wird mancher Vorgang, manche Entscheidung mit einem diffusen Unbehagen in eine sehr entlegene Ecke des Bewusstseins gedrängt worden sein. Gegenüber Menschen, die sie schätzte, wie Charles Crodel und Kurt Schumacher, bewahrte sie die Treue und stand zu ihnen, als sie in Bedrängnis gerieten. Von dieser Treue war auch ihre Beziehung zu Heinrich Schild gekennzeichnet, selbst als sich die engere persönliche Verbindung längst verflüchtigt hatte. Die Vielfalt ihrer Persönlichkeit machte sie menschlich. Und als ein Mensch sollte sie mit ihrem Verhalten gesehen werden, nicht als Ikone oder als Heldin.

²⁹¹

Ebenda.

Literatur und Quellen

Literatur

- Bajohr, Frank »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, 2. Aufl. Hamburg 1998.
- Bajohr, Frank: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Wojak, Irmtrud/Hayes, Peter: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 2000, S. 15-30.
- Barkai, Avraham: Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt 1987.
- Bollhagen, Hedwig: Das Anlernen in der Fayence- und Steingutmalerei; in: Keramische Rundschau und Kunst-Keramik, 42. Jg., Nr. 11 vom 15.3.1934.
- Bollhagen, Hedwig: Die Keramikerin Hedwig Bollhagen über sich selbst; in: Form + Zweck. Zeitschrift für Gestaltung, Jahrbuch 1957/58, erneut abgedruckt in: Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008.
- Broszat, Marint/Frei, Norbert (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zeugnisse, 5. Aufl. München 1996, S. 197.
- Buddensieg, Tilmann/Thym, Andrea: Qualitätsware statt Schundartikel. Theodor Wieseler und der »Nürnberger Bund« der Fachhändler; in: Keramik der Weimarer Republik 1919-933. Die Sammlung Tilmann Buddensieg im Germanischen Nationalmuseum [Mitarb. Tilmann Buddensieg]. Ausstellungskatalog; Nürnberg 1985, S. 22-26
- Das Haus des Deutschen Handwerks, hg. vom Reichsstand des Deutschen Handwerks, 3. Aufl. Berlin 1936.
- De Maizière, Lothar: Erwerb und Gründung der »HB-Werkstätten für Keramik Marwitz« im Jahr 1934; in Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. 166/67.
- Die Keramikerin Hedwig Bollhagen über sich selbst (zuerst 1957 veröffentlicht), Gorka-Reimus: Keramik der Weimarer Republik 1919-933.
- Die Weite Welt, Zeitschrift, Heft vom 12.3.1933.
- Dittmar, Monika/Seydewitz, Nicole: Wo liegt eigentlich Velten-Vordamm? H. 5 der Schriftenreihe „Bausplitter“, hg. vom Ofen- und Keramikmuseum Velten, Velten 2007.
- Dittmar, Monika/Endres, Werner (Hg.): Kiepe, Pferdefuhrwerk, Eisenbahnwaggon. Keramik als Gebrauchs- und Handelsware. Beiträge zum 35. Internationalen Hafnerei-Symposium des Arbeitskreises für Keramikforschung in Velten (Land Brandenburg) vom 22.-28.9.2002, Velten 2003.
- Faensen, Hubert: Hightech für Hitler – Vom Forschungszentrum zur Kaderschmiede. Berlin 2001.
- Feldman, Gerald D.: Unternehmensgeschichte des Dritten Reichs und Verantwortung der Historiker. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, hg. von Dieter Dove, Bonn 1999.

- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Historischer Überblick und Lageplan, 3. Aufl. Oranienburg 2006.
- Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen 1966.
- Gibas, Monika: „Arisierung“ in Thüringen. Entrechtung, Enteignung und Vernichtung der jüdischen Bürger Thüringens 1933-1945, hg. von ders. Erfurt 2006, in der Reihe Quellen zur Geschichte Thüringens.
- Gibas, Monika: Einleitung zum ersten Quellenband: „Arisierung“ in Thüringen, in: diess.: Entrechtung, Enteignung und Vernichtung der jüdischen Bürger Thüringens 1933-1945, hg. von ders. Erfurt 2006, in der Reihe Quellen zur Geschichte Thüringens fünfbändigen Gesamtausgabe), München 2003.
- Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008.
- Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen (Hg.): »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989. Göttingen 2002.
- Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen: »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989. Göttingen 2002.
- Heger, Andreas: Keramik zum Gebrauch. Hedwig Bollhagen und die HB-Werkstätten für Keramik. Weimar 2005.
- Heger, Andreas: Von Velten nach Marwitz – Keramik von Hedwig Bollhagen 1927 bis 1997; in: Vollendung des Einfachen. Hedwig Bollhagen wird neunzig. Eine Ausstellung des Fördervereins Ofen- und Keramikmuseum Velten e.V., Baustein 5 der Schriftenreihe des Ofen- und Keramikmuseums Velten, Velten 1997, S. 4-29.
- Hudson-Wiedenmann, Ursula: Haël-Keramik – wenig bekannt, bei Sammlern hoch geschätzt; hg. vom Ofen- und Keramikmuseum Velten, in der Reihe „Bausplitter“, Nr. 3, begleitend zu der gleichnamigen Ausstellung vom 21.5. bis 17.9.2006.
- Hudson-Wiedenmann, Ursula: Vorgängerin in Marwitz: Die Haël-Werkstätten für künstlerische Keramik; in: Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. 162-165.
- Keramik der Weimarer Republik 1919-1933. Die Sammlung Tilmann Buddensieg im Germanischen Nationalmuseum [Mitarb. Tilmann Buddensieg]. Ausstellungskatalog; Nürnberg 1985.
- Kicska, Bärbel: So furchtbar schon haben sie mich gar nicht gefunden. Die Keramikerin Hedwig Bollhagen ausnahmsweise auch privat; in: Vollendung des Einfachen (1997), S. 44-55.
- Köppe, Birgit: Die Leipziger Messe im Dritten Reich. Diplomarbeit, FU Berlin, 24.6.1996.
- Kreibich, Silke: Baukeramik aus den HB-Werkstätten; in: Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. 121-145.

- Lillteicher, Jürgen: Rechtsstaatlichkeit und Verfolgungserfahrung; in: Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen: »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002. S. 127-160.
- Scheer, Regina: Der Umgang mit Denkmälern. Eine Recherche in Brandenburg, hg. von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam 2003.
- Scheffler, Wolfgang/Schulle, Diana (Hg.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. München 2003.
- Schild, Heinrich/Rohlfing, Theodor: Die neue Organisation des deutschen Handwerks, Deutsche Fleischer-Zeitung. Berlin 1935.
- Schneider: „Mich interessiert das große, gute, böse Welttheater“. Der Maler und Kunsthandwerker Charles Crodel; in Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. S. 195-200.
- Schütter, Katharina: Die Steingutfabriken Velten-Vordamm – oder: Wie Kommunalpolitik zur Handelspolitik für Steingutware wird, in: Dittmar, Monika/Endres, Werner (Hg.): Kiepe, Pferdefuhrwerk, Eisenbahnwaggon. Keramik als Gebrauchs- und Handelsware. Beiträge zum 35. Internationalen Hafnerei-Symposium des Arbeitskreises für Keramikforschung in Velten (Land Brandenburg) vom 22.–28.9.2002, Velten 2003, S. 148-156.
- Schütter, Katharina: Der Qualitätsgedanke als betriebswirtschaftlicher Erfolgsfaktor – Hedwig Bollhagen und die Steingutfabriken Velten-Vordamm; in: Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, 22.6.2007 bis 13.1.2008, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. 56-70.
- Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939-1945, Stuttgart 2001.
- Theis, Heinz-Joachim: Werkstätten- und Künstlerverzeichnis; in: Märkische Ton-Kunst Berlin und Brandenburg. Keramik der 20er und 30er Jahr. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Keramik-Museum Berlin, 15.10.1992 – 5.1.1993, Berlin 1992, S. 189-235.
- Van Laak, Dirk: „Arisierung“ und Judenpolitik im ‚Dritten Reich‘. Zur wirtschaftlichen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung in der rheinischwestfälischen Industrieregion, Staatsexamensarbeit 1988/89, s. <http://www.geschichtskultur-ruhr.de/links/dvlaak.pdf>.
- Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hg.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, München 2002.
- Vollendung des Einfachen. Hedwig Bollhagen wird neunzig. Katalog zur Ausstellung des Fördervereins Ofen- und Keramikmuseum Velten e.V., Baustein 5 der Schriftenreihe des Ofen- und Keramikmuseums Velten, Velten 1997.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949 (vierter Band). München 2003.
- Winkler, Heinrich: Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 17 (1969), S. 341-71.

Winnicke, Winfried: Die Oranienburger Werkstätte; in: Märkische Ton-Kunst Berlin und Brandenburg. Keramik der 20er und 30er Jahr. Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Keramik-Museum Berlin, 15.10.1992 – 5.1.1993, Berlin 1992, S. 43-46.

Wojak, Irmtrud/Hayes, Peter: „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a.M. 2000.

Wurche, Susanna: Die HB-Werkstätten für Keramik im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit; in: Gorka-Reimus, Gudrun: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik. Begleitbuch zur Ausstellung: Hedwig Bollhagen – Ein Leben für die Keramik, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 2. Aufl. Potsdam 2008, S. 168-176.

Wurche, Susanna: Posthume Annäherung an Hedwig Bollhagen. Der Nachlass der Keramikerin im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, MS, veröffentlicht in: Brandenburgische Archive. Bericht und Mitteilung aus den Archiven des Landes Brandenburg., 25 (2008), S: 13-25.

Quellen

Adressbuch der Keram-Industrie in Deutschland, Danzig, Elsaß-Lothringen, Deutsch-Österreich, 17. Aufl. Coburg 1930.

BArch, Nr. 3200 NSDAP-Gaukartei (ehem. BDC).
 Nr. 3100 NSDAP-Zentralkartei (ehem. BDC).
 OPG (Oberstes Parteigericht der NSDAP)/ I 0015
 NS 3/1193
 R 3106 Nr. 24, Reichskommissar für den deutschen Mittelstand

Berliner Adressbuch für das Jahr 1942. Berlin 1942.

BLHA	Rep. 116 NL HB Nr.	60,	61,	137,	203,
		213,	267,	279,	324,
		347,	351,	388,	397,
		539,	663,	710,	711,
		721,	722,	724,	801,
		804,	807,	988,	1004,
		1066,	1090,	1091	

Rep. 2 A I Pol. 1158
 Rep. 41 Amtsbez. Bötzw Nr. 136 und 137
 Rep. 203 Entnazifizierungskommission Nr. 369

Veltener Zeitung, die Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag erschien,
 Ausgabe vom 26.8.1928, 42. Jg.,
 Ausgabe vom 4.3.1933, 47. Jg.,
 Ausgabe vom 7.3.1933, 47. Jg.,
 Ausgabe vom 4.4.1933, 47. Jg.,
 Ausgabe vom 1.10.1933, 47. Jg.,
 Ausgabe vom 31.10.1933, 47. Jg.,
 Ausgabe vom 3.5.1934, 48. Jg.,
 Ausgabe vom 12./13.5.1934, 48. Jg.,
 Ausgabe vom 2.3.6.1934, 48. Jg.,
 Ausgabe vom 6.6.1934, 48. Jg.

„Der Angriff“, Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront (ab 1.4.1935) Nr. 116, 22.5.1935.

Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv: Information über Parlamentarier des 3. Bundestages

LAB, B Rep. 025-07 Nr. 71 WGA 1914/51.
A Rep. 358-02 Nr. 1172696

Konvolut Unterlagen RA Dr.h.c. Lothar de Maizière

Nachlass Margarete Marks, Verfahren über die Feststellung von Vermögensschäden, Stadt Aachen, Bescheid vom 27.11.1985, überlassen von Frau Hudson-Wiedenmann; hier: Unterlagen des Verfahrens (Verfahren Aachen).

NRW HStA, NW 1022-Sch-40069 Entnazifizierungsakte

[1.] Tätigkeitsbericht des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages für die Zeit vom 1.1.-30.4.1933.

[2.] Tätigkeitsbericht des Reichsstandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks für die Zeit vom 1.5.- 31.10.1933.

[3.] Tätigkeitsbericht des Reichsstandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages für die Zeit vom 1.10.1933 bis 30. Juni 1934.

Internetquellen

Steckner, Cornelius: Hedwig Bollhagen und Charles Crodel: Die Anfänge der HB-Werkstätten für Keramik (Entwurfsfassung), s. www.geocities.com/CapeCanaveral/Hall/2923/crodel/HedwigBollhagen/BC.pdf - (zuletzt 28.6.2008).

http://www.schwaebisch-hall.de/-snm-0157300788-1211162681-0000010845-0000000000-1211196903-enm-bsh/content/unternehmen/geschichte/geschichte_1931-1945.php (zuletzt 30.5.2008).

<http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/geschichte/auslaendisch/begriffe/index.html> (zuletzt: 22.5.12008).

Sonstige Auskünfte/Informationen

Auskunft AG Charlottenburg, Abt. 89, Justizoberinspektorin Höfs, Schreiben vom 12.6.2008.
Auskunft von Dr. Thormann, stellvertretender Direktor des Grassi-Museums, Leipzig, Schreiben vom 16.5.2008.

Auskunft Dr. Andreas Heger, Schreiben vom 17.5.2008.

Auskunft Dr. Resch (telefonisch) vom 31.5.2008.

Auskunft Dr. Peter Heuss, Jewish Claims Conference, 20.3.2008.

Deutschlandradio „Dossier: Margarete Loebenstein und Hedwig Bollhagen. Eine alltägliche Geschichte aus dem Dritten Reich“, gesendet am 4.1.2008.

Informationen übermittelt durch Frau Hudson-Wiedenmann 26.5./14.6.2008.

Interview Monika Dittmar, Velten, 9.4.2008.

Interview Gudrun Gorka-Reimus, Potsdam, 17.3.2008.

Interview Dr. Hetzel, BVS, Berlin 25.6.2008

Interview Ursula Hudson-Wiedenmann, Potsdam, 30.5.2008.

Interview RA Dr.h.c. Lothar de Maizière, Berlin, 16.4.2008.

Interview Helmut Schönemann, Potsdam, 30.4.2008.

Interview Wolfgang Scholz, Marwitz, 9.4.2008.

Interview Heinz-Joachim Theis, Berlin, 23.5.2008.

Interviews Susanna Wurche, Potsdam, 14.4./21.4./19.5./30.5.2008

Abkürzungsverzeichnis

BArch	Bundesarchiv
BDC	Berlin Document Center
Bl.	Blatt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BVS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
DP	Deutsche Partei
FVP	Freie Volkspartei
HB	Hedwig Bollhagen
HBPG	Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte
LAB	Landesarchiv Berlin
NL	Nachlass
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg

Anhang

Richtlinien für die Gleichschaltung in den Innungen des deutschen Handwerks

(Herausgegeben von den Kommissaren für die Gleichschaltung der Fachverbände des deutschen Handwerks. 19. April 1933)

I. Gleichschaltung

1. Wie bei den Spitzen- und Bezirksorganisationen des deutschen Handwerks, soll auch die Gleichschaltung bei den örtlichen Organisationen, den Innungen und Innungsausschüssen, erfolgen. Gleichschaltung bedeutet, daß die Mehrheit der Vorstandsmitglieder einer Innung eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sind. Es ist also erforderlich, in diesem Sinne die Neubesetzung durchzuführen.
2. In Fällen, wo Obermeister und Vorstandsmitglieder nach dem 1. Januar 1933 zur NSDAP. übergewechselt sind und sich zur Mitgliedschaft angemeldet haben, haben die Ortskampfleiter oder Kreiskampfleiter des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes zu entscheiden, ob diese Personen bei der Gleichschaltung noch tragbar sind. Es soll hierdurch erreicht werden, daß ausgesprochene Konjunkturpolitiker ausgeschaltet werden. Es ist uns bekannt, daß gerade in letzter Zeit sehr viele Handwerker die Mitgliedschaft bei der NSDAP. erworben haben und erwerben. Diese Tatsache begrüßen wir aufs wärmste, weil wir auf Grund der Gesamtverhältnisse wissen, daß dieser Übertritt in ehrlicher Überzeugung erfolgt.
3. Das Amt des Obermeisters ist, wenn irgend möglich, mit Nationalsozialisten zu besetzen.
4. Eine kurze Mitgliedschaft im Kampfbunde des gewerblichen Mittelstandes genügt nicht im Sinne der Gleichschaltung, da jeder Handwerker Mitglied des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes werden kann, ohne Mitglied der NSDAP. zu sein.
5. Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes ist politische Vertretung und Organisation im Rahmen der nationalsozialistischen Gesamtbewegung, um die Angehörigen des Mittelstandes im nationalsozialistischen Sinne zu erfassen und die einzelnen Wirtschaftsorganisationen mit nationalsozialistischem Geist zu durchdringen.
6. Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß derjenige, der Mitglied des Kampfbundes wird, auch Mitglied der NSDAP. wird, es ist aber unbedingt erforderlich, daß möglichst viele aus den Reihen des Handwerks auch die Mitgliedschaft des Kampfbundes erwerben.
7. Es ist sehr wohl möglich, daß auf Grund der bisherigen Zusammensetzung des Innungsvorstandes oder durch die inzwischen vollzogene Anmeldung zur Mitgliedschaft in der NSDAP. die Gleichschaltung tatsächlich schon durchgeführt ist. In diesem Falle muß es sich aber um einwandfreie, von jeher national gesinnt gewesene Personen handeln. (Siehe Ziff. 2)
Die Mitgliedschaft der NSDAP. ist bei den zuständigen politischen Ortsgruppenleitern, die Mitgliedschaft zum Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes bei den zuständigen Kreiskampfbundführern bzw. Ortsgruppenführern des Kampfbundes zu erwerben.
8. Bei der Bildung des neuen Innungsvorstandes ist darauf zu achten, daß nur solche Innungsmitglieder für den Vorstand in betracht kommen, deren standesgemäßes Verhalten einwandfrei ist. Innungsmitglieder, denen die Teilnahme an den Geschäften der Innungen, u.a. die Ausübung des Stimmrechtes nach den gesetzlichen und statuarischen Bestimmungen der Innung untersagt werden kann, kommen als neue Vorstandsmitglieder nicht in Frage.

[...]

III. Organisationsfragen

12. Die kommissarischen Innungsleitungen oder die neuen gleichgeschalteten Innungsvorstände haben mit allen Kräften darüber zu wachen, daß die Innungsorganisationen intakt bleiben. Auflösung der Innungen kommt nicht in Frage, da die Innungsorganisation die örtliche Grundform für den organisch-berufsständischen Aufbau des deutschen Handwerks sein wird. Ebenso haben die verantwortlichen Personen darauf zu achten, daß die korporative Mitgliedschaft der Innung zu übergeordneten Organisationen (Innungsausschüssen, Landesfachverbänden [Innungsverbänden] und Reichsfachverbänden) bestehen bleiben. Austrittserklärungen und Beschlüsse von Innungsversammlungen über Austritte der Innungen aus übergeordneten Organisationen dürfen überhaupt nicht erfolgen....
17. In allen Zweifelsfragen entscheiden endgültig die unterzeichneten Kommissare.
18. Vorstehende Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Gleichschaltung der Landes- bzw. Bezirksfachverbände, Handwerkerbünde und Gewerbevereine.

Berlin, den 19. April 1933

Die Kommissare:

gez.: Karl Zeleny
Referent für Handwerk und Gewerbe der
Reichskampfbundführung des gewerblichen
Mittelstandes der NSDAP.

gez.: Dr. Schild,
Generalsekretär beim
Reichsverband des Deutschen
Handwerks.

Quelle: BA R 3106 Nr. 34, Reichskommissar für den deutschen Mittelstand, Bl. 46